2/96 (Nr.58) 17.Jg. 8.-DM E9860F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Chomsky-Interview • Safwan Eid • Männerdiskussion • Aufstandsbekämpfung mit Steuergeldern • CNT 1936 • u.v.m.

Der SF an die Kioske!

Wir wollen dem SF mehr Akzeptanz verschaffen. Diese Zeitschrift soll mehr in die Öffentlichkeit. Wir werden versuchen nach und nach einen Kioskvertrieb aufzubauen. Aus eigener Kraft fällt uns dies aber schwer. Wir bitten deshalb unsere UnterstützerInnen um vermehrte Spenden, damit wir Anzeigen, Anlaufkosten etc. finanzieren können. Wer kann, spende für den "Pressefonds" des SF!

Wir werden wieder eine Liste der SpenderInnen in jeder Nummer veröffentlichen. Wer nicht genannt werden will, teilt uns dies einfach mit.

Salud & Merci!

Foto: Herby Sachs/Version

Titelphoto: Herby Sachs/Version

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-;

Gesamtstand (Februar: 110.-)

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

I.W., Karlsruhe 20.-; anonym 100.-; M.S., Münster 10.-; Freunde der Revolution, Braunschweig 10.-; J.G., Bremen 40.-; J.H., Karlsruhe 20.-; F.S., Berlin 5.-; M.S., Freiberg 20.-; D.I.F., Leipzig 20.-; O.K., Idar-Oberstein 150.-; L.N., Magdeburg 107.-; T.H., Berlin 10.-; A.A., Hamburg 20.-; M.W., Wiesbaden 100.-; M.K., Frankfurt 20.-; T.S., Marburg 20.-

Gesamt: 672.-

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:
Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (5 Nrn.): 35.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70

Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag Grafenau

Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe



Inhalt Nr. 58

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

Redaktion dieser Ausgabe: Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Rotation, Berlin;
Österreich: Buchhandl. Stonehenge, Wien;
Schweiz: Anares, Bern

***

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-59 (4/96): 6.9.96
Erweiterte und veränderte Neuauflage der
SF-Sondernummer Feminismus (3/96): 1.9.96

Aufruf zum Wiederverkauf
Wir suchen verstärkt WiederverkäuferInnen allüberall!
Bereits ab 2 Exemplaren geben wir 30% Rabatt.
Bitte meldet Euch!







"Noch drei Mal so vie
steht



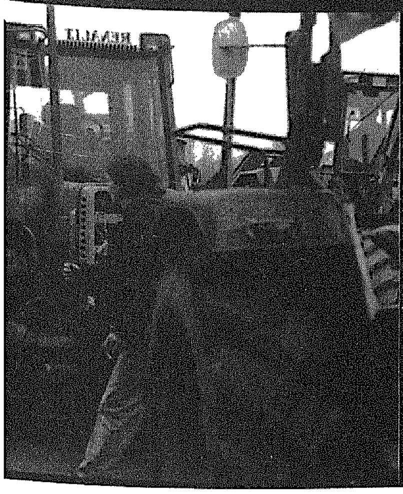


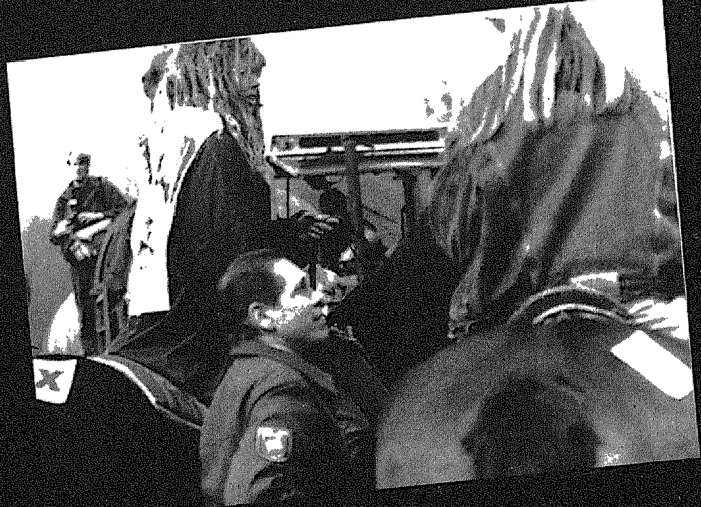




Alle Photos: Jan Jakob Hoffmann







e Leute und Castor
ill."



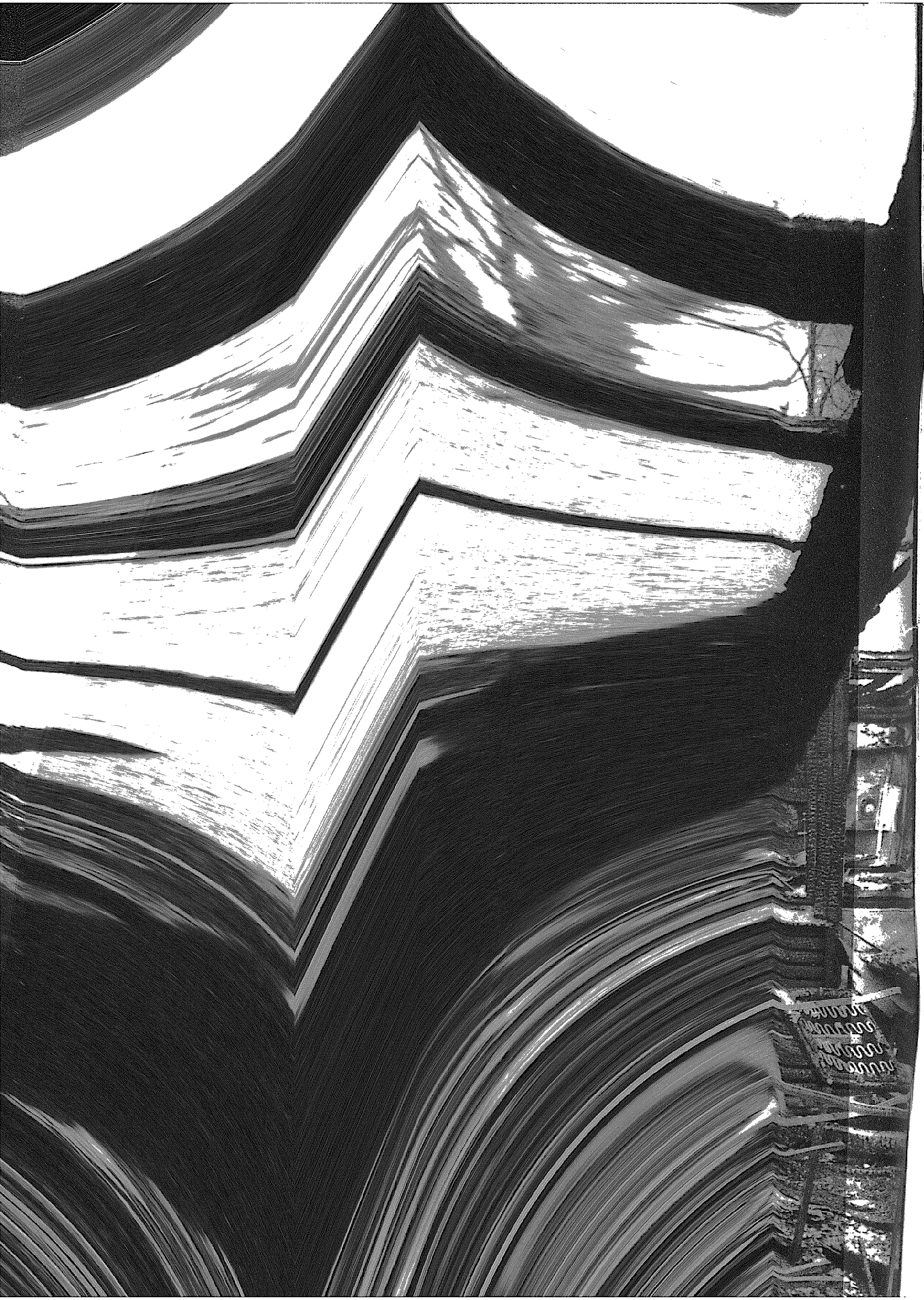








Foto: Sabine Adorf/Version



»Safwan Eid muß freigelassen werden!«

Wie aus Opfern Täterinnen werden

-Über den Umgang mit rassistischen Brandanschlägen-

von Ursula Trescher

Auf den ersten Blick mutet es wie ein Spuk an: Alle paar Wochen Brände in Unterkünften von AsylbewerberInnen oder in Häusern, in denen TürkInnen, KurdInnen, JugoslawInnen etc. wohnen. In den Zeitungen füllen diese Nachrichten oft nur wenige Zeilen. Technische Defekte seien vermutlich die Ursache, die Zigarette im Bett oder auch »Brandursache noch ungeklärt«. Im letzten Fall folgt in der Regel die Beteuerung, daß ausländerfeindliche Hintergründe auszuschließen seien. Solange es nicht gerade Tote gab, hört mensch von diesen Fällen später nichts mehr.

Manchmal wird bald danach einE AusländerIn als TäterIn vorgeführt, wie z.B. beim Brandanschlag auf ein von TürkInnen bewohntes Haus in Hattingen, der von der Bewohnerin Yasar Ünver verübt worden sein soll. (Frau Ünver wurde angeklagt und im März '96 freigesprochen.) Nicht nur im Fall des Lübecker Brandanschlages vom Januar wirken die Beschuldigungen an den Haaren herbeigezogen. Dennoch scheinen sich fast alle mit derart unlogischen und widersprüchlichen Anklagen zufriedenzugeben. Was läuft da ab?

1994 bekamen wir unfreiwilligerweise eine Gelegenheit, dieses Thema intensiver zu studieren, als in unserem Dorf drei Autos von Tamilen brannten. In den Artikeln über andere Anschläge (z.B. Lübecker Hafenstraße, Sprengstoffalle für Romas in Österreich) fielen uns etliche Parallelen auf, die es lohnenswert erscheinen ließen, unsere Erfahrungen wiederzugeben.

Die Anschläge

In einem kleinen Dorf in Niedersachsen ging nachts die Feuersirene. Das Auto eines tamilischen Asylanten, der seit Jahren im Dorf lebt, brannte. Die Scheibe am Fahrersitz war eingeschlagen, an der Dachrinne und auf dem Fahrersitz brannte es zuerst. Also eindeutig Brandstiftung. Vier Stunden später, als die Löscharbeiten beendet und die Straße wieder ruhig war, gibt es wieder Feueralarm. Wieder ein Auto von Tamilen.

Wenige Tage später brannte es wieder in der Nacht, zur gleichen Zeit wie beim ersten Brand. Diesesmal war es der Schuppen des Bürgermeisters, der dafür bekannt ist, daß er sich (in sehr paternalistischer Weise) um die Flüchtlinge kümmert. Und vier Stunden später in der gleichen Nacht brannte das dritte und letzte Auto von tamilischen Asylanten. Vermutlich war es ein großes Glück für die betroffenen TamilInnen, daß sie alle in Häusern wohnen, in denen auch Deutsche leben. So wurden wenigstens »nur« die Autos angezündet.

Die Polizei

Die Beamten der nächstgelegenen Kripo suchten nach der ersten Brandnacht die Geschädigten auf, befragten sie aber nur nach Formalien wie dem Fahrzeughalter oder im Fahrzeug befindlichen Gegenständen. Obwohl die betroffenen Tamilen nur wenig Deutsch sprechen und am Sitz der Kripo Tamilen mit guten Deutschkenntnissen leben, wurde weder zu diesem Zeitpunkt noch später einE DolmetscherIn hinzugezogen. Stattdessen wohnte der Bürgermeister den Befragungen bei, gab Hintergrundinformationen und steuerte Erklärungsversuche bei. Er erzählte von einer Schlägerei, bei der der eine Autobesitzer einen auswärtigen Tamilen verletzte. Obwohl diese Schlägerei schon vor acht Monaten war und nur einen der Geschädigten betraf, stand damit das Tatmotiv für die Polizei fest. Uns erzählten tamilische Freunde der Betroffenen später, daß sich die Kontrahenten dieser Schlägerei inzwischen wieder vertrugen und daß sich deren Familien gegenseitig besuchten. Als TäterInnen schlossen sie andere Tamilen aus. Sie hatten keinen konkreten Verdacht, konnten sich aber am ehesten rechte junge Deutsche als Brandstifter vorstellen.

Die Kripo ermittelte aber nur in Richtung «persönlicher Racheakt«. Für Beobachtungen der Nachbarn schienen sich die Polizisten wenig zu interessieren. An die Presse wurden lediglich zwei Autobrände gemeldet, ohne Hinweis darauf, daß die Geschädigten Asylanten sind.

Es folgten die nächsten beiden Brände. Auch danach hielt es die Kripo nicht für angebracht, die für rechtsextreme Straftaten zuständige Abteilung bei der nächsthöheren Dienststelle hinzuzuziehen. Diese wurde aufgrund von Presseberichten von selbst tätig und bemühte sich ernsthaft um eine Aufklärung, hatte aber wenig Erfolg. Ihre Chancen waren auch gering, da sie nicht unmittelbar

nach den Bränden mit den Ermittlungen beginnen konnten.

Die MitbürgerInnen

Die ersten Kommentare zu den Bränden, die wir im Dorf zu hören bekamen, lauteten: »Ob die die Autos nicht selbst angesteckt haben...«. Für diese aus der Luft gegriffene Unterstellung fehlte jegliches Motiv. Selbst ein Versicherungsbetrug kam nicht in Frage, da AusländerInnen dieser "Kategorie" (aufgrund des angeblich höheren Risikos) in der Regel keine Versicherung finden, bei der sie eine Vollkaskoversicherung abschließen können. Das war allerdings den Leuten im Dorf nicht bekannt, denn die Tamilen leben sehr zurückgezogen und isoliert. Obwohl eine Familie schon zehn Jahre im Dorf wohnt, gibt es wenig private Kontakte zwischen Tamilen und Deutschen, was sich auch in den relativ schlechten Sprachkenntnissen der Tamilen bemerkbar macht. Gegenüber den Medien hieß es später, sie seien voll integriert. Nach aktueller Sprachregelung sind Ausländer offenbar integriert, wenn sie sich freundlich und zurückhaltend bis unterwürfig verhalten, somit jeden Konflikt vermeiden und im Alltag nicht tätlich angegriffen, sondern höchstens mal beleidigt werden.

Auch die These, andere Tamilen seien die Brandstifter, fand viel Anklang. Dabei spielte sicher die schon früh weitergegebene Racheakt-Version der Polizei eine Rolle. Abgesehen von kleinen engagierten Kreisen war es anfangs ein unausgesprochenes Tabu, in der Öffentlichkeit von der Möglichkeit eines rassistischen Anschlags zu sprechen. Diese Begrifflichkeit darf nach Ansicht vieler erst verwendet werden, wenn hundertprozentige Beweise vorliegen. Geht es aber darum, die Täterschaft nicht bei rechten Deutschen, sondern bei ausgegrenzten Ausländern anzusiedeln, dann genügen Vermutungen - und seien sie noch so unlogisch, zusammenkonstruiert und widersprüchlich.

Die andere Form der »Problemlösung« ist das Totschweigen. Schon kurz nach den Bränden waren die Anschläge vielerorts kein Thema mehr - und das in einem kleinen Dorf, wo nicht sonderlich viel passiert.

In dem Dorf fand sich ein kleiner Kreis kritischer Leute, die versuchten, obige Verhaltensformen zu durchbrechen. NachbarInnen der TamilInnen unterschrieben einen zur Veröffentlichung bestimmten Text, in dem die Brände als vermutlich rassistische Anschläge bezeichnet wurden und alle aufgefordert wurden, Hinweise und Beobachtungen zu den Bränden an die Polizei zu melden.

Dann kam es zur zweiten Brandnacht. Mit dem Bürgermeister wurde auch ein Deutscher geschädigt. Die Racheakt-These verlor völlig an Glaubwürdigkeit. Die Aktivitäten nach den ersten Bränden machten sich bemerkbar und ermöglichten eine schnelle Reaktion. Eine spontan einberufene Gemeinderatssitzung, bei der der Vorschlag für nächtliche Wachgänge zum Schutz vor weiteren Anschlägen fiel, brachte eine Wende in der dörflichen Stimmung. Eine kurz danach stattfindende Bürgerversammlung war sehr gut besucht, allerdings fehlte die Generation der unter Dreißigjährigen und der Fünfzig- bis Sechzigjährigen fast völlig. Sehr viele EinwohnerInnen (ca. 100 bei 1200 EinwohnerInnen) beteiligten sich an den nächtlichen Gängen, die zwei Monate lang konsequent durchgehalten wurden. Die Kirche sammelte Spenden für die TamilInnen, die politische Gemeinde stellte auch einen Betrag für den Kauf eines neuen Autos zur Verfügung, außerdem eine Belohnung für Hinweise auf den oder die TäterInnen.

Diese ganzen Aktivitäten bedeuteten aber nicht, daß die TamilInnen nun ernstgenommen und einbezogen worden wären. Auch die Engagierteren dachten zunächst nicht daran, die TamilInnen über die Treffen zu informieren und dazu einzuladen.

Die Gerüchteküche brodelte noch länger, die Hinweise gelangten aber nur

Die Massenmedien

In der Lokalzeitung erschien aufgrund der mageren Polizeimeldung zuerst gar nichts zu den ersten beiden Anschlägen. Erst auf Nachhaken einiger DorfbewohnerInnen erschien ein Artikel. In der Überschrift wurde das Wort Brandstiftung mit einem Fragezeichen versehen, im Artikel die Ausländerfeindlichkeit als wahrscheinliches Tatmotiv eher versteckt als hervorgehoben. Ein Aufruf, sachdienliche Hinweise an die Polizei zu melden, fehlte - im Gegensatz zu einem Artikel über Sprühereien an Zügen, wo sehr wohl die Bevölkerung um Mithilfe bei der Aufklärung gebeten wurde.

Ein anderes Blatt berichtete auf Hinweise hin engagierter, ebenso ein regionaler Fernsehsender. Diese Berichte schienen eine Rückwirkung auf Polizei und Bevölkerung zu haben bezüglich des Umgangs mit den Anschlägen. Ohne Aktivitäten einzelner wäre zumindest zu den ersten Bränden kein einziger Bericht erschienen; die Polizei hätte sich wohl bei ihren Ermittlungen auf die »Tamilenspur« beschränkt.

Der große Medienrummel setzte erst infolge der Streifengänge ein. Die Taten von »guten Deutschen« interessierten eben mehr (und sind weniger alltäglich) als Brandanschläge auf das Hab und Gut von AusländerInnen.

Flüchtlinge - unmündig, irrational, streitsüchtig, gefährlich

Bei Anschlägen auf Flüchtlinge und andere AusländerInnen ergänzen sich verschiedene rassistische Alltagsmuster in fataler Weise:

Flüchtlinge werden als Unmündige, wie kleine Kinder, behandelt - das umso mehr, je schlechter sie die deutsche Sprache beherrschen.

In unserem Fall führte das dazu, daß die TamilInnen gar nicht als potentielle ZeugInnen befragt wurden und nur minimal in die Überlegungen, was zu deren Schutz zu tun sei, einbezogen wurden.

In Lübeck wurden Hinweise von BewohnerInnen auf vier Kinder, die noch im brennenden Haus in einem Zimmer eingeschlossen waren, von Feuerwehrleuten nicht ernstgenommen. Statt zu reagieren fing ein Feuerwehrmann Diskussionen an, die damit endeten, daß die uneinsichtigen störenden BewohnerInnen hinter eine Absperrung verfrachtet wurden. Bei den Ermittlungen zum Lübecker Brand hatten die Aussagen von dreißig Flüchtlingen, die übereinstimmend den Libanesen Safwan Eid entlasteten und das Erdgeschoß (in ihrer Sprache »erstes Stockwerk«) als Brandherd festmachten, weniger Gewicht als die Aussage eines deutschen Sanitäters, der sich zudem erst gemeldet hatte, als



50 000 DM Belohnung für Hinweise ausgesetzt waren.

Flüchtlinge handeln - wie Frauen oder Kinder - irrational

Den TamilInnen in unserem Dorf wurde unterstellt, ihr eigenes Auto angezündet zu haben.

Safwan Eid soll sogar ein Feuer neben der Tür seiner Familie angezündet und danach, statt sich in Sicherheit zu bringen, in sein Zimmer gegangen sein. Später soll er sich dann einem Feuerwehrmann gegenüber selbst des Brandanschlages bezichtigt haben.

Yasar Ünver soll das Haus ihrer Familie in Hattingen angezündet haben.

Daß diese Verhaltensweisen nicht gerade logisch erscheinen, wird hingenommen. Es ist offenbar Konsens, daß diese Menschen eh nicht zu verstehen sind, da sie aus einem anderen Kulturkreis kommen. Das geht so weit, daß selbstzerstörerisches Verhalten keiner Begründung bedarf. Die Differenz zwischen reaktionären und liberalen Einstellungen zeigt sich lediglich darin, ob davon ausgegangen wird, daß denen sowieso alles zuzutrauen ist oder die irrationalen destruktiven Verhaltensweisen ein Produkt ihrer unbefriedigenden sozialen Situation seien.

Flüchtlinge haben Konflikte untereinander

Nachdem es geschafft ist, daß sich nur noch wenige Deutsche ein friedliches enges Zusammenleben mit Flüchtlingen und anderen AusländerInnen vorstellen können, setzt sich das Bild fest, daß Flüchtlinge untereinander Konflikte haben müssen - vor allem, wenn verschiedene Ethnien unter einem Dach leben. Und daß Konflikte dazu führen, daß man sich gegenseitig (und selbst) die Bude ansteckt.

Safwan Eid soll den Brand gelegt haben, weil er Streit mit Gustave S. hatte. Dabei kannten sich die beiden nur vom Sehen; einen Streit gab es nicht. Die Nord- und die Schwarzafrikaner im Haus in der Hafenstraße hatten nach eigenen Aussagen ein gutes Verhältnis untereinander. Sie halfen sich gegenseitig mit Lebensmitteln aus, die Kinder spielten miteinander. Trotzdem wurden die beiden Gruppen nach dem Brand in verschiedenen Unterkünften untergebracht - begründet mit den Konflikten zwischen ihnen.

Flüchtlinge sind gefährlich



Foto: Pedro Citoler/Transparent

Von obigen Vorurteilen ausgehend ist es nur ein kurzer Weg dahin, Flüchtlinge und andere AusländerInnen auch für potentiell gefährlich zu halten. Hier zeigt vor allem die Kampagne der Bundesregierung gegen die KurdInnen, mitgetragen von den meisten Massenmedien, ihre Wirkung. Zuerst war die Rede von Gewalttätern und Terroristen aus den Reihen der PKK, dann wurde die PKK als terroristische Vereinigung deklariert, dann diverse kurdische Vereine und Gruppen als PKK-Tarnorganisationen kriminalisiert, und heute fordert die Gewerkschaft der Polizei schon ein Verbot sämtlicher kurdischer Großveranstaltungen (Junge Welt, 15.3.96). Da liegt der Gedanke nahe, daß sämtliche KurdInnen Kriminelle oder potentielle Kriminelle sind. Und was für diese gilt, gilt auch für andere aus dem Nahen Osten, denn diese Kulturen stehen sich ja nahe. Daß der »Schwarze Mann« gefährlich ist, lernt schon jedes Kind im hiesigen Kulturkreis. Da wundert es wohl niemand, wenn ein Tamile, eine Türkin oder ein Libanese zum Brandstifter wird.

Wer redet schon mit AusländerInnen!

Die Wirkung dieser Rassismen, die mehr oder minder ausgeprägt bei den meisten Deutschen anzutreffen sind, wird verstärkt dadurch, daß kaum einer direkten engeren Kontakt zu Flüchtlingen oder AusländerInnen hat. Eine Relativierung der Vorurteile aufgrund persönlicher Erfahrungen bleibt somit aus. Selbst wenn Beziehungen zu AusländerInnen bestehen, werden positive Erfahrungen eher auf das Individuum bezogen, aber negative verallgemeinert.

Deutsche sind Biedermänner, nicht Brandstifter

In den 30er Jahren brennende Synagogen - heute brennende Flüchtlingsunterkünfte und auch wieder Synagogen. Die Parallelen sind offensichtlich. Aus dem Dritten Reich und der Zeit danach haben viele Deutsche etwas gelernt und an ihre Kinder weitergegeben: es ist besser, sich nicht zu exponieren, schon gar nicht zur Verteidigung Ausgegrenzter, und es ist von Vorteil, nichts zu wissen und nichts gewußt zu haben. Die Bedrohung geht für sie nicht von den Rechtsextremen aus, sondern von denen, die die Dinge beim Namen benennen und sie zwingen, genauer hinzuschauen. Deshalb wird der Begriff »rassistischer Anschlag« als Tabu behandelt. Die zuvor genannten Vorurteilsstrukturen wirken als Schutz, die Dinge nicht so sehen zu müssen, wie sie sind.

Die Transformation vom Opfer zum Täter

Im Alltag schon fatal, wirkt sich die Kombination der rassistischen Vorurteile, der fehlenden Kontakte zwischen Flüchtlingen und InländerInnen sowie der Drang zur Entlastung der Deutschen im Ernstfall eines Anschlages verheerend aus:

Wenn nicht zufällig an Schlüsselpositionen Personen sitzen, die diese Muster durchbrechen, kann fast nur jemand von den Opfern oder aus deren Umfeld als Täter präsentiert werden. Es muß schon fast als guter Ausgang bezeichnet werden, wenn am Schluß der Ermittlungen Fahrlässigkeit oder technische Defekte als Ursache für den Brand dastehen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Rechtsextreme als TäterInnen näher in Betracht gezogen, gefaßt und verurteilt werden, ist äußerst gering. Voraussetzung ist, daß die beteiligten Personen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht, möglichst auch Medien und GutachterInnen, entgegen der Strömung weitgehend ohne diese Vorurteile, Rassismen und Bilder im Kopf an ihre Arbeit gehen.

Tu wat!

Um selbst nicht diesen Mechanismen aufzusitzen, ist der erste Schritt nach einem Brand oder ähnlichem, für sich die rassistische Variante nüchtern durchzudenken, unbeirrt von den schnell kursierenden Gerüchten und Erklärungen. Soweit möglich, sollten direkte Informationen von den Betroffenen, von Zeugen oder anderen in das Geschehen Involvierten eingeholt werden. (Vorsicht! Auch hier warten schon die vorher genannten Fallen!) Nachhaken und Nachfragen bietet sich auch dort an, wo mensch auf schnelle Erklärungen und Gerüchte stößt.

Ist ein rassistischer Anschlag nicht ausgeschlossen, sollte darauf insistiert werden, daß diese Möglichkeit besteht. Normalerweise eckt mensch damit schon an. An diesem Punkt zeigt sich, wo wer steht. Daraus ergeben sich u.U. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die (Un-)Tätigkeiten der Polizei und der Medien gelegt werden. Wo gibt es Gründe und Möglichkeiten zu intervenieren? Wichtig ist der weitere Umgang mit den Betroffenen. Werden diese in üblicher Weise übergangen, ist ihnen Gehör zu verschaffen, sofern sie nicht selbst dafür sorgen.

Es empfiehlt sich ein schnelles Reagieren, denn am meisten läßt sich erreichen, wenn sich die Leute noch nicht gegenseitig ihrer Meinungen vergewissert und Positionen festgeklopft haben.

Anmerkung1 : Statt AusländerIn müßte es im Text heißen »eine Person aus einem nach kapitalistischen Gesichtspunkten ärmeren Herkunftsland«, denn weiße NordamerikanerInnen, SkandinavierInnen oder Schwei-zerInnen sind nie betroffen.

Anmerkung 2 (aus einem Karlsruher Flugblatt, SF-Red.:) In der Lübecker Tatnacht wurden ca. 100 m vom Haus entfernt vier Neonazis aus Grevesmühlen kontrolliert und zunächst festgenommen. Die Ermittlungsbehörden ließen sie frei, weil sie ihre Unschuld für erwiesen halten. Sie seien 20 Min. vor Ausbruch des Feuers noch 15km weit weg an einer Tankstelle (!) gewesen. Nach Lübecker Antifa-Recherchen befindet sich die erwähnte Tankstelle aber nur 5 km weit weg und eine Tankstelle betankt nicht nur Autos....

Anm. 3: (SF-Red., Quelle: Stuttgarter Zeitung etc.):
1994 wurden bei einem Brandanschlag in Stuttgart 7 Menschen aus anderen Ländern getötet. Die Verursacher sollten dem Drogenmilieu angehören. Im Juli 1995 wurde ein Neonazi verhaftet, der diesen Brandanschlag sowie 17 (!) weitere gestand.

Anm. 4: (SF-Red., Quelle: Stuttgarter Nachrichten etc.):
Der Neonazi aus der FAP, der im Ruhrgebiet 5 Morde (darunter einen an einer jungen Frau wegen Tragens eines »Nazi raus«-Buttons) eingestand und vermutlich zwei weitere zu verantworten hat, wurde in den überregionalen Medien nicht nur in einer Kurzmeldung abgehandelt, in dieser Kurzmeldung wurde der wenige Raum noch dazu benutzt, daß man ihn als "zur Tatzeit vermindert zurechnungsfähig" gleich in Schutz nahm. Für weitere Begründungen fehlte dann wieder der Platz!

Infos

Nachruf auf Karl Bommer

Unser lieber Freund und Genosse Karl (Kurt) Bommer ist am 22.12.1995 im hohen Alter von 94 Jahren verstorben. Anläßlich des 90. Geburtstages von Kurt Bommer hat der *SF* in 4/91 eine ausführliche Würdigung seines Lebens und Wirkens für die anarchistische Bewegung publiziert. Über 70 Jahre war Kurt mit der anarchistischen Bewegung verbunden – eine Zeit, die geprägt war von den Kämpfen in der Weimarer Republik, der Diktatur des Hitler-Regimes und des Wiederbeginns anarchistischer Gruppenbildungen und Überzeugungsarbeit nach 1945.

Kurt stand im Mittelpunkt unserer Hamburger Gruppe. Mit Engagement, Geist und Toleranz vertrat er seine Ansichten und sorgte dafür, daß die Gruppe in sich zusammenhielt. Die menschliche Verbundenheit unter Genossen stand bei ihm immer im Vordergrund seines Denkens und Handelns.

Wir werden Kurt immer in lieber Erinnerung behalten.

Günther Freitag

btr. Benefiz-Tape-Sampler für die Zapatistas

Das Münsteraner Label "Falling Down Records" hat einen 60 minütigen Sampler mit 20 Gruppen herausgebracht. Alle Gruppen spielten kostenlos. Die Kassette kostet 8.-DM, 3.-DM gehen an die zapatistische Bewegung.

Bestelladresse: *Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster*

Yelah

Yelah, eine schwedische anarchafeministische Zeitschrift sucht Photos aus dem Lebenszusammenhang von AnarchistInnen. Wie leben wir in den verschiedenen Ländern, wie leben AnarchistInnen heutzutage?

Kontakt: (auf Englisch): Yelah, Box 4085, S-40040 Göteborg

Libertäre Bücherei

Im Café Parlando in Bielefeld wurde Ende letzten Jahres eine libertäre Leihbücherei eröffnet. Zwischen 3-4000 Titel sind dort ausleihbar. Die Bücherei hat jede Woche von dienstags bis sonntags von 15.00 bis 1.00 Uhr geöffnet, Bücher ausleihen kann mensch von dienstags bis samstags jeweils von 16.00 bis 20.00 Uhr. Über Buchspenden beklagen sich die BetreiberInnen sicherlich nicht!

Kontakt: Café Parlando, Libertäre Leihbücherei, Wittekindstr.42, 33615 Bielefeld, Tel. 0521-122700

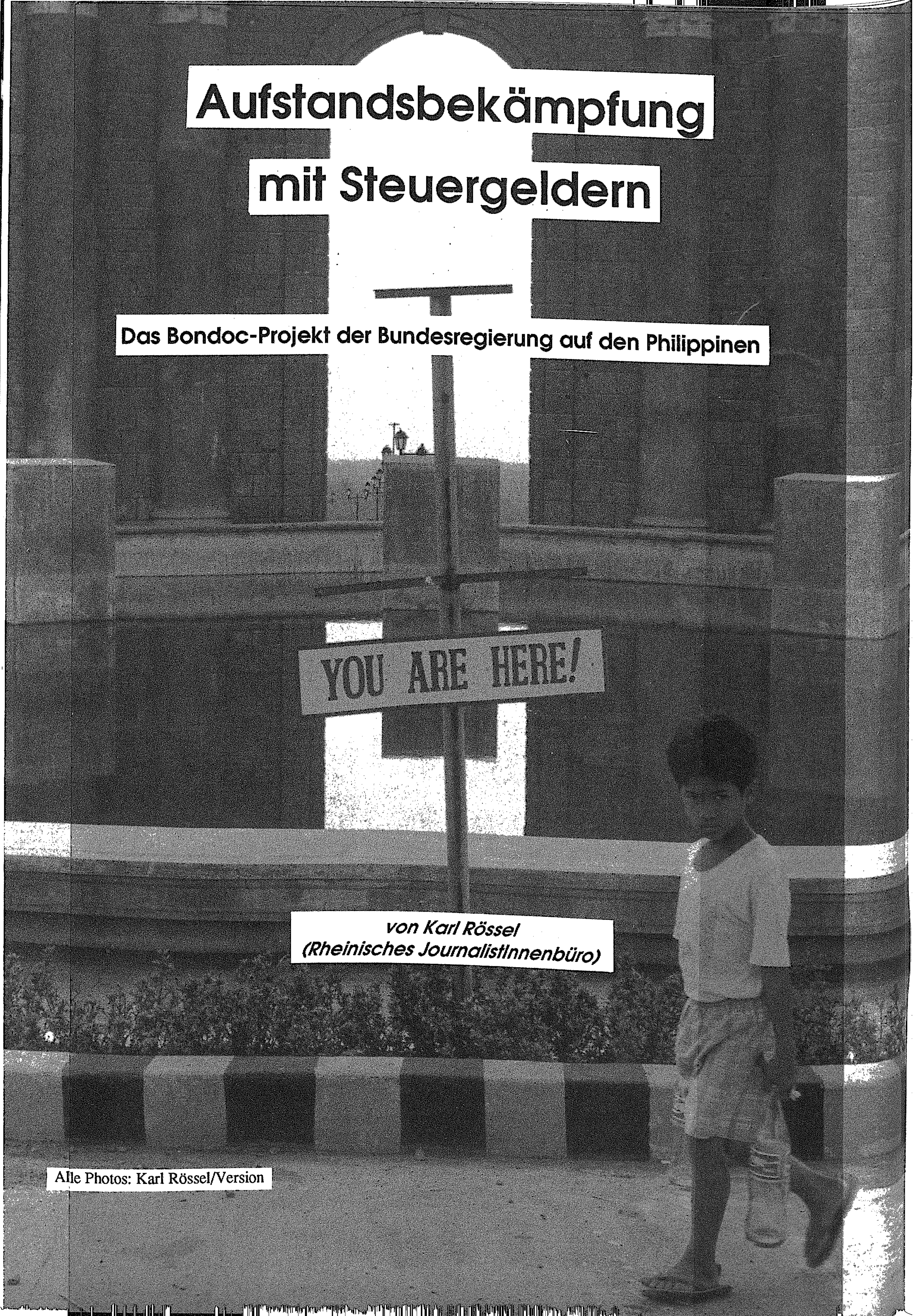
Kleinanzeigen (20.-)

Wir, (m) 39, (w) 35, (m) 4, (w) 2 suchen Zuwachs für WG in einem Dorf zwischen Hamburg und Bremerhaven. 1-3 Zimmer frei, davon 1 Zimmer auch als kleiner Laden oder Büro nutzbar. **Tel. 04768-685**

"Eine Auswahl" deutschsprachiger anarchistischer und sozialistischer Zeitungen in den USA (41 Zeitungen mit Standortangaben); 4.- & Porto in Briefmarken beilegen. Bestelladresse: Hardy Eppler, Gerwigstr.43, 76131 Karlsruhe

Aufstandsbekämpfung mit Steuergeldern

Das Bondoc-Projekt der Bundesregierung auf den Philippinen



von Karl Rössel
(Rheinisches JournalistInnenbüro)

Alle Photos: Karl Rössel/Version

Eines der größten Projekte der bundesdeutschen Entwicklungshilfe in den Philippinen befindet sich auf der Bondoc-Halbinsel. Diese verkehrsmäßig kaum erschlossene Landzunge 200 Kilometer südöstlich von Manila wird von knapp 400.000 Menschen bewohnt und gehört zu den ärmsten Regionen des Landes. Reich und üppig gedeiht hier nur die tropisch-grüne Vegetation. Die Berghänge sind bis zu den Gipfeln mit Kokospalmen bepflanzt und in den Tälern glitzern bewässerte Reisfelder. Die meisten Plantagen und Felder gehören Großgrundbesitzern, die ein Luxusleben führen. Ihre Arbeiter dagegen müssen mit ihren Familien in Elendshütten aus Bambus und Palmblättern hausen. Kaum ein Dorf verfügt über sauberes Trinkwasser oder eine Gesundheitsstation. Viele Bauern auf Bondoc verdienen nicht einmal zwei Mark - pro Tag! - und drei Viertel der Kinder sind unterernährt.

Das Hauptquartier des deutschen Projekts in dem kleinen, von Armut geprägten Hafenstädtchen Catanauan ist großzügig ausgerüstet. Die Entwicklungshelfer verfügen hier über drei große, voll klimatisierte Bürogebäude für das Management, die Finanzabteilung und Seminar-Veranstaltungen. Es gibt Computer, Druckmaschinen, Kopierer, eine Bibliothek, Funk-, Video- und Stereoanlagen, Diaprojektor und die einzige Telefonleitung auf der gesamten Halbinsel. Der Fahrzeugpark besteht aus sechs klimatisierten Pajero-Jeeps und noch einmal so vielen Motorrädern. Neben vierzig philippinischen Projektangestellten arbeiten hier zwei deutsche Experten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, kurz GTZ. Die GTZ wickelt als bundeseigenes Unternehmen für die Bundesregierung Projekte ab, die der technischen Entwicklung und Zusammenarbeit mit Dritt-Weltländern dienen sollen. Den Entwicklungshelfern der GTZ werden selbst in den ärmsten Regionen der Welt noch lukrative Löhne und bequeme Unterkünfte geboten. Denn - so die GTZ-Zentrale in Eschborn zur Erklärung: qualifizierte Leute sind rar und kosten ihren Preis.

Im Ergebnis verdient ein GTZ-Berater in Catanauan etwa genausoviel wie alle 40 philippinischen Angestellten zusammen: rund 15.000 DM im Monat, steuerfrei! Beide Berater zusammen verbrauchen ein Viertel der gesamten Projektmittel für die Bondoc-Halbinsel. Und während ihre philippinischen Kollegen in Hütten wohnen oder sich zu mehreren die stickig-heißen Zimmer der Projektunterkunft teilen müssen, ließ die GTZ für die deutschen Experten je eine großzügige Villa mit Garage am Privatstrand bauen. Kostenpunkt: 400.000 DM. Das Häuschen für den bewaffneten Wächter neben dem Eingangstor inklusive.

Ihre Sonderstellung in Catanauan scheint den GTZ-Experten zu Kopf gestiegen zu sein: Als ich mich im Büro des Projektmanagement in Catanauan melde, um das vereinbarte Besuchsprogramm im Projektgebiet anzutreten, überreicht mir der GTZ-Angestellte Hans Jürgen Schmid ein zweiseitiges, von ihm verfaßtes Papier mit der Überschrift "Agreement". Er fordert mich auf, diese "Vereinbarung" umgehend zu unterzeichnen. Danach hätte ich mich verpflichtet, "keine Interviews, Informationen und Recherchen aus dem Bondoc-Projektgebiet ohne die vorherige ausdrückliche Zustimmung des Projekt-Managements" zu veröffentlichen. Als ich mich weigere, Schmid mit meiner Unterschrift als Zensor meiner Berichterstattung anzuerkennen, droht er mir, meinen Besuch im Projektgebiet innerhalb einer halben Minute abzusagen. Erst als diese Drohung nicht die gewünschte Wirkung zeigt, läßt er mich schließlich doch noch im Projektjeep zu einigen Vorzeigedörfern auf der Bondoc-Halbinsel chauffieren. Ich aber frage mich, warum die GTZ-Mitarbeiter so nervös werden, wenn sich einmal ein Journalist in ihr abgelegenes Projektgebiet verirrt? An ihrem Luxusleben in einem Meer von Armut kann es nicht liegen. Denn das gleicht sich überall, wo reiche deutsche Entwicklungsexperten mit dem Anspruch auftauchen, den Armen der Welt helfen zu wollen.

Tatsache ist, daß kaum ein Projekt der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit von Anfang an so umstritten war wie das auf der Bondoc-Halbinsel. Denn das Projektgebiet liegt in einer innenpolitisch hoch brisanten Region. Seit Beginn der Marcos-Diktatur vor mehr als zwei Jahrzehnten operiert dort die philippinischen Guerilla New People's Army (NPA). Das weiß auch die Bundesregierung. Schon in einem der frühen GTZ-Berichte aus den achtziger Jahren über die Lage auf der Bondoc-Halbinsel heißt es: "Das Projektgebiet ist als Hochburg der NPA anzusehen, die auch einen gewissen - in manchen Gegenden starken - Rückhalt bei der örtlichen Bevölkerung findet."

1986 wurde zwar Marcos gestürzt und Corazon Aquino übernahm das Amt der Präsidentin. An den feudalen Besitzverhältnissen auf dem Land und den elenden Lebensbedingungen änderte sich dadurch allerdings nichts, weder unter ihrer Regierung noch unter der des heutigen Präsidenten Fidel Ramos. Deshalb setzte die NPA ihren bewaffneten Kampf für radikale Reformen fort, insbesondere für eine Umverteilung des Bodens an die landlosen Bauern. Aquino, die zunächst noch Friedensverhandlungen mit der Guerilla angekündigt hatte, erklärte der NPA schon bald den totalen Krieg. Ein Krieg, der auch die Bondoc-Halbinsel erfaßte.

Trotzdem suchte sich die Bundesregierung 1987 ausgerechnet Bondoc als Zielgebiet für ihr größtes entwicklungspolitisches Projekt auf den Philippinen aus. Sie beschloß, 25 Millionen Mark für den Bau und die Befestigung von Straßen und Brücken durch das Guerilla-Gebiet auf der Halbinsel zu investieren. Den Bau von Straßen auf Bondoc hatten philippinische Militärs schon unter Marcos vorgeschlagen. Sie wollten dort mit schwerem Gerät und Panzerfahrzeugen operieren, um effektiver gegen die Aufständischen vorgehen zu können. Ende der achtziger Jahre schien ihr Wunsch in Erfüllung zu gehen: mit deutscher Entwicklungshilfe.

Doch gegen die Straßenbaupläne erhob sich ein für die Regierenden beider Seiten unerwartet hartnäckiger Widerstand. Bauernorganisationen und Gewerkschaften von der Halbinsel fürchteten eine Zunahme der militärischen Auseinandersetzungen und damit noch größeres Leid für die Zivilbevölkerung. Sie protestierten öffentlich gegen das Projekt. Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik griffen die Kritik auf. Und nach Debatten im Bundestag sah sich die Bundesregierung schließlich gezwungen, ihr Straßenbauprojekt auf Bondoc zumindest "vorläufig zurückzustellen". Dazu hatten wohl auch Erklärungen des NPA-Sprechers für Bondoc, Gregorio Rosal ("Ka Roger"), beigetragen. In Schreiben an das Bun-



Strandvilla des GTZ-Beraters
Hans J. Schmid

desministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ, und den Bundestag hatte er angekündigt, die Guerilla werde das deutsche Straßenbauprojekt notfalls auch mit Waffengewalt stoppen.

Statt sich aus dem politischen Machtkampf auf Bondoc herauszuhalten, beauftragte das BMZ nach dieser ersten Pleite die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) in Eschborn, ein verändertes Konzept für ein bundesdeutsches Projekt auf der Halbinsel zu entwickeln. So entstand das Bondoc Development Program. Projektierte Dauer: 15 Jahre. Fördersumme: 20 Millionen Mark. Projektbeginn: 1990.

Bernhard Kühn, Südostasienreferent im BMZ, nennt als Hauptziele des neuen Konzepts: "Hilfe zur Selbsthilfe, Aufbau und Förderung von Selbsthilfegruppen, Spar- und Kreditmobilisierung, Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten und Hilfe bei der Bodenreform."

Auf Druck des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sah sich die Bundesregierung gezwungen, mit der Vorstellung des neukonzipierten Bondoc-Projekts einige politische Forderungen an die philippinische Regierung zu stellen, von deren Erfüllung die weitere Förderung dieses Projektes abhängig gemacht werden sollte. Fünf Jahre nach Projektbeginn müssen sich die Betreiber an diesen selbstgesteckten Vorgaben messen lassen.

Regierungsforderung Nr. 1.: Rückzug des Militärs und Friedensregelung für die Bondoc-Halbinsel

"Schon bei Projektbeginn zeigte sich, daß die philippinische Regierung die Militärpräsenz in der Region deutlich ausgedünnt hat." Das sagt Bernhard Kühn, der Südostasienreferent des BMZ. Und der Länderchef der GTZ für die Philippinen, Walter Schöll, behauptet gar: "Eine Zeit lang gab es auf der Bondoc-Halbinsel überhaupt keine offizielle Militärpräsenz mehr."

Die Realität vor Ort sieht anders aus: Schon bei der Anreise ins Projektgebiet passiert der Bus gleich mehrere militärische Checkpoints. Noch am Ortseingang von Catanauan, dem Sitz des Bondoc-Management-Büros, stehen "Stop"-Schilder mitten auf der Straße, die jeden Wagen zwingen, im Schrittempo an einer Steinmauer mit Schießscharten vorbeizufahren, hinter der - deutlich erkennbar - Soldaten mit Gewehren im Anschlag stehen. Auch philippinische Menschenrechtsorganisationen zeichnen ein völlig anderes Bild von der Militärpräsenz auf Bondoc als die deutschen Projektbetreiber. Arnel Salvador, der Generalsekretär des "Ecumencial Movement for Justice and Peace" (EMJP, zu deutsch: Ökumenische Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden), dessen Organisation schon seit den achtziger Jahren auf Bondoc aktiv ist, rollt eine Karte der Halbinsel vor mir aus und zeigt mir darauf, wo sich heute die Stützpunkte des Militärs und der paramiliärisch organisierten Polizei befinden. Danach ist das 3.Landebataillon der philippinischen Marine in Mulanay stationiert. Zu dieser Einheit gehören auch die 243. Marinekompanie in Pajarillo, Macalelon, und die 233. Marinekompanie in San Miguel Da Lopez. In San Francisco habe das 15. Sondereinsatzkommando der philippinischen Armee seinen Stützpunkt, das verantwortlich sei für die Rekrutierung der paramilitärischen Bürgerwehren auf der gesamten Bondoc-Halbinsel. In Catanauan sei das 234. mobile Einsatzkommando der philippinischen Polizei

stationiert, das auch zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werde. Und schließlich gebe es in Gumaca noch das 232. Einsatzkommando und eine weitere Marineeinheit. Alle genannten Orte sind auf der Bondoc-Halbinsel. Und unweit davon, an der Grenze zwischen den Provinzen Quezon und Bicol, sei auch noch die Kaserne des 74. Infanteriebataillon der philippinische Armee.

Tatsächlich, so Arnel Salvador, seien in den letzten Jahren einige Einheiten der Landstreitkräfte von der Halbinsel abgezogen worden. Dafür jedoch seien in den Küstenorten mehr Marinetruppen stationiert als zuvor. Fazit: die erste Forderung der Bundesregierung ist bis heute nicht erfüllt: von einem Rückzug des Militärs oder einer Friedensregelung auf Bondoc kann keine Rede sein. Auf Nachfrage muß auch Walter Schöll von der GTZ eingestehen, daß es "noch Anfang 1994 - vor den philippinischen Kommunalwahlen im Mai - Einsätze von Marines und Zusammenstöße zwischen dem Militär und der NPA auf Bondoc gab."

Regierungsforderung Nr. 2: Einhaltung der Menschenrechte

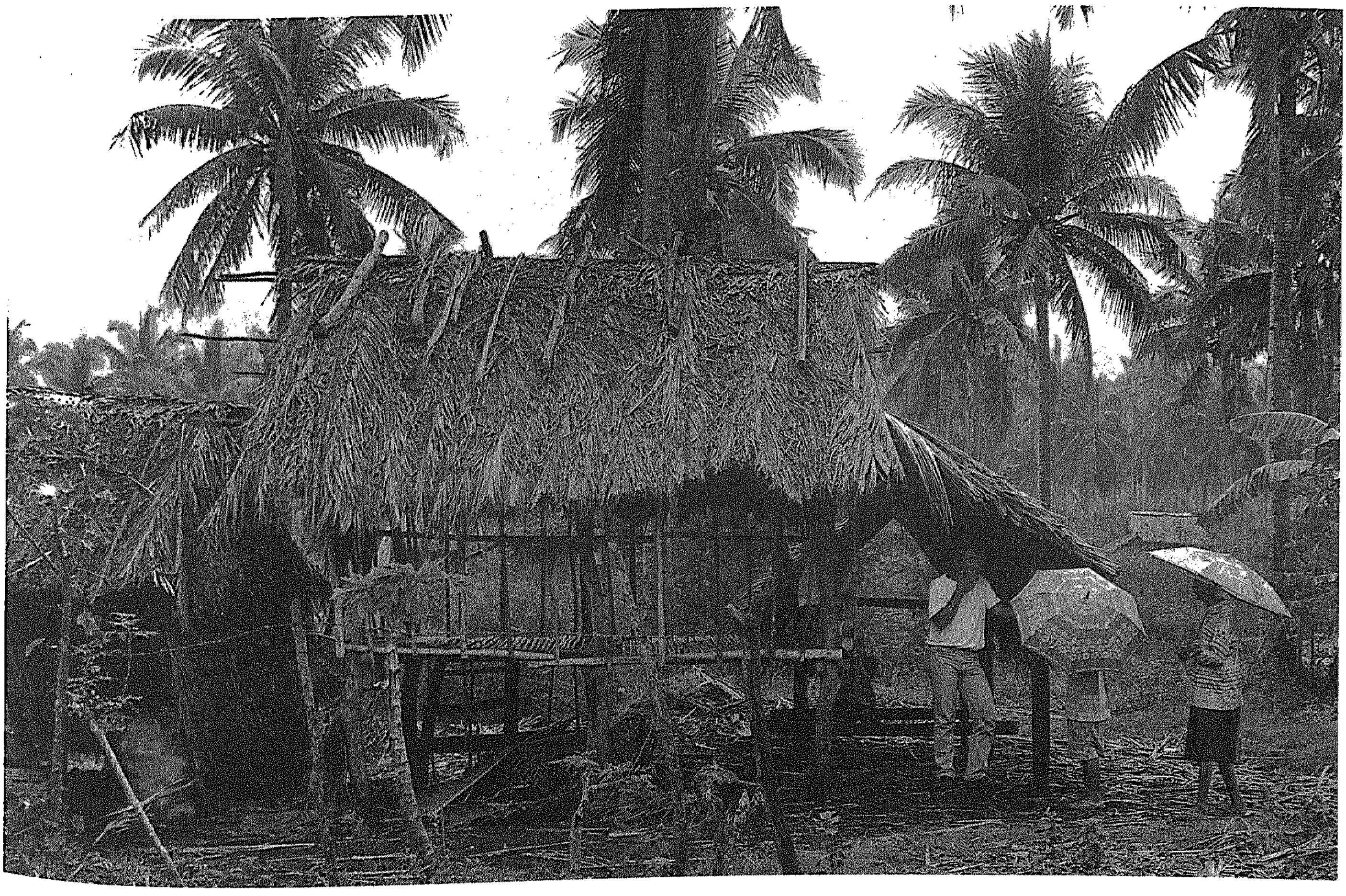
Walter Schöll von der GTZ behauptet: "Seit Projektbeginn hat sich die Beachtung der Menschenrechte deutlich verbessert. Das wird auch von der Bundesregierung so eingeschätzt. Generell werden die Philippinen nicht mehr als große Verletzer der Menschenrechte angesehen. Bei einem Gespräch, daß ich unlängst in Bonn im Außenministerium geführt habe, hieß es sogar, in bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte seien die Philippinen nicht schlimmer als die Bundesrepublik Deutschland".

Auch BMZ-Regierungsdirektor Bernhard Kühn weiß nur Positives von den Philippinen zu berichten. "Es gibt dort keine von der Regierung geduldete Verletzung der Menschenrechte". Selbst von amnesty international lägen keine Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Projektregion vor und auch die Projektmitarbeiter hätten nichts dergleichen gemeldet.

Doch auch in diesem Punkt erweist sich bei einem Besuch vor Ort das Gegenteil: Als wir bei der Fahrt durch das Projektgebiet das Örtchen San Narciso an der Ostküste der Halbinsel erreichen, erzählt mir mein Begleiter, der Projektmitarbeiter Shirien Roniel "Nico" Santos, Anfang des Jahres seien hier die zerstückelten Körperteile des ermordeten Schuldirektors von San Narciso gefunden worden. Dieser hatte es gewagt, den Mißbrauch öffentlicher Gelder durch den Bürgermeister von San Narciso, Juanito Uy, zu kritisieren. Uy ist Großgrundbesitzer, verfügt als berüchtigter "Warlord" über eine Privatarmee und verbreitet in seinem Einflußbereich Angst und Schrecken. Zu Projektbeginn saß er, laut Protokoll vom 1. September 1990, im Beirat des GTZ-Projekts.

Auch andere Großgrundbesitzer auf Bondoc halten sich Privatarmeen, die von Soldaten und Offizieren der Regierungstruppen ausgebildet werden.

Arnel Salvador von der Menschenrechtsorganisation EMJP legt mir darüber hinaus Dokumente über Dutzende Fälle von Menschenrechtsverletzungen vor - alle aus den letzten fünf Jahren seit Beginn des Bondoc-Projektes. Ein Beispiel: "Am 7. November 1993 gab es einen Militäreinsatz in dem Dorf Uyon-Uyon. Dabei wurden drei Bauern getötet. Die Militärs verbrannten die Leichen. Zwei Wochen später wurden drei weitere Personen hingerichtet. Sie wurden von Bürgerwehrtrupps unter dem Kommando des 31. Infanterie-Ba-



Die Hütten der Bevölkerung des Bondoc Development Programms

taillons geköpft."

Auch amnesty international - von BMZ-Regierungsdirektor Kühn als Kronzeuge für die positive Entwicklung auf Bondoc zitiert - machte noch 1993 in einer weltweiten Eilaktion ("Urgent Action") auf das Verschwinden des Bauern José Solivan aufmerksam. Dieser wurde mitten in Catanauan vom Militär verschleppt, also fast vor der Tür des Bondoc-Projektmanagements.

Die GTZ-Experten vor Ort verschweigen all diese Fälle, obwohl Öffentlichkeit oft der einzige Schutz für die Betroffenen ist. Ob sie wohl fürchten, die Bundesregierung könnte wirklich einmal ernst machen mit ihrer Ankündigung, die Gewährung von Entwicklungshilfe von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen? Von Bondoc jedenfalls hätte sie ihre Entwicklungshelfer dann schon lange abziehen müssen.

Regierungsforderung Nr. 3: Rasche Umsetzung der Landreform auf der Bondoc-Halbinsel

Auch was die Durchführung der Landreform auf Bondoc angeht, will Bernhard Kühn vom BMZ "der philippinischen Regierung nicht das ernsthafte Bemühen absprechen" und Walter Schöll von der GTZ behauptet, "ungefähr 30-40% der vorgesehenen Flächen sind bisher verteilt." Das klingt gut, entspricht nur nicht der Wahrheit. Selbst eine im Auftrag des Bondoc-Projekts erstellte Studie zur Landreform weist nach: Nur ein Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens auf Bondoc fällt überhaupt unter das Landreformgesetz der philippinischen Regierung.



Und davon sind - nach Angaben des zuständigen Ministeriums - bis heute auch wiederum nur 30 bis 40 Prozent erfaßt(!). Bis jetzt ist somit gerade mal ein Zentel des Bodens auf Bondoc in die äußerst langsam mahlenden bürokratischen Mühlen des Ministeriums für Landreform geraten, was noch lange nicht heißt, daß dieser Boden auch schon verteilt(!) wäre. Fazit: Auch von einer raschen Umsetzung der Landreform im Projektgebiet, der dritten Forderung der Bundesregierung, kann deshalb keine Rede sein.

Regierungsforderung Nr. 4: Beteiligung der Zielbevölkerung, der Nicht-Regierungs- und Basisorganisationen, an Planung und Durchführung des Projekts.

Was die "basisdemokratische Verankerung" des Bondoc-Projektes angeht, widersprechen sich die zuständigen Herren von BMZ und GTZ. GTZ-Länderchef Walter Schöll beschreibt die Zusammenarbeit mit den "People's Organizations", den Selbsthilfegruppen an der Basis, als "sehr positiv". Nur mit den Nichtregierungs-Organisationen, den NGOs, habe sie sich "weniger positiv entwickelt als ursprünglich erhofft". Der politisch Verantwortliche im BMZ, Bernhard Kühn, behauptet das Gegenteil: "Ich war im Mai 1995 auf einem Kongreß in Amsterdam, veranstaltet von sicherlich nicht gerade rechtsgerichteten NGOs aus den Philippinen. Dort wurde die Zusammenarbeit mit NGOs im Bondoc Projekt als besonders positiv hervorgehoben, auch im Vergleich zu Projekten anderer Geldgeber im Rahmen der Entwicklunszusammenarbeit."

Fakt ist, daß der genannte Kongreß (veranstaltet vom Transnational Institute unter dem Thema "Asia's Wake-up Call to Europe") nicht im Mai, sondern am 12./13. März in Amsterdam stattfand, und daß das Bondoc-Projekt dort zu keinem Zeitpunkt Thema der Debatte war.

Aber was soll's, wenn's der Verteidigung des Bondoc-Projekts dient. Da behauptet GTZ-Länderchef Walter Schöll ja auch, die Zusammenarbeit mit den lokalen Basisinitiativen funktioniere gut, obwohl im Evaluierungsbericht seines Unternehmens für die ersten drei Projektjahre das genaue Gegenteil steht. (vgl. Report on the Programme's Review Mission for the Project PN: 88.2021.9 - 01.100, Bondoc Development Program [BDP], Philippines, Catanauan and Singen, February 1993)

In den fünf Jahren von 1990 bis 1995 ist es den Projektbetreibern nicht einmal gelungen, auch nur die neun Vertreter von Basisinitiativen aufzutreiben, die die laut Konzept vorgesehenen Basis-Plätze im Projektbeirat besetzen sollten. Vielmehr haben ein halbes Dutzend örtlicher Initiativen von Landarbeitern und Bauern ihre Zusammenarbeit mit dem deutschen Projekt ausdrücklich aufgekündigt. Aris Sarmiento von der Nicht-Regierungsorganisation "Solidarity for Poeples Power" in Südtagalog schrieb im Auftrag der GTZ noch 1993 am Evaluierungsbericht über die ersten drei Jahre mit. Er kennt somit das Innenleben dieses Projekts genau. Zur Beteiligung der Basis sagt er: "Bis heute ist den meisten Leuten in den Dörfern das Konzept dieses Projekts nicht klar. Sie machen sogar Witze darüber, daß das Projekt außer Propagandacomics und endlos langen Sitzungen bislang nichts gebracht habe. Nachdem einige aktive Gruppen die Zusammenarbeit mit dem Projekt eingestellt hatten, weil die Militarisierung weiterging, die Landreform nicht durchgeführt wurde und die Basisinitiativen nicht wirklich in den Projektgremien mitentscheiden dürfen, begann das Projektmanagement damit, sich seine eigenen Basisgruppen zurechtzuzimmern. Das sind allerdings Gruppen von Bürgermeistern und Lokalpolitikern, also Leute aus der Oberschicht, was nicht dem verkündeten Anspruch entspricht, für die Ärmsten der Armen einzutreten."

Auch die Basisbeteiligung der Zielbevölkerung im Projektgebiet funktioniert also nicht. Damit sind alle vier Voraus-

setzungen nicht erfüllt, die die Bundesregierung für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes benannt hatte. Bleibt die Frage, warum die politisch Verantwortlichen trotz alledem so hartnäckig an ihrem Einsatz auf Bondoc festhalten. Arnel Salvador von der ökumenischen Menschenrechtsorganisation EMJP nennt als Grund, daß auch das neukonzipierte Projekt letztlich den selben politischen Zielen diene, die schon die ursprünglich geplanten Straßenbauten fördern sollten: "Alle Projekte der Regierung in dieser Region sind Bestandteil der übergeordneten militärischen Strategie zur Aufstandsbekämpfung, auch das Bondoc-Projekt." Die Militärstrategie nenne sich "Oplan Lambat Bitag" (zu deutsch: Operationsplan Netzfalle) und sei zur Zeit in ihrer dritten Phase. Die für das Bondoc-Projekt politisch Verantwortlichen von BMZ und GTZ geben vor, dieses Konzept des philippinischen Militärs nicht zu kennen. Dabei ist es auf den Philippinen seit Ende der achtziger Jahre publik und auch bundesdeutsche Zeitungen haben schon damals darüber berichtet. Den Militärplan "Oplan Lambat Bitag" beschrieb Eric Janvier, Adjudant des phlippinischen Verteidigungsministers, 1989 - kurz vor Projektbeginn - als "Aufstandsbekämpfung auf allen Ebenen". Er unterschied dabei die vier Phasen: "Säuberung, Sicherung, Konsolidierung und Entwicklung".

Im Oktober 1990, kurz nach Projektbeginn, traf sich das Projekt-Management, darunter auch GTZ-Berater Schmid, mit General Frederico Ruiz, dem für Bondoc zuständigen Militärkommandanten des Southern Luzon Command. General Ruiz vertrat damals in aller Öffentlichkeit das Militärkonzept "Oplan Lambat Bitag" und sagte wörtlich, er werde "Himmel und Erde in Bewegung setzen, um das Gebiet der Bondoc-Halbinsel von Störenfrieden zu säubern", nicht zuletzt, damit das bundesdeutsche Projekt ungestört laufen könne. Auch auf der ersten Beiratssitzung des Projecktes am 1. September 1990 in Eyn's Restaurant in Catanauan waren zwei hochrangige Militärs vertreten, Major Cabreras von den philippinischen Streitkräften und Hauptmann Belarma von der 234. Kompanie der Philippine Constabulary, den paramilitärischen Polizeitruppen. Die beiden beschrieben ihr Ziel auf der Halbinsel laut Protokoll so: "Die Lösung besteht darin, die Aufständischen in der Region vollständisch auszurotten. Dies ist der Beitrag des Militärs zur Schaffung eines ewig währenden Friedens für die Bevölkerung." Auch an dieser Beiratssitzung nahm der GTZ-Berater Schmid teil. Trotzdem behauptet sein Vorgesetzter, GTZ-Länderchef Walter Schöll, all diese Absichtserklärungen der Militärs seien den deutschen Entwicklungshelfern vor Ort "so sicherlich nicht bekannt" gewesen.

Tatsächlich hat sich seit Projektbeginn auf Bondoc genau das abgespielt, was das Militär 1990 angekündigt hatte. 1991, ein Jahr nach Projektbeginn, wurde eine großangelegte Offensive gegen die NPA-Guerilla gestartet, mit Bombardements in den Bergdörfer im Hinterland. Das entsprach der ersten Phase der Aufstandsbekämpfung, der "Säuberung". Daraufhin folgte die zweite Phase der "Sicherung": die Rekrutierung lokaler Bürgerwehren, um die Rückkehr der Guerilla in die bombardierten Dörfer zu erschwerden. Darum bemühte sich insbesondere der Provinzgouverneur und Vorsitzende des Beirats im GTZ-Projekt, Eduardo Rodriguez. Das Ziel der dritten Phase der Militärstrategie, der "Konsolidierung", lautete: "Engagierte Bürger in regierungsnahe Organisationen einbinden!" Diesem Ziel entsprach exakt die dreijährige Orientierungsphase des Bondoc-Projektes. Denn in dieser Zeit versuchten die Projektbetreiber, Basisgruppen an einen Tisch mit Regierungsvertretern zu bringen, also engagierte Bürger einzubinden.

Und der vierten "Entwicklungsphase", der "Development Phase" des Militärkonzepts, entspricht die zur Zeit laufende Implementierungsphase des Bondoc-Projekts. Durch konkrete Hilfsmaßnahmen, vom Brunnen bis zum Toilettenbau, sollen die Sympathien der regierungskritischen Bevölkerung zurückgewonnen und damit der Befreiungsbewegung das Wasser abgegraben werden, bis sie - in der Terminologie philippinischer Militärs - wie ein Fisch auf dem Trockenen zappelt und mit einem letzten, entscheidenden Schlag vernichtet werden kann. Über diese frappierende Übereinstimmung der entwicklungspolitischen Ziele des Bondoc-Projekts mit den Plänen der Militärs zeigt sich der verantwortliche Referent im BMZ, Bernhard Kühn, wenig überrascht: "Ja, es läuft zum Teil parallel, und daß die Militärs dort eigene Vorstellungen haben und daß sie das Engagement begrüßt haben, kann durchaus sein." Für BMZ-Regierungsdirektor Kühn ist es ein "Ausdruck des demokratischen Systems des Landes", daß die Militärstrategien auf den Philippinen "so deutlich gemacht werden". Dabei interessiere sich das BMZ "natürlich nur für die "development phase", also den "entwicklungspolitischen Ansatz" des Militärkonzeptes. "Da treffen sich natürlich die Bemühungen." Es sei doch völlig klar, daß es ein gemeinsames Interesse der philippinschen Militärs wie der Bundes-regierung sei, die Lebensbedingungen der Bevölkerung vor Ort zu verbessern. Positive Nebenwirkung: "Wenn dadurch der Druck von unten gemindert wird, gibt es natürlich auch weniger Ansatzpunkte für die NPA."

Bei so viel Übereinstimmung wundert es nicht mehr, daß sich das Projektmanagement, inklusive der deutschen GTZ-Experten, regelmäßig mit den örtlichen Militärkommandanten trifft. Darauf angesprochen behauptet der GTZ-Berater vor Ort, Hans Jürgen Schmid, bei diesen Dialogen versuche er, das Militär über Menschenrechtsfragen aufzuklären. Sein Vorgesetzter Walter Schöll nennt andere Gründe für die Konsultationen mit dem Militär: "Das Projekt muß sich auf der Halbinsel weitgehend bewegen können. Das heißt, daß man mit den Militärs unter Umständen Zeitpläne und Einsatz auf der Insel abstimmt."

Die Projektmitarbeiter stimmen sich nicht nur mit dem Militär über ihre "Einsätze" ab, sondern sie betreiben in den Projektdörfern zudem militärische Aufklärung. In der ersten dreijährigen Orientierungsphase schickte das Projektmanagement seine Mitarbeiter in 39 ausgewählte Dörfer, um sogenannte "Barangay Profiles" erstellen zu lassen: detaillierte Berichte über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage vor Ort. Damit die Mitarbeiter, die ins Feld zogen, wußten, worauf es dem Projektmanagement ankam, wurde ihnen ein Fragebogen an die Hand gegeben, nach dem sie vorgehen sollten. Und unter Punkt C dieses Fragebogens sollten auch Informationen zum Thema "Peace and

Order" recherchiert werden, also zum Stand der militärischen Auseinandersetzungen mit der Guerilla. Insbesondere sollten sich die Entwicklungshelfer im Auftrag der deutschen und philippinischen Regierung für folgende, in dieser Reihenfolge aufgelistete Fragen interessieren: "Anwesenheit bewaffneter Gruppen, Name der bewaffneten Gruppe, Mitgliedschaft in der bewaffneten Gruppe nach Geschlecht, Aktivitäten und Operationen der bewaffneten Gruppen, Logistik der bewaffneten Gruppen, militärische Ausrüstung..."

Und die Projektmitarbeiter sammelten eifrig die erwünschten Informationen und faßten sie anschließend in ihren Berichten zusammen. So ist zum Beispiel in dem Report über das Dorf Cawayan II zu lesen: "Das Dorf ist Durchzugsgebiet der 'Linken', die von Inabuan über Sitio Malalim na Sapa und Bilucao nach Cawayan I ziehen, wo sie ihr Versteck haben. Die Gegend ist nicht besonders kritisch, was die Aufständischen angeht, da die 'Linken' lediglich auf dem Weg zu ihrem Stützpunkt hier durchziehen."

Faßt man die einzelnen Informationen aus den Dutzenden Dorf-"Profiles" zusammen, ergibt sich ein ziemlich umfassendes Bild über Bewegungen, Verstecke und Rückzugsgebiete der NPA-Guerilla im Projektgebiet. Die GTZ-Verantwortlichen in Eschborn geben vor, von diesem aktiven Beitrag ihrer "Entwicklungshelfer" zur militärischen Aufklärung nie gehört zu haben. Er könne sich überhaupt nicht vorstellen, so Walter Schöll, daß die deutschen Projektmitarbeiter "von so einem Szenario überhaupt etwas wissen". Er jedenfalls habe nie etwas davon erfahren. Die "Erstellung von Dorfprofilen" vermag er allerdings nicht zu leugnen. Denn die werden auch in den offiziellen Projektberichten erwähnt. Nur will der GTZ-Länderchef - selbst nach Vorlage der Fragebögen einiger Dorfberichte mit entsprechenden Ergebnissen - nicht glauben, daß die Sozialforschung seiner Untergebenen auf Bondoc "so spezifisch auf Spitzeldienste" hinauslaufe. Bernhard Kühn vom BMZ versucht es gar nicht erst mit ähnlichen Ausflüchten. Er schiebt die Verantwortung für die Militärspionage der Entwicklungshelfer schlicht auf die philippinische Regierung. Die Erhebungen seien tatsächlich während der "Orientierungsphase", in den ersten drei Projektjahren, durchgeführt worden, bestätigt er. Aber da es sich nicht um ein rein deutsches Projekt, sondern um eine gemeinsames Vorhaben mit der philippinischen Regierung handele, könne es natürlich sein, daß diese in den Fragebögen auch "gewisse Dinge mit untergebracht hat, für die sie ein stärkeres Interesse hat als wir". Der deutsche Regierungsvertreter Kühn hat dafür volles Verständnis: "Das ist völlig normal. Auch in jedem Fragebogen, den Sie hier in Deutschland zu Marketingfragen ausfüllen, sind Huckepackfragen dabei." Entscheidend sei letztlich die Frage, was mit den Informationen gemacht worden sei. Und da müsse man ihm erst einmal belegen, daß das Militär auch wirklich Zugriff darauf gehabt habe. Dafür, daß das Militär Zugang zu diesen Informationen hatte, sorgte - wenn sie nicht bei den regelmäßigen Dialogen ohnehin ausgetauscht wurden - spätestens die interne Struktur des Projektes. Denn der Gouverneur der Provinz Quezon, Eduardo Rodriguez, war - als die Berichte verfaßt wurden - nicht nur Vorsitzender des Projektbeirats und hatte in dieser Funktion Zugang zu allen Unterlagen, sondern er war zugleich Vorsitzender des "Peace and Order Councils" für Südtagalog, mithin des Gremiums, in dem die Provinzregierung gemeinsam mit den örtlichen Militärs die Aufstandsbekämpfung auf der Bondoc-Halbinsel plant. Rodriguez freut sich ganz offen über den Beitrag, den das Bondoc-Projekt zur Aufstandsbekämpfung leistet. Beim Interview in seinem Regierungsgebäude in der Provinzhauptstadt Lucena schwärmt er, die Sicherheitslage in seiner Provinz habe sich nicht zuletzt aufgrund des Bondoc-Development Program "insgesamt sehr verbessert": "Die Hilfen zum Lebensunterhalt haben zugenommen und damit wurden viele ehemalige NPA-Kämpfer absorbiert." Zwar muß auch Gouverneur Rodriguez eingestehen, daß auf Bondoc bis heute "noch ein paar NPA-Rebellen herumstreifen." Aber es würden immer weniger. "Wir sind jetzt in der zweiten Phase des Bondoc-Projekts, der Implementierung, und die konkreten Hilfsmaßnahmen, die jetzt anlaufen, werden sehr viel dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung zurückzugewinnen."

So sind also immerhin die Regierenden (die auf den Philippinen bis heute weitgehend aus der korrupte Elite der Großgrundbesitzer und reichen Geschäftemacher stammen) und die Generäle (die, wie auch Staatspräsident Fidel Ramos, schon dem Folterregime des Diktators Ferdinand Marcos tatkräftig unterstützt hatten) des Lobes voll für die deutsche Entwicklungshilfe. Und das Skandalprojekt auf Der Bondoc-Halbinsel soll deshalb nicht trotz, sondern genau wegen seiner Nähe zur Strategie des Militärs weitergehen. Im Oktober 1995 reiste Bernhard Kühn vom BMZ zu Verhandlungen mit der Regierung nach Manila. Dabei wurden "eine weitere Verlängerung des Projektes um drei Jahre mit der Partnerregierung vereinbart und erneut fünf Millionen Mark für die Fortführung des Projekts zur Verfügung gestellt".

Bleibt die Frage, ob die Kritiker des Projekts, darunter einige Nicht-Regierungsorganisationen von der Bondoc-Halbinsel, in der Bundesrepublik noch einmal so eine Lobby finden, wie die, die 1987 die Straßenbaupläne des BMZ zu Fall brachte. Jhana June Diola, die Generalsekretärin von CEDAR, einer kritischen Nicht-Regierungsorganisation, die noch bis 1994 im Beirat des Bondoc-Projektes saß, sagt heute: "Das Projekt wird mit dem Geld der Menschen in Deutschland finanziert und die Leute bei Euch denken sicher, daß es den Menschen hier hilft. Aber es ist kein Projekt zu Gunsten der Menschen." Deshalb sei es besser, wenn die GTZ-Experten nach Hause führen. Der Menschenrechtler Arnel Salvador kommt zu dem Schluß: "Ich will es ganz offen sagen: das Bondoc-Projekt ist ein unverhohlener Beitrag zur Aufstandsbekämpfung des Militärs und ich fordere die deutsche Regierung dringend auf, dieses Projekt sofort einzustellen."

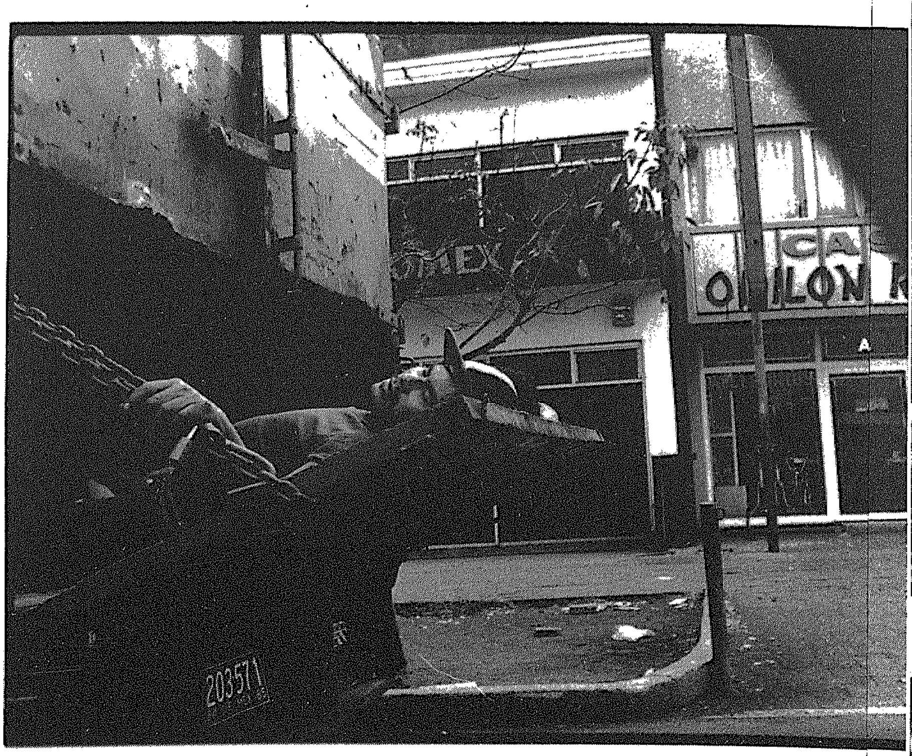
Literaturhinweis:

Eine ausführliche Studie über das Bondoc-Projekt

(Stiftung für Kinder, Freiburg i.Br. und Philippinenbüro e.V. im Asienhaus, Essen [Hrsg.], Karl Rössel [Autor], Operation Bondoc, Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung, 120 Seiten mit Abbildungen, broschiert, DM 18,- incl. Versand, secolo Verlag, D - 49074 Osnabrück, ISBN 3-929979-26-8. Bestellungen an: Philippinenbüro e.V. im Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Tel: 0201 - 8303828, Fax: 0201 - 8303830.)

FAU-Lateinamerika AG

Lebensbaum - Kaffeeboykott



Der große Fair Trade-Schwindel

*"Wie Sie schon beim Kaffee die Welt fairändern können". Mit diesem Motto versuchte Transfair, Marktanteile für den Konsum ohne Reue zu mobilisieren. Das Thema des 'fairen' Handels ist spätestens seit Einführung des Siegels im Jahre 1993 auf die Agenda bundesrepublikanischer Modethemen gelangt; immer mehr Produkte tragen häufig selbstgebastelte Fair-Trade-Siegel. Um so mehr gilt es, die Versprechungen der Fair-Handels-Organisationen kritisch zu überprüfen. Dies tat die FAU, als sie im Herbst letzten Jahres die Praktiken auf der Finca Irlanda in Chiapas, dem Handelspartner des Importeurs Lebensbaum offenlegte. **

Doch läßt auch der Text der FAU noch einige Fragen offen: Unserer Kenntnis hat das Transfair-Siegel noch keineswegs einen offiziellen Status erreicht. Umso mehr stellt sich die Frage, welche Legitimation wird Transfair bei der Definition dessen, was fair sein soll, zugestanden? Genügt die Überprüfung sogenannter Produktstandards (Kriterien, die allein die Produktionsmethoden betreffen), um festzustellen, ob eine Ware 'fair' gehandelt wurde? Oder sollte man stattdessen nicht viel mehr darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen Produkte bei uns gehandelt werden? Vielleicht dient der folgende Text als Anregung, demnächst tiefer in die Problematik des fairen Handels einzusteigen.

"Nach Soconusco gehe ich nicht. Da sind die Alemanes. Die haben alle Cafetales. Und die sind grausamer als die Bestien des Dschungels und behandeln einen Indianer, als wäre er weniger als ein Hund. "
(aus B. Traven, Die Rebellion der Gehenkten)

Im Herbst 95 startete die FAU eine Boykott-Kampagne gegen den Finca-Irlanda-Kaffee des Importeurs LEBENSBAUM, Rehden. Lebensbaum vertreibt diesen hochwertigen mexikanischen Hochlandkaffee in der Bundesrepublik unter dem Bluff-Siegel "FAIR TRADE", obwohl dieser Kaffee weder von Kleinbauern noch von Kooperativen stammt, sondern von einer normalen Bio-Privatplantage.

Seit Beginn der Kampagne ist der Umsatz von Lebensbaum mit diesem Kaffee Insidern zufolge um ca. 25 % zurückgegangen. Jetzt versucht Lebensbaum mit Polizeieinsatz, Drohungen gegen den Arbeitgeber des presserechtlich Verantwortlichen der DA-Kaffeebeilage und einem neuen Dumping-Kaffee-Angebot, das verlorene Terrain wiedergutzumachen.

Finca Irlanda - heile Kaffeewelt?

Die Finca Irlanda liegt im Soconusco, Chiapas, dem mexikanischen Kaffeeanbaugebiet an der Grenze zu Guatemala. Der Kaffeeanbau wurde hier Ende letzten Jahrhunderts von Deutschen eingeführt, noch heute ist der Kaffeeanbau großteils in der Hand deutschstämmiger Familien, der sogenannten "Kaffeebarone". Die Ländereien sind innerhalb der Familien so aufgeteilt, daß sie jeweils gerade die nach der mexikanischen Verfassung noch zulässige Größe von 300 ha erreichen.

So auch die Finca Irlanda, die sich im Besitz der Familie Peters befindet. 1928 übernahm Rudolf Peters aus Hamburg, streng antroposophisch orientiert und noch bei Rudolf Steiner persönlich in die Lehre gegangen, das Anwesen. 1964 begann die Finca mit der Umstellung auf biologisch-dynamischen Anbau.

Zu den Arbeitsbedingungen auf Finca Irlanda liegen uns verschiedenartige Quellen vor: schriftliche Aussagen von Lebensbaum, dem Bio-Großhändler, der den Finca Irlanda-Kaffee in Deutschland vermarktet; Berichte aus Mexiko, die auf den Aussagen von LandarbeiterInnen aus Chiapas beru-

Foto: R. Maro/Version

hen und eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten.

Laut Aussagen von Lebensbaum werden auf der Finca Irlanda die staatlich festgesetzten mexikanischen Mindestlöhne gezahlt, derzeit 20 mex. Pesos (umgerechnet unter 4,- DM) - PRO TAG! Dazu kämen Beiträge für die Sozialversicherung der ArbeiterInnen, deren Zahlung allerdings auch überwiegend gesetzlich vorgeschrieben ist. Von diesem Minimallohn abgezogen würden dann noch mindestens 3 Pesos/ pro Tag für Verpflegung: Tortillas, Reis, Bohnen und Kaffee; einmal die Woche Eintopf...

Die Provinz Chiapas ist das Armenhaus Mexikos. Nach der Einteilung von Subcomandante Marcos lebt in Armut, wer weniger als zwei Mindestlöhne verdient. Bei allen Landbesetzungen erhöhten sich die Campesinos/as ihren Lohn drastisch auf das bis zu Fünffache.

Aber selbst die Zahlung des Mindestlohns ist mehr als zweifelhaft. Mittlerweile liegen drei voneinander unabhängige Quellen vor, die alle besagen, daß auf Finca Irlanda die Löhne der guatemaltekischen Saisonarbeiter erheblich unter dem Mindestlohn liegen.

1.Das Interview mit G.Cruz, ehemaliges Mitglied der chiapanekischen Gegenregierung in: Rebellion/ Zapapres Hamburg 1995

2.Der Bericht von Stefan Bockemühl (El Puente), in CONTRASTE Januar 96, dem ArbeiterInnen in einem guatemaltekischen Dorf in der Nähe der mexikanischen Grenze erzählten, daß auf Finca Irlanda genausowenig bezahlt werde wie auf den anderen Fincas auch. Die Bezahlung erfolge während der Erntezeit nach libras (ein Akkordlohn, der zur Ernte im Kaffeeanbau üblich ist). Der daraus resultierende Lohn sei schlecht, könne gerade den guatemaltekischen Mindestlohn erreichen, der noch beträchtlich unter dem mexikanischen liegt. Nur wenige Pflücker erzielten mehr.

3.Der Bericht von zwei mexikanischen JournalistInnen, denen es gelang, bis zur Finca Irlanda vorzudringen. Aus Angst vor Repressalien waren die ArbeiterInnen nicht bereit, vor der Kamera Interviews zu geben. Zusammengefaßt lauten die Aussagen:

Der Lohn betrage zwischen 12 - 18 mex. Pesos, wie auf den anderen Fincas; der Lohn pro caja (= 66 kg) betrage z. Zt. 28 Pesos, eine caja werde aber von zwei Personen gemeinsam gepflückt. Gewerkschaftliche oder andere Organisierung sei nicht gestattet.

Als einziges Positivum wurde hervorgehoben, "guardias blancas" (bewaffnete private Sicherheitskräfte) gäbe es auf der Finca zwar auch, sie seien hier aber besser als z.B. auf der Nachbarfinca Hamburgo, die Ende 95 einen Landarbeiter, der "organisieren" wollte, ermordet hätten.

Auch die vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten widersprechen diesen Aussagen nicht und belegen in keinem Fall, daß die Arbeitsbedingungen sich positiv von den übrigen Fincas abheben. Im Gegenteil, aus der Untersuchung von Christine Junghans, der aktuellsten Arbeit von 1993, geht hervor, daß alle Finqueros erhebliche Schwierigkeiten haben, überhaupt noch mexikanische Arbeitskräfte für die Arbeit auf den Kaffeefincas zu gewinnen. Die Löhne seien für Mexikaner zu niedrig, und man sei seit Mitte der 70er Jahre deshalb zunehmend gezwungen, auf ArbeiterInnen aus Guatemala auszuweichen.

Lt. Junghans arbeiteten 1993 ca. 30 Festangestellte auf Irlanda; während der Kultivierungszeit (März bis Juli) benötige man auf Irlanda etwa 200 Arbeitskräfte, für die Erntezeit über 500. 1992, zum Zeitpunkt der letzten Erhebung, kamen 95 % der ErntearbeiterInnen auf Finca Irlanda aus Guatemala!

"In der Literatur findet man die Aussage, daß die Landwirtschaft im Soconusco in den letzten zwanzig Jahren

aufgrund der guatemaltekischen Arbeiter einen enormen Aufschwung verzeichnen konnte... FENNER (1986, S.98) stellt fest, daß 'die Guatemalteken, bedingt durch die Völkermordpolitik in ihrer Heimat, zur bevorzugten, weil billigeren Arbeitskraft im Soconusco... geworden waren'" (Junghans, S. 40/41).

Auch die Unterbringung ist miserabel: "Die ständig auf der Finca Beschäftigten wohnen mit ihren Familien in den zur Finca gehörenden Ranchos. Die Häuser sind aus Holz oder Zement, die meist ein bis zwei Räume mit spärlicher Innenausstattung haben. In der Regel sind die Häuser mit Elektrizität versorgt, mit Ausnahme der Finca Irlanda... In Irlanda, wo meinem Eindruck nach der Standard dieser Häuser sehr schlecht war, soll in den nächsten Jahren gerade in diesen Bereich investiert werden, wobei an die bauliche Verbesserung der Häuser und die Versorgung mit Strom und Wasser (!) gedacht ist." (Junghans, S. 32)

Aber das sind die Hütten der Privilegierten, der heute 50 - 60 Festangestellten. Junghans: "Anders stellt sich die Situation für die saisonalen Arbeitskräfte dar. Sie sind untergebracht in den sogenannten 'galeras'" - das heißt in scheunenartigen Massenunterkünften für mehrere Hundert Personen. Auch die Finqueros gestanden Junghans ein, daß die Zustände während der Erntemonate menschenunwürdig seien.

Niedrigste Löhne also und Arbeitsbedingungen, die um kein Deut besser sind als in den umliegenden Fincas.

Während das Geld für die dringlichsten Verbesserungen für die ArbeiterInnen nicht vorhanden ist, leistet sich Familie Peters ein bescheidenes Hobby: Roccahühner, truthahnähnliche Tiere, vom Aussterben bedroht. Ein halbes Dutzend lebt hinter dem Wohnhaus; Liebhaber in den USA zahlen bis zu 25.000,- Dollar, pro Stück (ND 18.2.96).

Lebensbaum - die große Fairführung

Mit diesem Irlanda-Kaffee begann der Großhändler LEBENSBAUM vor einigen Jahren einen gezielten Verdrängungswettbewerb im Alternativ-Kaffee-Markt der BRD. Als "fair gehandelter" Bio-Kaffee wurde der Irlanda-Kaffee mit großem Werbeaufwand in den Bioläden plaziert. Da man das offizielle Siegel "TransFair" für ein solches Produkt nicht bekommen konnte, der Einfachheit halber mit dem selbstgebastelten Label "FairTrade". Kaum ein/e KäuferIn im Bioladen wird auf den Unterschied zwischen diesem Bluff-Siegel und dem offiziellen "TransFair"-Siegel geachtet haben.

Der Gedanke des fairen Handels ist unmittelbar daran geknüpft, mit Kleinbauern und Genossenschaften in der "Dritten Welt" zu kooperieren, um ihnen einen Marktzugang zu wenigstens einigermaßen akzeptablen Bedingungen zu ermöglichen. Während Konkurrenten von Lebensbaum, wie zum Beispiel El Puente, Hildesheim, den Finca Irlanda-Kaffee vor einigen Jahren aus dem Programm nahmen, als klar wurde, daß es sich um ein reines Privatunternehmen handelte, startete Lebensbaum eine großangelegte Werbekampagne. Mit aufwendigen Vierfarb-Prospekten und dem selbstgebastelten Label wurde - zunächst erfolgreich - das Image vom guten biologisch angebauten und "fair gehandelten" Kaffee aufgebaut.

Im neuen Prospekt, mit dem im März zur Biofach 96 der 500g-Billig-Pack zu Niedrigstpreisen auf den Markt geworfen wurde, setzt sich Lebensbaum wahrhaft hehre Ziele. Natürlich geht es nicht darum, den übrigen tatsächlich fair gehandelten Kaffee vom Markt zu fegen. Auch werden wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Billigpreis von DM 11,90/Pfund nicht bedeute, "daß zum Beispiel der Plantagen-Kaffee aus dem mexikanischen Hochland bisher zu teuer verkauft wurde." Es geht um andere Dimensionen; der Konsum von Lebensbaum-Produkten soll uns ungeahnte Glückgefühle vermitteln: "Es entsteht ein Erlebnis, in dem auch Sehnsucht mitschwingt. Nach Glück, nach Zukunft." Lebensbaum-Produkte sollen uns bei der Bewältigung des Alltags helfen: "Der Mensch muß sich in Reservate zurückziehen, um seine Aggressivität, seine Intoleranz und seine Rücksichtslosigkeit - gegenüber den Mitmenschen und gegenüber der Natur - mindestens soweit zu erkennen, daß sie nicht unkontrolliert entgleisen. Der Mensch braucht Reservate... Ist die Bio-Branche ein solches Reservat?"

Auch zur Frage des fairen Handels teilt uns U. Walter, der Inhaber von Lebensbaum, gerne seine Ein- und Ansichten mit. So fing die Geschichte an: "Angela und Ulrich Walter legten schon immer Wert auf gesundes, frisches Essen. Sie buken ihr eigenes Brot mit selbst gemahlenem Mehl aus Demeter-Getreide.... "

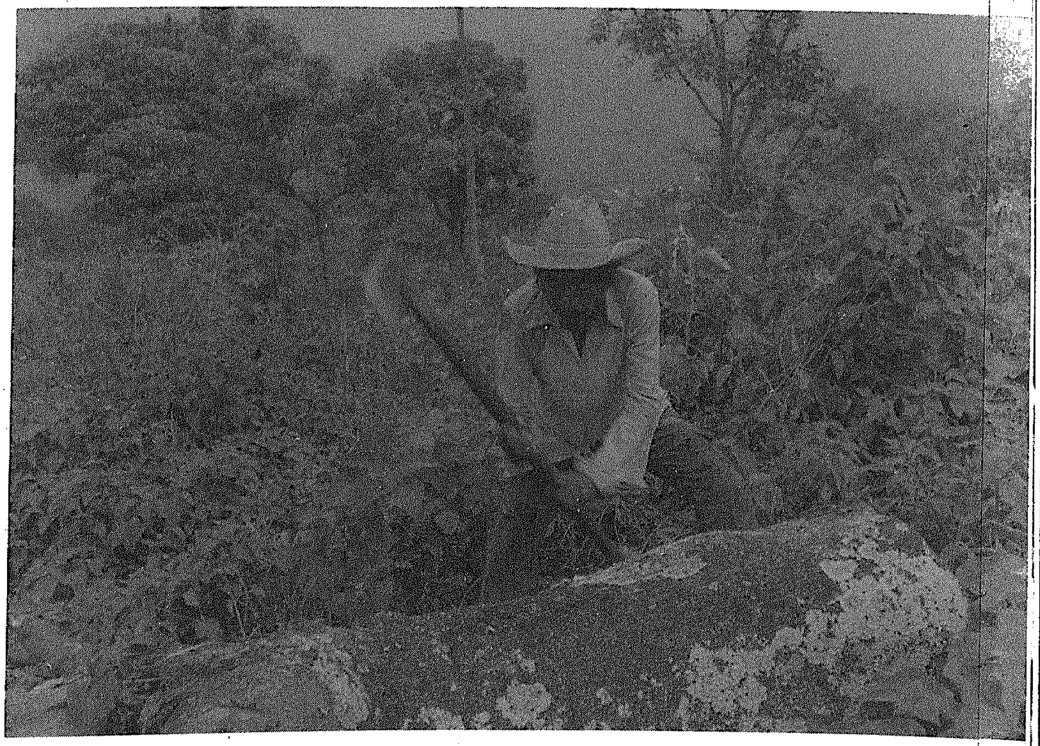


Foto: Herby Sachs/Version

Und soweit ist Uli Walter heute: "Not lindern auf der Welt ist dringend notwendig. Spenden für die dritte Welt oder für Kriegsregionen können zwar Hilfe zum Leben leisten, sie ändern aber selten die Ursache der Not. Als Unternehmer habe ich die Chance, wirtschaftliche Grundlagen aufzubauen, die stabilere Lebensgrundlagen schaffen. Sichtbare Resultate wirken zudem weiter: Auch Menschen, die nicht direkt von einem Projekt profitieren, werden aus ihrer Verdrossenheit aufgerüttelt, fassen Mut zum Leben..."

Die Arbeiter und ArbeiterInnen auf den Plantagen, von denen Lebensbaum seine Produkte bezieht, kommen in der ganzen schönen Lebensbaum-Werbewelt kaum vor. Welchen Anteil, ganz konkret, sie von dem von den KäuferInnen gezahlten Aufpreis für den "fair gehandelten" Irlanda-Kaffee erhalten, erfahren wir nirgends. - Aber immerhin, Menschen aus der Verdrossenheit aufzurütteln ist ja auch ein löbliches Vorhaben, das einen Mehrpreis gegenüber dem Konzernkaffee sicher durchaus rechtfertigt.

Aufgerüttelt wurden in jedem Fall Teile des "Bio-Reservats": Nachdem Herr Walter enttäuscht feststellen mußte, daß der "mündige Bio-Konsument" bei korrekter Information durchaus ungeplante eigene Kaufentscheidungen trifft und der Umsatz von Lebensbaum-Kaffee kritisch absackte, entschied man sich, zu Mitteln zu greifen, die zu den friedlichen Lebensbaum-Werbesprüchen seltsam kontrastieren:

- Auf der Biofach in Frankfurt (März 96) rief Herr Walter über die Messeleitung die Polizei zu Hilfe, um die Personalien von Personen feststellen zu lassen, die der Presse Fragen zu seinem Kaffee beantworten wollten.

- Durch Anrufe bei interessierten Journalisten soll die FAU in eine extremistische Ecke gedrängt werden. So meldete sich eine angebliche "Ex-Kollegin" aus der Biobranche und ließ verlauten, Herr Walter bekomme am nächsten Tag die kompletten Verfassungsschutzakten zur FAU überreicht.
- Die "Kollegin" entpuppte sich später als mit einem der größten Hamburger Bio-Läden liiert.

- Der Arbeitgeber des presserechtlich Verantwortlichen der DA-Kaffeebeilage vom Herbst wurde wiederholt aufgefordert, diesen "untragbaren" Mitarbeiter zu entlassen.

Gespannt warten wir noch auf die Berichte der "unabhängigen" Delegation, die die Lage auf Finca Irlanda vor Ort prüfen sollte, bestehend aus Lebensbaum-Geschäftsführer Uli Walter, seinem Röster und einer "Journalistin" des Bio-Fachblatts "Mahlzeit!". Die für Februar geplante Reise war aus dringlichen Gründen plötzlich auf Dezember vorverlegt worden. Während die Contraste-Redaktion wieder ausgeladen wurde (man wolle ja nicht den Eindruck von Bestechung erwecken), durfte die Anzeigen-Verantwortliche von "Mahlzeit!", ausgestattet mit Freiflug und 1.000,- DM Honorar, die Delegation begleiten -"Mahlzeit!".

"Schrot+Korn" übrigens, ein anderes Fachblatt, hatte seine Unabhängigkeit gleich dadurch bewiesen, daß selbst eine bezahlte Anzeige der FAU *(Ana und Maria)* nicht angenommen wurde.

Apropos Ana-Maria: Die Kaffeeplantagen liegen zwar etwas entfernt vom lakandonischen Urwald, und die Lebensbaum-Büros erst recht. Aber trotzdem sollte es sich auch bis zu den Unternehmern des pseudo-fairen Handels herumgesprochen haben, daß niemand von "sogenannten Zapatisten" spricht, außer U. Walter. Die "sogenannten Anarcho-Syndikalisten" wollen wir ihm – als ex-ML-er – ja noch durchgehen lassen.

VIVA MARIA!
LAND UND FREIHEIT!

Infos/Material:

Deutsche Kaffeebarone und Landbesetzungen in Chiapas, Reader, Mai 1995, erschienen bei: *ZapaPress, Große Brunnenstr. 74, 22765 Hamburg*

Infopaket zur Kaffee-Kampagne (alle Zeitschriftenartikel, Dokumente, inkl. ZapaPress-Reader u.a.): DM 20,- bei: *Direkte Aktion, Bismarckstr. 41 a, 47441 Moers*

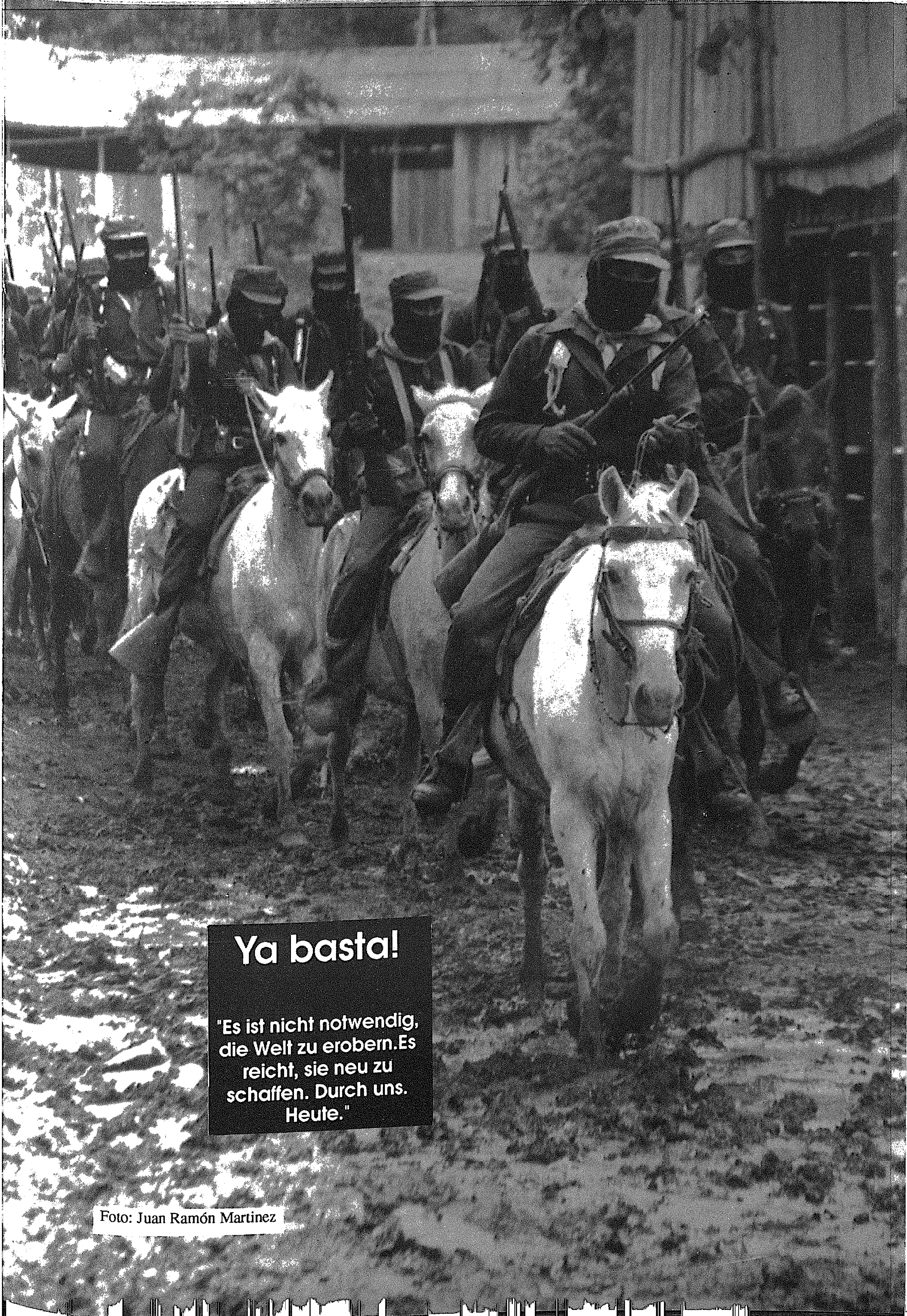
CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstverwaltung; siehe die letzten 5 Ausgaben: *CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg*

Umbrüche, Schwerpunktheft Chiapas, Dez. 95; bei: *BAOBAB-Infoladen Eine Welt, Winsstr. 53, 10405 Berlin*

Land und Freiheit, Sonderblätter der Zeitschrift DIE AKTION zur Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas; Abo 10 Ausg. (6 Mon.) DM 20,-/bei: *edition nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg*

Justus Fenner Lebens- und Arbeitssituation der indianischen Kaffeeplantagen-arbeiter in Soconusco, Chiapasì, Magisterarbeit Universität Hamburg, 1986 (unveröffentlicht)

Christiane Junghans: Die Beziehungen zwischen den Indianern der Kammregion der Sierra Madre de Soconusco und den Fincas der Kaffeezone im Soconusco, Südmexiko, Magisterarbeit Friedr.-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 1993 (unv.)



Ya basta!

"Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute."

Foto: Juan Ramón Martinez

Im Januar dieses Jahres wartete die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) aus Chiapas mit einer Überraschung auf. In Ihrer Neujahrserklärung zum zweiten Jahrestag des indianischen Aufstandes im Süden Mexikos rufen die Zapatistas für den 27.Juli bis zum 3.August zu einer Woche der internationalen Begegnung und Diskussion in La Realidad, einem Dorf mitten in den Aufstandsgebieten in Chiapas auf.

Der Titel des Treffens, zu dem VertreterInnen sozialer, kultureller und politischer Widerstandsbewegungen weltweit eingeladen sind, lautet "Interkontinentales Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus". Es soll über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des "Neoliberalismus" und unsere Widerstandsperspektiven diskutiert werden.

Gegen die Internationale des Terrors

"Über die Grenzen hinweg erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt die Ehrlichkeit und tötet die Hoffnungen. ... Statt Menschlichkeit bietet sie uns Börsennachrichten, statt Würde Globalisierung des Elends, statt Hoffnung Leere, statt Leben die Internationale des Terors. Gegen die Internationale der Unmenschlichkeit, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die internationale der Hoffnung errichten, die Einheit und Zusammenarbeit all derer,die das Leben vorziehen - über Grenzen, Sprachbarrieren, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Denkrichtungen hinweg", schreiben die Zapatistas in ihrem Aufruf. Zur Vorbereitung des Interkontinentalen Treffens in Chiapas sollen auf Initiative des EZLN Kontinentale Vorbereitungstreffen stattfinden, das europäische vom 30.Mai bis 2.Juni in Berlin.

Wie soll der Diskussionsprozeß organisiert werden? In Berlin wird es zu verschiedensten Themen Arbeitsgruppen geben. Bisher haben wir Angebote für Diskussionskreise über "Autonomie und Demokratie", "Politische Gefangne weltweit, Kampagne für ihre Freiheit", "Neues Verständnis der Solidaritätsarbeit", "Frauenmigration", "Klassenkampf in Europa am Beispiel des Massenstreiks in Frankreich", "Menschenbild in der Gentechnik", "Kaffeekampagne - Welthandel", "Politisierung der Subsistenz", "Was ist Neoliberalismus?", "Bruchsteine für Perspektiven".

Eine gleichberechtigte Diskussion führen

Der mexikanische Historiker und Mitglied der Zapatistischen Nationalen Befreiungsfront (EZLN) Antonio Garcia de León wird das "Politkverständnis der Zapatistas" zur Diskussion stellen. Maria Rojas aus Cuba wird über die "Koordinierung der Volksbewegungen Lateinamerikas" reden. Zum Konflikt im zerfallenen ehemaligen Jugoslawien und zu den "Perspektiven sozialen Widerstands in Berlin" werden Arbeitsguppen vorbereitet.

In den Arbeitsguppen sollen die verschiedenen Themen unter den gemeinsamen Gesichtspunkten, der Analyse, des Widerstands, der Perspektiven und immer auch unter dem Blickwinkel feministischer Fragestellungen diskutiert werden. Die Frage, ob wir das zapatistische Politikverständnis, das die Würde des Menschens und den Respekt vor der Unterschiedlichkeit in den Mittelpunkt stellt, für uns umsetzbar machen können, soll ebenfalls in die einzelnen AGs einfließen. So hoffen wir, eine Vernetzung der Diskussionen zu schaffen. Dabei dürfte allen klar sein, daß wir auf dem Treffen in Berlin und auch in Chiapas lediglich Diskussionsprozeße anschieben können, die dann weiter entwickelt werden müssen.

Diskutieren und Handeln verbinden

Im Titel des Treffens taucht das Wort "Neoliberalismus" auf. Was ist damit gemeint? Das YA BASTA der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen eine sich weltweit verschärfende Tendenz, deren Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, aber einer Grundidee folgen: Menschen dienen ausschließlich Verwertungsinteressen - wer als Arbeitskraft oder Verbraucherin nicht in den Vermarktungsprozeß einbezogen werden kann oder sich nicht einbinden lassen will, wird ausgeschlossen, abgeschoben, dem wird das Lebensrecht und das Recht auf eine eigene Identität abgesprochen. Durch Privatisierung, Rationalisierung, Abbau des Gesundheits- und Bildungsbereiches, wachsende Diskriminierung Menschen dunkler Hautfarbe ... werden immer mehr Menschen - durch patriarchale Herrschaft insbesondere Frauen - von der Gesellschaft ausgeschlossen und als "überflüssig" in Armut und Hoffnungslosigkeit abgeschoben. Wer nicht ganz oben steht, spürt die schmerzhaften Folgen dieser weltweiten Politik, wenn die Auswirkungen auch in den verschiedenen Ländern und Kontinenten unterschiedlich brutal sind.

Den indianischen Völkern in Mexiko wird ihr Recht auf eine eigene kulturelle Identität, eine eigene Wirtschaftsweise und kollektive Eigentumsformen des Bodens abgesprochen. Sie stellen für die Yuppies und geschniegelten Mobilfunktelefonträger an den Börsen, in den Regierungspalästen und Chefetagen der verspiegelten Glas-Beton-Machtzentralen ein "Modernisierungshindernis" dar. Deshalb sollen sie verschwinden. Doch die Zapatistas haben mit ihrem seit zwei Jahren währenden Aufstand das wacklige Kartenhaus einer Politik, die sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung richtet, ins Wanken gebracht. Die Zapatistas nennen ihren Feind "Neoliberalismus". Ob wir mit diesem Wort auch unsere Wirklchkeit beschreiben können, wollen wir auf dem Treffen diskutieren.

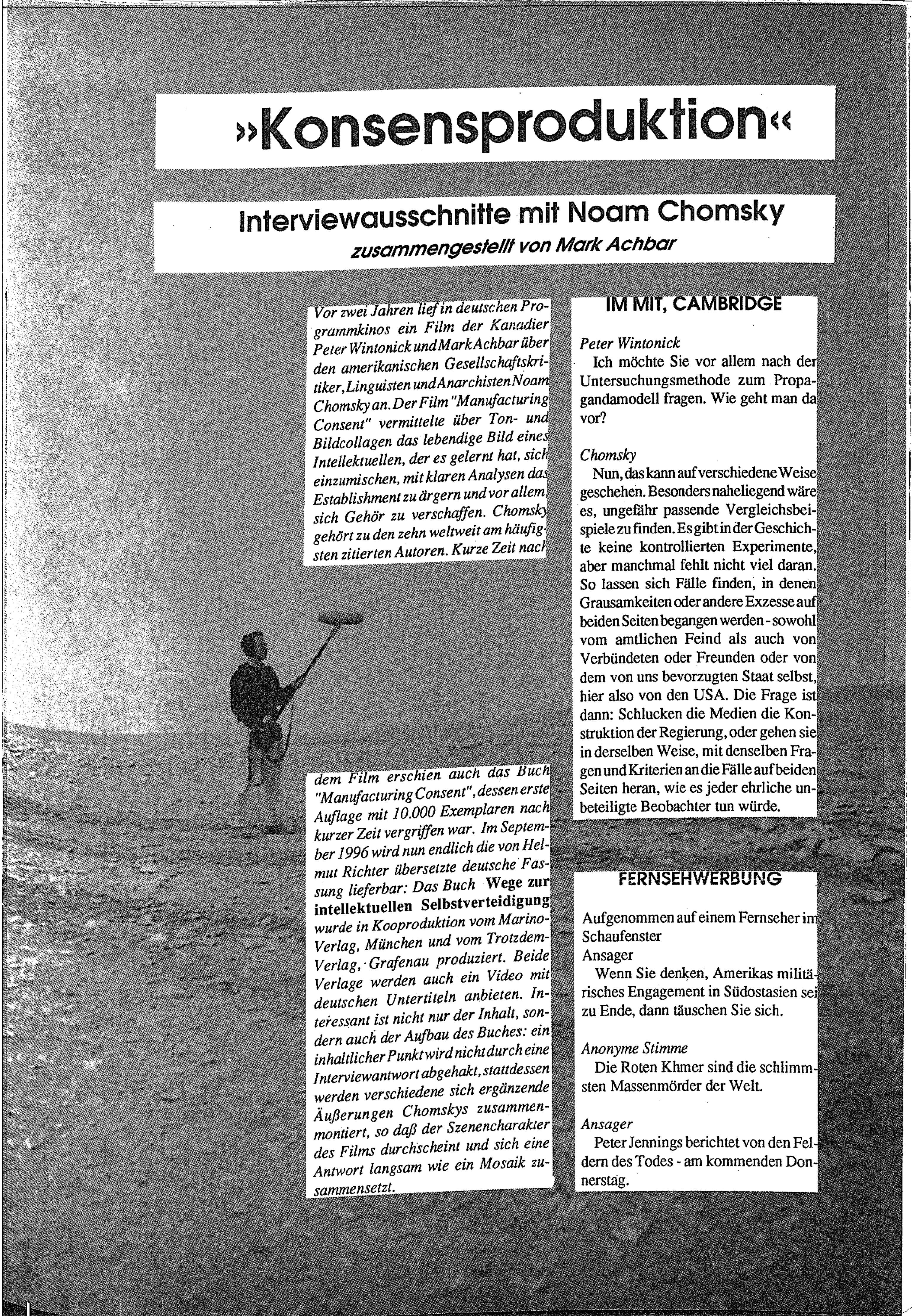
Boris Kanzleiter

Foto: Kenneth Jarecke

»Konsensproduktion«

Interviewausschnitte mit Noam Chomsky

zusammengestellt von Mark Achbar



Vor zwei Jahren lief in deutschen Programmkinos ein Film der Kanadier Peter Wintonick und Mark Achbar über den amerikanischen Gesellschaftskritiker, Linguisten und Anarchisten Noam Chomsky an. Der Film "Manufacturing Consent" vermittelte über Ton- und Bildcollagen das lebendige Bild eines Intellektuellen, der es gelernt hat, sich einzumischen, mit klaren Analysen das Establishment zu ärgern und vor allem, sich Gehör zu verschaffen. Chomsky gehört zu den zehn weltweit am häufigsten zitierten Autoren. Kurze Zeit nach dem Film erschien auch das Buch "Manufacturing Consent", dessen erste Auflage mit 10.000 Exemplaren nach kurzer Zeit vergriffen war. Im September 1996 wird nun endlich die von Helmut Richter übersetzte deutsche Fassung lieferbar: Das Buch **Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung** *wurde in Kooproduktion vom Marino-Verlag, München und vom Trotzdem-Verlag, Grafenau produziert. Beide Verlage werden auch ein Video mit deutschen Untertiteln anbieten. Interessant ist nicht nur der Inhalt, sondern auch der Aufbau des Buches: ein inhaltlicher Punkt wird nicht durch eine Interviewantwort abgehakt, stattdessen werden verschiedene sich ergänzende Äußerungen Chomskys zusammenmontiert, so daß der Szenencharakter des Films durchscheint und sich eine Antwort langsam wie ein Mosaik zusammensetzt.*

IM MIT, CAMBRIDGE

Peter Wintonick

Ich möchte Sie vor allem nach der Untersuchungsmethode zum Propagandamodell fragen. Wie geht man da vor?

Chomsky

Nun, das kann auf verschiedene Weise geschehen. Besonders naheliegend wäre es, ungefähr passende Vergleichsbeispiele zu finden. Es gibt in der Geschichte keine kontrollierten Experimente, aber manchmal fehlt nicht viel daran. So lassen sich Fälle finden, in denen Grausamkeiten oder andere Exzesse auf beiden Seiten begangen werden - sowohl vom amtlichen Feind als auch von Verbündeten oder Freunden oder von dem von uns bevorzugten Staat selbst, hier also von den USA. Die Frage ist dann: Schlucken die Medien die Konstruktion der Regierung, oder gehen sie in derselben Weise, mit denselben Fragen und Kriterien an die Fälle auf beiden Seiten heran, wie es jeder ehrliche unbeteiligte Beobachter tun würde.

FERNSEHWERBUNG

Aufgenommen auf einem Fernseher im Schaufenster

Ansager

Wenn Sie denken, Amerikas militärisches Engagement in Südostasien sei zu Ende, dann täuschen Sie sich.

Anonyme Stimme

Die Roten Khmer sind die schlimmsten Massenmörder der Welt.

Ansager

Peter Jennings berichtet von den Feldern des Todes - am kommenden Donnerstag.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Nehmen wir den Genozid der jüngsten Vergangenheit - Pol Pot 1975 bis 1978 und seine Brutalitäten; ich glaube, es läßt sich kein vergleichbar entsetzliches Beispiel finden, wo die Entrüstung so getobt hat usw. usw. Hier haben wir also ein solches Verbrechen. Und in diesem Fall hat der geschichtliche Zufall tatsächlich ein kontrolliertes Experiment durchgeführt.

"OPERATION WELCOME HOME". KONFETTIPARADE NACH DEM GOLFKRIEG, NEW YORK

Katherine Asals

Haben Sie schon mal von einer Gegend namens Osttimor gehört?

Mann rechts

Könnt' ich nicht sagen.

Mann links

Wo?

Katherine Asals

Osttimor.

Mann links

Nee.

IM MIT, CAMBRIDGE,USA

Chomsky

Wie nämlich der Zufall so spielt, trug sich genau zur gleichen Zeit ein anderes Verbrechen zu - ganz ähnlich, mit einem einzigen Unterschied: Wir waren dafür verantwortlich - nicht Pol Pot.

CBC RADIO, MONTREAL, KANADA

Louise Penney

Hallo, hier ist das "Mittagsradio" mit Louise Penney. Wenn Sie uns in den letzten Monaten regelmäßiger zugehört haben, dann wissen Sie ja, daß die Sprache mehrfach auf Osttimor gekommen ist, vor allem wenn es um Auslandshilfe und um Krieg ging und um eine neue Weltordnung. Die Menschen haben sich gefragt, warum die UNO - wenn sie es denn mit der neuen Weltordnung ernst meint - nichts tut, um Osttimor zu helfen. 1975 sind die Indonesier in dieses Land eingefallen; es gab Berichte über Verbrechen gegen das Volk von Timor. Und dennoch hat Kanada, zusammen mit anderen Ländern, immer wieder gegen UNO-Resolutionen zur Beendigung der Besetzung gestimmt. Heute wollen wir uns Osttimor mal etwas genauer ansehen. Wollen sehen, was dort passiert ist und warum die internationale Gemeinschaft die Hilfe verweigert.

Eine der eifrigsten Aktivistinnen ist Elaine Briäre, Bildjournalistin aus Britisch Columbia. Sie hat die Osttimor-Alarmkette gegründet, und ich begrüße sie jetzt bei mir im Studio.

Was die Tragödie noch tragischer macht, ist, daß die meisten Leute nichts über Osttimor wissen. Wo liegt es überhaupt?

Elaine Brière

Osttimor liegt hart nördlich von Australien, etwa 420 km entfernt, zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik. Direkt südlich von Osttimor verläuft eine Tiefseerinne und bildet einen idealen Durchschlupf für amerikanische U-Boote. Und dann gibt es da noch riesige Erdöllagerstätten.

Was das Besondere an Osttimor ist: Dort hat eine der letzten urzeitlichen Kulturen dieser Region überlebt.

Es waren 700 000 Menschen, und sie sprachen 30 verschiedene Sprachen und Dialekte.

Heute lebt nicht einmal mehr fünf Prozent der Weltbevölkerung so wie die Leute von Osttimor, praktisch als Selbstversorger. Sie existieren außerhalb des Weltwirtschaftssystems.

Solche kleinen Gesellschaften wie die auf Osttimor sind viel demokratischer, viel egalitärer, viel mehr auf die Aufteilung von Macht und Wohlstand bedacht. Vor der indonesischen Invasion lebten die meisten Menschen dort in kleinen Dörfern.

Die alten Leute spielten die Rolle der Universität. Sie gaben das Stammeswissen von einer Generation zur anderen weiter. Die Kinder wuchsen in einer gesunden, anregenden und nährenden Umgebung auf.

Ich war entsetzt, als ich - ein Jahr, nachdem ich die Insel verlassen hatte - erfuhr, daß die Indonesier dort eingefallen waren. Sie waren dagegen, daß ein kleines unabhängiges Land der Region zum Vorbild dienen könnte.

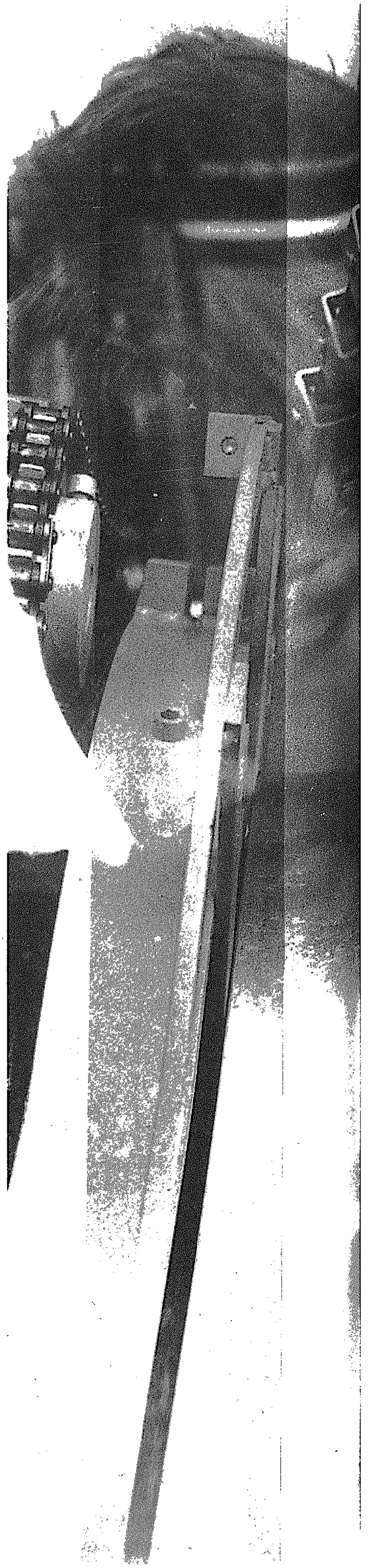
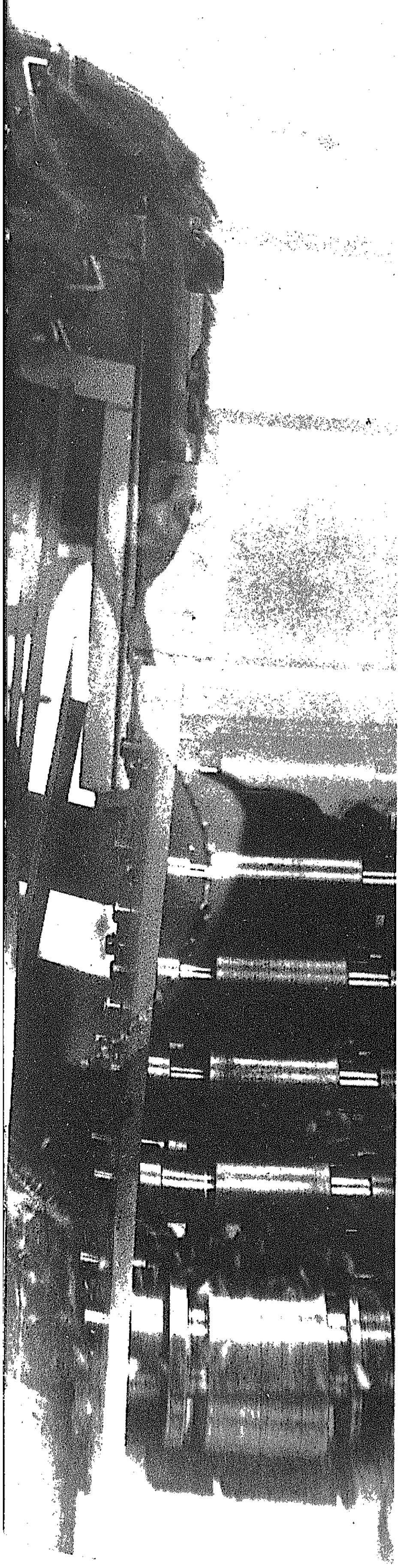


Foto: Jürgen Lipp



IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky
Osttimor war eine portugiesische Kolonie. Indonesien konnte keine Ansprüche darauf geltend machen und hat das auch offen zugegeben. Während der Kolonialzeit wurden die Menschen dort ziemlich politisiert, und es entstanden verschiedene Gruppierungen. 1975 brach ein Bürgerkrieg aus, der mit dem Sieg der FRETILIN endete. Das war eine dieser Gruppen, sie galt als populistisch und katholisch und führte eine ziemlich linke Propaganda im Munde. Sofort griff Indonesien ein.

AUF OSTTIMOR (OKTOBER 1975)

Interviewer
Wie ist die Lage? Wann sind diese Schiffe gekommen?

José Ramos-Horta
Die kommen seit Montag. Sechs, sieben Schiffe gleichzeitig, dicht an unserer Grenze. Wissen Sie, die sind nicht zum Spaß da. Die bereiten eine große Aktion vor.

UNBEKANNTES DORF AUF TIMOR

Filmdokument von Greg Shackleton des Senders Channel 7, Melbourne, Australien, vom 15. Oktober 1975

Greg Shackleton
Hier ist etwas passiert, das uns tief aufgewühlt hat. Das war so fremd, so absolut neuartig für uns Australier, daß wir es Ihnen kaum vermitteln können. Wir wollen es aber versuchen.

Wir saßen also auf Bastmatten unter einem Blätterdach in einer Hütte ohne Wände, und auf uns prasselten die Fragen herab - Fragen von Menschen, die wissen, daß sie vielleicht schon morgen sterben müssen, und die nicht begreifen können, warum die übrige Welt sich nicht um sie kümmert. Denn mehr wollen sie gar nicht: Die UNO soll Notiz von dem nehmen, was hier vorgeht. Die Gefühle hier waren so intensiv gestern abend, daß wir drei geradezu meinten, sie in der warmen Nacht mit Händen greifen zu können.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky
Ford und Kissinger besuchten Djakarta - ich glaube, am 5. Dezember.

Wie wir wissen, hatten sie die Indonesier ersucht, die Invasion so lange aufzuschieben, bis sie das Land wieder verlassen hätten, weil es ihnen sonst zu peinlich gewesen wäre. Wenige Stunden, nachdem sie wieder weg waren, erfolgte dann am 7.Dezember die Invasion.

DUNKELKAMMER

Elaine Brière
Was sich am 7.Dezember abspielte, ist einfach eine der größten Untaten in der Geschichte.

Seit dem frühen Morgen fielen Bomben auf Dili [die Hauptstadt von Osttimor]. Dann marschierten mehr Soldaten ein, als die Stadt Einwohner hat.

Und dann gab es zwei, drei Wochen lang nichts als ... sie brachten die Leute einfach um.

AUS "BURIED ALIVE" (1989)

Carlos Alfonso (Flüchtling aus Osttimor)
Als ich den Befehl "Feuer!" hörte, warf ich mich zu Boden, und dann spürte ich, wie die Körper auf mich niederfielen - wie Blätter. Die Menschen schrieen, man rief nach der Frau, der Mutter - es war entsetzlich ...

IN DER UNO, NEW YORK

José Ramos-Horta (Vertreter von Osttimor bei der UNO)
Der Rat muß die indonesische Aggression gegen Osttimor als Hauptdiskussionspunkt betrachten.

(Die Vollversammlung (mit Entschließung Nr.3845) und der Sicherheitsrat haben Indonesien aufgefordert, unverzüglich sämtliche Truppen aus dem Gebiet zurückzuziehen. Die indonesische Invasion in Osttimor stellt eine Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Charta dar).

Chomsky
Nach dem indonesischen Einfall reagierten die Vereinten Nationen in der üblichen Weise, also mit einer Verur-

teilung, der Forderung nach Sanktionen usw. Einige verwässerte Entschließungen wurden verabschiedet, aber die USA waren offensichtlich entschlossen, jede praktische Auswirkung zu verhindern.

DUNKELKAMMER

Elaine Brière

Danach flüchteten die Timoresen zu Tausenden in den Dschungel. Um die Jahreswende 1977-78 richteten die Indonesier "Empfangszentren" für diejenigen Timoresen ein, die mit einer weißen Flagge aus dem Dschungel auftauchten. Jeder, den die Indonesier für überdurchschnittlich gebildet hielten oder im Verdacht hatten, der FRETILIN oder anderen Oppositionsparteien anzugehören, wurde sofort umgebracht. Die Frauen schaffte man beiseite und flog sie in Hubschraubern nach Dili, wo sich die indonesischen Soldaten ihrer bedienen durften. Auch Kinder wurden umgebracht, sogar Babies. Aber die eigentliche strategische Waffe damals war der Hunger.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Im Jahre 1978 hatte es die Ausmaße eines Völkermords angenommen. Nach Schätzungen der Kirche und anderer Quellen waren etwa 200 000 Menschen umgekommen.

Die USA standen voll dahinter. Sie lieferten 90 Prozent der Waffen. Unmittelbar nach der Invasion wurden die Waffenlieferungen noch verstärkt. Als den Indonesiern 1978 die Waffen auszugehen begannen, kam die Carter-Regierung ihnen zu Hilfe und erhöhte den Umfang der Waffenverkäufe. Das gleiche taten andere westliche Länder. Kanada, England, Holland - jeder, der schnell Geld verdienen wollte, war da, um sie in die Lage zu versetzen, noch mehr Timoresen umzubringen.

Im Westen regt sich niemand über Aggression, Grausamkeiten, Verletzungen der Menschenrechte usw. auf, wenn nur ein Profit in Sicht ist. Das wird nirgends so deutlich wie in diesem Fall.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Es war auch nicht so, daß etwa noch nie jemand von Osttimor gehört hatte. Man muß wissen, daß vor der Invasion die New York Times und andere viel darüber gebracht hatten.

Dahinter stand damals die Sorge über den Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreichs und was das für Folgen haben könnte. Man befürchtete eine Unabhängigkeitsbewegung, eine Einflußnahme Rußlands oder was weiß ich. Kaum waren die Indonesier einmarschiert, hörten die Berichte auf. Einige gab es noch, aber nur aus Sicht des US-Außenministeriums und der indonesischen Militärs. Ein Flüchtling aus Timor war nie zu vernehmen.

1978, auf dem Höhepunkt der Gewalttaten, als diese geradezu den Charakter eines Völkermords annahmen, setzte die Berichterstattung völlig aus, wenigstens in den USA und in Kanada, wo ich es genauer nachgeprüft habe - buchstäblich auf Null.

All dies spielte sich nun exakt zur selben Zeit ab, als die gewaltige Protestwelle in Sachen Kambodscha rollte. Das Ausmaß der Untaten war ungefähr gleich - ich meine sogar, auf die Gesamtbevölkerung bezogen war es in Timor noch erheblich schlimmer.

Genau genommen hatte sich auch in Kambodscha schon vorher - 1973/75 - ein vergleichbares Verbrechen ereignet, für das aber wir verantwortlich gewesen waren.

STUDIO IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Der Hauptangriff der USA auf Kambodscha begann mit den Bombardements Anfang der siebziger Jahre; sie erreichten ihren Höhepunkt 1973 und gingen noch bis 1975 weiter. Sie richteten sich gegen das Landesinnere. Man weiß sehr wenig darüber, denn die Medien wollten sie geheimhalten. Sie wußten zwar, daß sie stattfanden, aber sie wollten gar nicht so genau wissen, was da vorging. Nach Schätzungen des CIA kamen in diesen fünf Jahren an die 600.000 Menschen ums Leben, entweder direkt durch die amerikanischen Bomben oder durch den von uns unterstützten Krieg. Das ist schon ein ziemliches Blutopfer. Und Kambodscha wurde in einem solchen Zustand hinterlassen, daß hohe US-Beamte schon kommen sahen, daß anschließend Hunger und Krankheit vielleicht eine Million Tote fordern würden, weil das Land in Trümmern lag.

Nach amerikanischen Regierungsquellen sowie nach Meinung von Wissenschaftlern spricht übrigens viel dafür, daß die intensiven Bombardements ein wesentlicher Grund -vielleicht der Hauptgrund- dafür waren, daß die Landbevölkerung sich auf die Seite der Roten Khmer schlug, die vorher nur eine Randerscheinung gewesen waren. Sehen Sie, und das ist eben die falsche Story.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Nach 1975 gingen die Greuel weiter, und plötzlich war es die richtige Story, denn nun waren ja die Bösen die Täter. Es war schlimm genug, man schätzt ja

... also das schwankt. Der CIA gibt an, daß 50.000 bis 100.000 Menschen umgebracht wurden und daß vielleicht eine Million aus anderen Gründen starben. Einer, der die Sache besonders genau untersucht hat, ist Michael Vickery, und er setzt die Zahl der Toten auf 750.000 über der normalen Sterbeziffer an. Andere, z.B. Ben Kiernan, vermuten noch höhere Werte, allerdings bislang ohne Detailuntersuchungen. Jedenfalls war es furchtbar.

Nun waren die Verbrechen -die tatsächlich verübten Verbrechen- zwar schlimm, aber für den gewünschten Zweck noch nicht schlimm genug.

Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme durch die Roten Khmer beschuldigte die New York Times sie des Völkermords - zu einem Zeitpunkt, als vielleicht einige hundert oder tausend Menschen umgebracht worden waren. Und von dem Moment an wurde getrommelt und gebrüllt: Völkermord!

Der Bestseller über das Kambodscha Pol Pots trägt den Titel *Murder in a Gentle Land*. Bis zum 17. April 1975 war dies ein Land voll friedlicher und lächelnder Menschen gewesen, und dann setzte ein furchtbarer Holocaust ein.

Umgehend stand die Zahl der Toten bei 2 Millionen. Es hieß sogar, die Roten Khmer hätten sich selbst gerühmt, 2 Millionen Menschen ermordet zu haben. Das waren dramatische Fakten. Hier beging der amtliche Feind die Greueltaten, hier konnte man sich ungeheuer entrüsten, konnte übertreiben, bedurfte keiner Beweise, konnte Fotos fälschen - alles war erlaubt.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Und es wurde gewaltig gelogen - will sagen, es wurde in einem Ausmaß gelogen, das selbst einen Stalin hätte erröten lassen. Es war schlicht und einfach Betrug. Wir wissen, daß es Betrug war, denn wir brauchen uns nur die Reaktionen auf Verbrechen anzusehen, für die die USA verantwortlich waren.

Kambodscha und Timor in den frühen Siebzigern sind ein geeignetes Vergleichspaar. Ja, und nun das beeindruckende Medienecho:

**NEW YORK TIMES INDEX 1975-1979:
"TIMOR"- GESAMTE SPALTENLÄNGE 170 CM
"KAMBODSCHA"- GESAMTE SPALTENLÄNGE 2900 CM**

PODIUMSDISKUSSION, HARVARD UNIVERSITY, CAMBRIDGE, USA

Im Rahmen einer internationalen Tagung zum Thema "Die USA und der Antikommunismus: Vorgeschichte und Konsequenzen", 11.-13.11.1988, unterstützt vom Institute of Media Analysis

Karl E. Meyer (Leitartikler der New York Times)

Im Jahre 1980 hielt ich eine Vorlesung an der Tufts University. Und da trat nun Chomsky vor den Studenten auf und trug ein leidenschaftliches Plädoyer vor - des Inhalts, die Presse hätte die Tatsache heruntergespielt, daß die indonesische Regierung 1975 diese ehemalige portugiesische Kolonie annektierte. Und wenn man das beispielsweise mit Kambodscha vergleichen würde, wo kilometerlang Berichte erschienen, dann sei das eine eben ein kommunistischer Greuel und das andere kein kommunistischer Greuel. Das hat mich nun schon interessiert, und so habe ich den damaligen stellvertretenden außenpolitischen Ressortleiter der New York Times angesprochen.

Ich habe zu ihm gesagt: "Wissen Sie, unsere Berichterstattung auf dem Gebiet war sehr schwach." Und er sagte: "Da haben Sie völlig recht; auf der Welt passieren ein Dutzend Greuel, über die wir nichts bringen. Dies war auch so einer, und das hatte seine Gründe." Da bin ich der Sache nachgegangen.

MCGILL-UNIVERSITY, MONTRAL, KANADA

Arnold Kohen (Journalist)

Ich war damals als Reporter und Texter an einem kleinen alternativen Radiosender irgendwo im Staat New York tätig. Wir bekamen Tonaufnahmen von Interviews mit timoresischen Führungsleuten und waren sehr überrascht (wo doch die USA so stark darin verwickelt waren), daß in den großen amerikanischen Medien so wenig - praktisch überhaupt nicht - über diese Massenmorde der Indonesier berichtet wurde. Wir haben uns dann mit ein paar Leuten zusammengetan; wir wollten versuchen, den Gang der Dinge zu verfolgen und vielleicht nach und nach die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das zu lenken, was sich in Osttimor abspielte.

BÜRO IM MIT, CAMBRIDGE

Chomsky

Es waren buchstäblich nur ein halbes Dutzend Leute, die sich mit großem Engagement der Aufgabe widmeten, diese Berichte an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie sind an einige Kongreßabgeordnete herangekommen. Sie kamen

beispielsweise auch zu mir, und so konnte ich vor der UNO aussagen und einiges darüber schreiben. Und sie ließen nicht ab und ließen nicht ab. Alles was wir darüber wissen - das verdanken wir praktisch alles ihrer Arbeit. Sonst gibt es so gut wie nichts.

PODIUMSDISKUSSION, HARVARD UNIVERSITY, CAMBRIDGE, USA

Karl F. Meyer

Zuerst schrieb ich einen Kommentar mit dem Titel "Der ungerechte Krieg in Osttimor". Er enthielt eine Landkarte und beschrieb genau, was dort passiert war. Wir brachten dann noch ein Dutzend anderer Beiträge dazu. Diese wurden gelesen, sie wurden in die Kongreßakten aufgenommen, einige Kongreßabgeordnete griffen die Sache auf, und das führte dazu, daß sich das Parlament damit befaßte.

MCGILL UNIVERSITY, MONTRAL, KANADA

Arnold Kohen

Als nun die New York Times am Heiligen Abend diesen Kommentar brachte, sah die Sache für uns schon ganz anders aus. Das, worum wir uns so lange bemüht hatten, erhielt jetzt einen hohen Grad an Legitimität - nämlich das Wissen um die Tatsache, da· sich in Osttimor eine Tragödie großen Ausmaßes ereignete.

IN DER NEW YORK TIMES

Karl F. Meyer

Nimmt man die diversen Theorien wörtlich, die Professor Chomsky vorbringt, dann müßte man annehmen, es gäbe zwischen der etablierten Presse und der Regierung in Washington eine stille Verschwörung mit dem Ziel, sich auf bestimmte Sachen zu konzentrieren und andere Sachen zu ignorieren. Das heißt, sollten wir etwa die Spielregel verletzen, dann würden wir sofort eine Reaktion - eine scharfe Reaktion - von unseren Meistern in Washington zu spüren bekommen. Die würden zu uns sagen: "He, was fällt euch denn ein, euch zu Osttimor zu äußern? Das wollten wir doch unter der Decke halten." Wir bekamen aber abolut nichts zu hören. Allerdings erfuhren wir - interessanterweise - daß es da einen Typ namens Arnold Kohen gab und daß der eine Ein-Mann-Lobby gebildet hatte.

MCGILL UNIVERSITY, MONTRAL, KANADA

Arnold Kohen

Also wissen Sie, ich bin Karl Meyer ja dankbar für die schönen Sachen, die er in seinem Interview über mich gesagt hat; aber ich muß doch der Vorstellung widersprechen, es hätte da eine Ein-Mann-Lobby oder sowas gegeben. Denn ich glaube, wenn es kein weit gespanntes Netz gegeben hätte, mit der amerikanischen katholischen Bischofskonferenz. mit anderen kirchlichen Gruppen, mit Menschenrechtsgruppen, mit engagierten Bürgern usw., und ein damit verknüpftes Interesse in den Nachrichtenmedien - wäre dies nicht gewesen, dann hätte man zu keiner Zeit irgendetwas erreichen können, und schon gar nicht hätten wir die Sache so lange in Gang halten können, wie es dann geschah.

IN DER NEW YORK TIMES

Karl F. Meyer

Professor Chomsky und viele der Leute, die solche Analysen der Presseorgane veranstalten, haben eines gemeinsam: Die meisten von ihnen haben noch nie für eine Zeitung gearbeitet, und viele haben keine Ahnung, wie es in einer Zeitung zugeht.

Als Chomsky da auftrat, hatte er eine Sammlung mit allen Artikeln, die in der New York Times, der Washington Post und anderen Blättern über Osttimor erschienen waren. Er nahm es dann ganz genau: War zum Beispiel in der Londoner Times etwas über Osttimor erschienen und hatte die New York Times das übernommen, aber um einen Absatz gekürzt, dann sagte er: "Seht mal, dieser



Foto: Hias Schaschko

entscheidende Absatz hier gegen Ende, der alles auf den Punkt bringt, den hat die New York Times aus dem Text der Times gestrichen."

BÜRO IM MIT, CAMBRIDGE

Chomsky

In der Londoner Times gab es einen ziemlich zutreffenden Bericht. Den hat die New York Times radikal verändert. Sie hat nicht nur einen einzelnen Absatz weggelassen, sie hat ihn überarbeitet und ihm eine völlig neue Färbung gegeben.

Der wurde dann - so wie die New York Times ihn gebracht hatte - von Newsweek aufgegriffen. Zum Schluß war es eine einzige Weißwäsche, wohingegen das Original von den Greueln handelte.

PODIUMSDISKUSSION, HARVARD UNIVERSITY, CAMBRIDGE, USA

Karl F. Meyer

Und ich habe zu ihm gesagt: "Es könnte doch sein, daß Sie die Unkenntnis, die Hast, den Zeitdruck bis zum Redaktionsschluß usw. mißverstehen und darin eine Art bewußtes Handeln zur teilweisen Unterdrückung einer Geschichte zu erkennen glauben."

Worauf er sagte: "Ja, wenn es nur ein oder zwei oder drei Mal vorkäme, würde ich Ihnen ja zustimmen. Aber, Mr. Meyer, wenn es ein dutzendmal passiert, dann muß es da noch etwas anderes geben."

BÜRO IM MIT, CAMBRIDGE

Chomsky

Und es ist nicht einmal, zweimal, fünfmal, hundertmal vorgekommen - es ist ständig vorgekommen.

IN DER NEW YORK TIMES

Karl F. Meyer

Ich sagte: "Professor Chomsky, ich kenne diese Branche. Es passiert ein dutzendmal - es sind eben unvollkommene Institutionen."

BÜRO IM MIT, CAMBRIDGE

Chomsky

Und als man dann darüber berichtete, geschah das aus Sicht der ... also die USA wurden nur reingewaschen. Wissen Sie, das war kein unbeabsichtigter Ausrutscher. Das ist systematisch und konsequent - und gerade in diesem Fall ohne eine einzige Ausnahme.

IN DER NEW YORK TIMES

Karl F. Meyer

Das läuft alles viel hintergründiger ab als in der Dampfhammer-Rhetorik dieser Leute, die da zwischen A und B eine Gleichung aufstellen: Was tut die Regierung, was denkt die Bevölkerung, was schreiben die Zeitungen. Was die New York Times schreibt, hat manchmal enorme Auswirkungen, manchmal aber überhaupt keine.

CBC RADIO, MONTREAL, KANADA

Elaine Brière

Und so nimmt diese Tragödie in Osttimor - eine der schlimmsten unserer Tage - ungehindert ihren Verlauf. Schätzungsweise ein Drittel der Bevölkerung haben die Indonesier umgebracht. Viele sind in Konzentrationslagern eingesperrt. Gegen diejenigen, die noch Widerstand leisten, führen sie großangelegte Militäroperationen durch, unter Namen wie "Operation Ausrottung" oder "Operation Ausfegen". Die Frauen in Timor zwingen sie zur Geburtenkontrolle. Darüberhinaus holen sie ständig indonesische Siedler ins Land, die sich den Boden aneignen. Und wenn mal einige Menschen den Mut aufbringen, auf der Straße zu demonstrieren oder die geringste Widersetzlichkeit zu zeigen, werden sie sofort massakriert.

Wenn wir - also die Völkergemeinschaft - den Indonesiern erlauben, in Osttimor zu bleiben, dann werden sie Osttimor sozusagen aufsaugen und ... na ja, sie möchten es einfach als Beutemasse ansehen.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky

Ich denke, hier wird keineswegs nur gezeigt, wie sich die Medien der Macht unterwerfen. In diesem Fall sind sie regelrecht Komplizen des Völkermords. Denn nur, weil niemand etwas davon weiß, können diese Verbrechen ungehindert weitergehen. Wenn etwas darüber bekannt würde, dann gäbe es Proteste und Druck, um sie zu stoppen. Indem also die Medien die Fakten unterdrücken, tragen sie einen wesentlichen Teil der Schuld an einem der - also vielleicht an dem schlimmsten Völkermord seit dem Holocaust [bezogen auf die Gesamtbevölkerung].

"IDEAS", CBC RADIO, KANADA

David Frum (Journalist)
Nach Ihren Worten ignorieren die Medien bestimmte Greueltaten, wenn diese von uns oder unseren Freunden begangen werden, spielen es aber ungeheuer hoch, wenn die andere Seite -unsere Feinde- Greuel begehen. Und Sie postulieren einen Test der moralischen Ehrlichkeit, indem man sozusagen die Leichen gleich behandeln müsse.

Chomsky
Nach den gleichen Grundsätzen.

David Frum
Ich meine, daß im Prinzip alle Toten gleich sind.

Chomsky
Das behaupte ich keineswegs.

David Frum
Aha, zum Glück sagen Sie sowas nicht, denn Sie tun's ja auch nicht.

Chomsky
Natürlich tue ich sowas nicht und würde es auch nie fordern. Ich sage doch gerade das Gegenteil - daß wir nämlich in erster Linie die Verantwortung für unsere eigenen Handlungen übernehmen sollten.

David Frum
Ihre Methode sieht also so aus, daß Sie nicht nur die Opfer der anderen Seite ignorieren, sondern auch alle Leichen, die keiner Seite anzulasten sind und die mit Ihrer ideologischen Position nichts zu tun haben.

Chomsky
Das ist völlig falsch.

David Frum
Gut, dann will ich Ihnen ein Beispiel nennen. Sie engagieren sich ja stark für die palästinensische Sache, und jede palästinensische Leiche lastet schwer auf Ihrem Gewissen. Eine kurdische Leiche aber nicht.

Chomsky
Das stimmt überhaupt nicht. Ich arbeite schon jahrelang in kurdischen Unterstützergruppen. Das ist völlig falsch, fragen Sie mal die Kurden - ich meine die Leute, die da mitmachen - also wissen Sie, die kommen zu mir, ich unterschreibe ihre Aufrufe usw. Oder lesen Sie mal, was wir alles geschrieben haben, werfen Sie nur mal einen Blick ... Ich meine, ich bin doch nicht Amnesty International, ich kann nicht alles machen. Ich bin nur ein einzelner Mensch. Aber schauen Sie beispielsweise mal in das Buch, das Edward S. Herman und ich zu diesem Thema geschrieben haben. Wir behandeln darin drei Arten von Greueln. Einmal die, die wir als "gutartige Blutbäder" bezeichnen und die allen egal sind, dann die konstruktiven Blutbäder, die uns zusagen, und schließlich die abscheulichen Blutbäder, also was die Bösen anrichten. Das Prinzip, nach dem wir uns meiner Meinung nach richten sollten, lautet nicht so, wie Sie es formuliert haben. Ethisch ist es doch eine ganz einfache Sache: Man ist für die zu erwartenden Konsequenzen der eigenen Handlungen verantwortlich. Für die zu erwartenden Konsequenzen der Handlungen anderer ist man nicht verantwortlich. Für mich und für Sie ist es am wichtigsten, über die Folgen unserer Handlungen nachzudenken. Also über das, was Sie und ich beeinflussen können.

IM MIT, CAMBRIDGE, USA

Chomsky
Dies muß man im Auge behalten. Wir machen hier doch keine akademischen Übungen. Wir analysieren nicht die Medien auf dem Mars oder die des 18.Jahrhunderts oder dergleichen. Wir haben es mit realen Menschen zu tun, die leiden oder sterben müssen, die gefoltert werden oder verhungern, und zwar infolge einer Politik, in die wir verwickelt sind, in die wir als Bürger einer demokratischen Gesellschaft di-

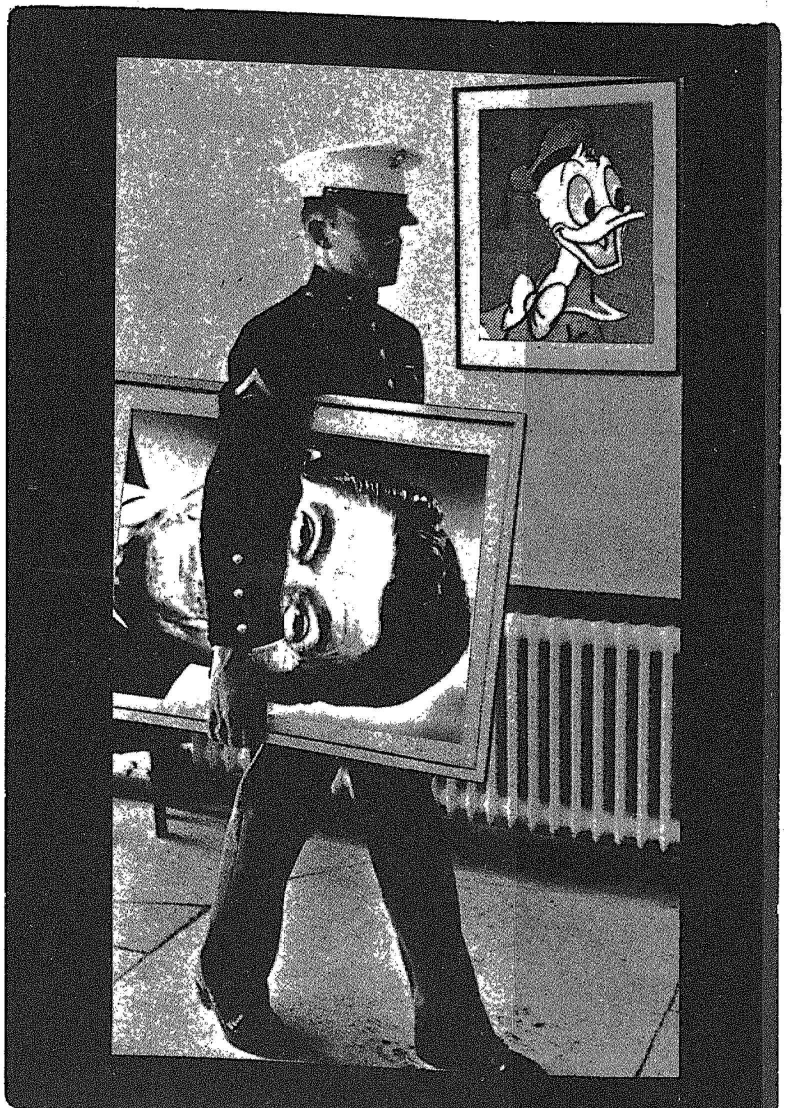


Foto: Ernst Volland

rekt verwickelt sind und für die wir Verantwortung tragen. Und die Medien sorgen nun dafür, daß wir unserer Verantwortung nicht gerecht werden, daß statt der Bedürfnisse der leidenden Menschen die Interessen der Macht berücksichtigt werden - nicht einmal die Wünsche der Menschen in Amerika, denn die wären ja entsetzt, wenn sie das Blut erkennen würden, das an ihren Händen klebt, nur weil sie es zulassen, vom System derartig irregeleitet und manipuliert zu werden.

UNION HALL, CAMBRIDGE, ENGLAND

Chomsky

Was ist mit der Dritten Welt? Nun, trotz allem Schlimmen und Häßlichen ist dieser Kampf noch nicht zu Ende. Der Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit hört nie ganz auf.

Der Mut dieser Menschen ist wirklich beeindruckend. Ich selbst habe mehrmals das Privileg genossen (und es ist gewiß ein Privileg), in Dörfern in Südostasien und Mittelamerika und kürzlich auch im besetzten Westbank-Gebiet davon Zeuge zu sein, und es ist in der Tat erstaunlich.

MALASPINA COLLEGE, NANAIMO, KANADA

Chomsky

Es ist immer beeindruckend - also wenigstens mich beeindruckt es - ich verstehe es gar nicht, es bewegt und inspiriert einen auch, es erweckt geradezu Ehrfurcht. Für sie hängt alles von dem Spielraum zum Überleben ab, der ihnen durch Unruhe und Dissens innerhalb der herrschenden Systeme geschaffen wird. Und von uns wiederum hängt es ab, wie groß dieser Spielraum ist.

übersetzt von
Helmut Richter

Vorabdruck aus:
Mark Achbar (Hg.): Noam Chomsky – Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens, Marino-Verlag, München und Trotzdem Verlag, Grafenau, übersetzt von Helmut Richter, ca. 280 S., 200 Abbildungen, Format 23 x 21,5 cm, DM 39.-DM. Lieferbar ab September 1996. Vorausbestellungen an die SF-Redaktion.

Termine

btr. FLI-Treffen (Forum für Libertäre Information)

Vom 6.-10.12.95 fand in Rade nach 6-jährigem Pausieren wieder ein Treffen des FLI statt. Vorbereitet mit einem liebevoll gestalteten, inhaltlich jedoch leider etwas dürftigem Reader, fanden sich knapp 20 TeilnehmerInnen zusammen - und damit weniger als erwartet. Es wurde über Antipädagogik, Anarcho-Syndikalismus und über Sprachkritik diskutiert. Beim abendlichen Kaminfeuer tauschte man sich über den "Stand der Szene" aus.

Wenn auch die Resonanz noch recht gering ausfiel, war die Atmosphäre doch anregend und die Anwesenden zeigten sich wild entschlossen, einen zweiten Anlauf anzusetzen. Hierfür stand vom 15-19.5. ein Tagungshaus in Wiesen im Spessart zur Verfügung, das 30 reguläre Plätze bot. Themen standen nicht fest. Ein Thema sollte jedoch Überlegungen zu einer (organisationsübergreifenden) anarchistischen (Wochen-) Zeitung sein - daß daran Interesse bestand, wurde schon auf dem ersten Treffen deutlich.

Infos bei: *Hans-Willm Meeuw, PF 3643, 26026 Oldenburg*

Lesereise von Mauricio Rosencof

Mauricio Rosencof reist seit dem 14.5. durch die Bundesrepublik. Er liest
am 4.6. in der Stadtbibliothek in Essen
am 7.6. Im Buchladen "Rote Zora" in Merzig
am 9.6. in Tübingen
am 11.6. im Kommunalen Kino in Konstanz
am 13.6. in der Stadtbibliothek in Nürnberg
am 15.6. im Virus Galeriecafé (Org. Basis Buchhandl.) München
am 21.6. im EVAG oder in der Neuen Gesellschaft, Hamburg
am 23.6. im KHG in Koblenz
am 25.6. im Stadtgarten in Köln (Org. vom Anderen Buchladen)
am 1.7. im Red House in Düsseldorf
und am 2.7. in der JVA Ossendorf

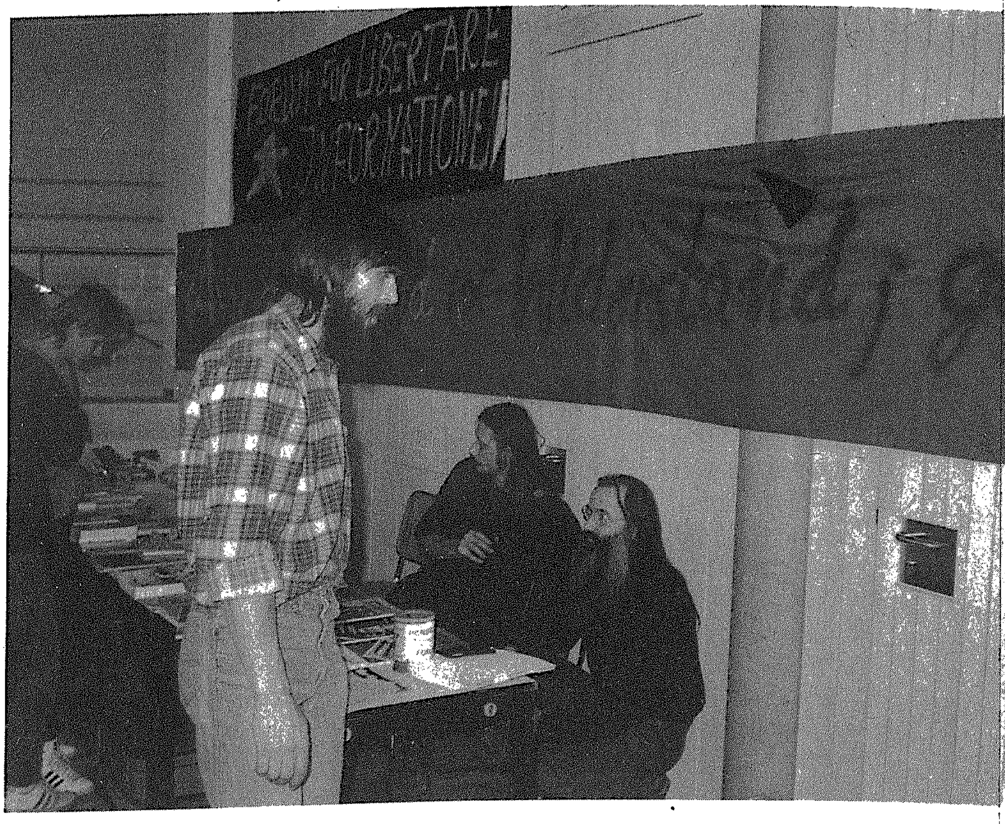
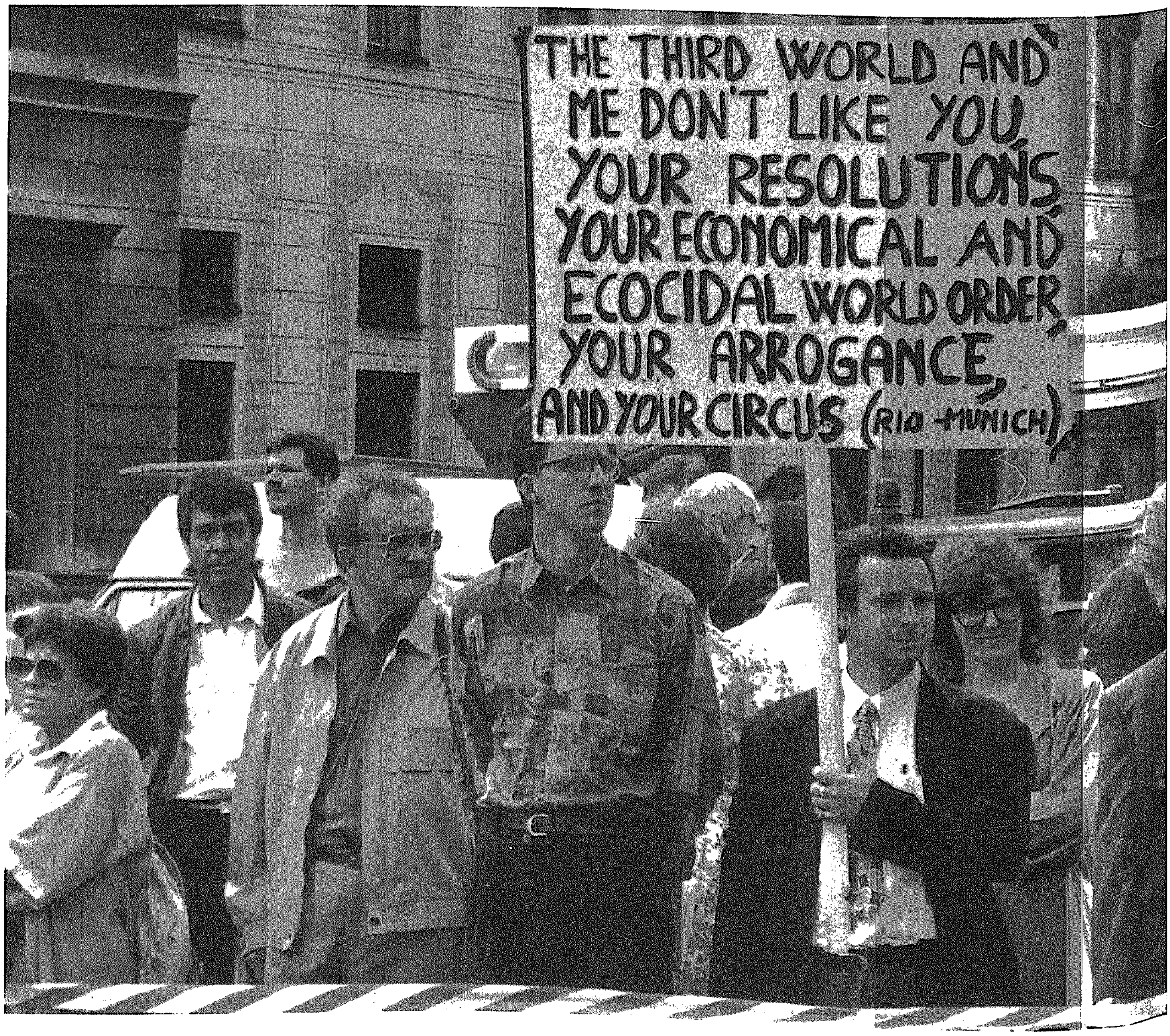


Foto: Wolfgang Haug/Trotzdem



Anfänge der Dritte- Welt-Öffentlichkeit

Zu Beginn der siebziger Jahre führte die Enttäuschung über die scheinbare Folgenlosigkeit der Proteste gegen Vietnam und Chile u.a. zu einer ersten nachhaltigen Erschütterung des Glaubens in die Möglichkeiten einer massenwirksamen Aufklärung mit Hilfe der bürgerlichen Medien. Gleichzeitig stand die sich formierende Dritte-Welt-Bewegung unter dem Eindruck einer zunehmenden Ausgrenzung aus den bürgerlichen Medien.

Angesichts der frustrierenden Erfahrungen mit den Mechanismen der bürgerlichen Öffentlichkeit[1] begannen sich die AkteurInnen des Protestes von dieser abzuwenden und verstärkt Schritte hin zur Etablierung einer eigenen (Gegen) Öffentlichkeit zu unternehmen[2].

So wird zu Beginn der siebziger Jahre eine Vielzahl von Dritte Welt-spezifischen Zeitschriften gegründet. Im Laufe des Jahrzehnts kommen immer mehr Dritte Welt-bezogene Zeitschriften hinzu:

1970 beginnt das Informationszentrum Dritte Welt in Freiburg mit der Herausgabe der *Blätter des iz3w*. Im selben Jahr erscheint die *Entwicklungspolitische Korrespondenz*. 1971 folgt der *Informationsdienst südliches Afrika* (issa).

Ab Juni 1973 gibt das Komitee *Solidarität mit Chile* die *Chile Nachrichten* heraus, die sich schon bald als Diskussionsmedium der Bewegung etablieren können. Nach dem Abflauen des Interesses an Chile Mitte der siebziger Jahre wird die Zeitschrift 1977 in *Lateinamerika Nachrichten* umbenannt.

1974 gründet sich der *Freundschaftsverein BRD-Kuba* und gibt die Zeitschrift *cuba libre* heraus. Zwei Jahre später, 1976, erscheint erstmals die *ila* der *Informationsstelle Lateinamerika* in Bonn. Ab 1978 erscheint das Forum des *Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen* (BUKO).

Norbert Minhorst faßt die inhaltliche Orientierung der Zeitschriften aus dem Spektrum der Solidaritätsbewegung folgendermaßen zusammen:

"Zusammenfassend ist das Hauptanliegen der Zeitschriften aus der Solidaritätsbewegung die Darstellung von politischen Verhältnissen in den Entwicklungsländern, weniger bedeutsam ist deren Einordnung in die internationalen politischen Zusammenhänge. Die Zeitschriften sind also schwerpunktmäßig ausgerichtet auf die innen-

Alle Photos: Umbruch Bildarchiv



Dritte Welt-Öffentlichkeit im Wandel

von Boris Scharlowski

Anmerkung der Redaktion: Der Artikel ist Teil einer wissenschaftlichen Arbeit und wurde redaktionell überarbeitet. Wir haben hierbei den Teil, der sich mit den Anfängen der Dritten Welt-Bewegung in den 50er und 60er Jahre beschäftigte, gestrichen und haben den Artikel mit dem Moment eröffnet, zu dem die Bewegung eine eigenständige Öffentlichkeit herauszubilden beginnt. Bis Anfang der siebziger Jahren gab es keine Periodika, die sich ausschließlich mit Themen der Dritten Welt auseinandersetzten. Die Diskussionen fanden innerhalb der Zeitschriften der außerparlamentarischen Opposition statt. In einer unserer nächsten Nummern werden wir ein weiteres Beispiel für die Herausbildung einer alternativen Öffentlichkeit publizieren: Den Entwicklungen in Deutschland wird die Formierung eines oppositionellen Diskurses in Chile gegenüberstellt.

politische Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt bzw. ihrer Region, zumeist entlang der inneren Konfliktlinien. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen werden in den Zeitschriften behandelt, erfahren aber bedeutend weniger Aufmerksamkeit als die politischen Themen. Noch geringer ist die Beschäftigung mit Entwicklungspolitik, die sich größtenteils auf 'Institutionen' als Trägern von Entwicklungspolitik beschränken. Eine Auseinandersetzung mit 'Theorien von Entwicklung und Unterentwicklung' sowie mit 'Entwicklungsstrategien' findet kaum statt, es geht also in den Zeitschriften kaum um theoretische Reflexion von Standpunkten oder die Diskussion von Strategien zur Überwindung der Unterentwicklung. Die Motivation für die Beschäftigung mit Ländern und Themen der Dritten Welt scheint sehr viel mehr im eigenen politischen Selbstverständnis als in der Lage und den Problemen der Entwicklungsländer zu liegen."[3]

Die Medien der Dritte-Welt-Bewegung erfüllen verschiedene Funktionen: *"Erstens sind die Zeitschriften für die Mitglieder der Solidaritätsbewegung nicht nur Informationsorgane über die Länder der Dritten Welt. Diese sollen vielmehr auch zum Austausch und zur Information zwischen den einzelnen Solidaritätsgruppen beitragen."*[4]

Die Öffentlichkeit der Alternativbewegung.

Der Wandel der Dritte-Welt-Öffentlichkeit vollzieht sich vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Strukturwandels. Unter dem Eindruck des fortschreitenden Zerfalls- und Entmischungsprozesses der Linken und parallel zur Entstehung der Alternativbewegung Mitte der siebziger Jahre beginnt sich in der Bundesrepublik, eine neue Form der Öffentlichkeit zu formieren.

Der Konstitutionsprozeß dieser alternativen Öffentlichkeit läßt sich mit der konstitutiven Phase bürgerlicher Öffentlichkeit vergleichen:

"Das vom aufstrebenden Bürgertum initiierte öffentliche Räsonnement, das den Machtanspruch ausblendet und Herrschaft an sich verhindern will, wird somit von den neuen sozialen Bewegungen romantisch verzerrt reaktiviert. *Mit der Hypostasierung eines Freiraumes 'räsonierender Privatleute' aber, werden die Topoi bürgerlicher Öf-*

fentlichkeit revitalisiert, was dazu führt, daß diese 'neue' Öffentlichkeit durchaus Züge der klassischen trägt, aus deren Schoße sie entstanden ist."[5]

Dabei geht es nicht primär um die Nutzbarmachung der Strukturen bürgerlicher Öffentlichkeit, sondern um die Entwicklung einer Alternative: d.h. die Schaffung autonomer kommunikativer Strukturen mit zumeist deutlich politisierender Absicht. Gegenöffentlichkeit wird dadurch - anders als es der Terminus vermuten läßt - *positiv* definiert. Entsprechend der resignativen Einschätzung von der Reformierbarkeit der bürgerlichen Gesellschaft steht nicht die Aufklärung der bürgerlichen Öffentlichkeit, sondern die Selbstaufklärung der Beteiligten im Vordergrund. Die Form der langsam entstehenden Gegenöffentlichkeit wird als eine Enklave im vorherrschenden Gesellschaftssystem verstanden, die es erlaubt, Freiheit - wenn auch beschränkt - zu antizipieren. Gegenöffentlichkeit gerät somit zu einem Ort kollektiver, politischer Identitätsbildung.

Gleichzeitig soll eine Vernetzung der verschiedenen Akteure erreicht werden. Formuliert wird ein Anspruch, nach dem Medien nicht nur andere Informationen zu liefern haben, sondern die Bereiche des Öffentlichen und des Privaten miteinander verbunden werden, das Private gegenüber dem Öffentlichen entgrenzt wird. In den Mittelpunkt des Interesses gerät die Produktion und Verarbeitung 'authentischer Erfahrung'. Jener 'Produktionsöffentlichkeit von Erfahrung' liegt ein eigenes Konzept zugrunde: die 'authentische Öffentlichkeit'.

"'Authentisch' nicht nur deshalb, weil uns der Begriff 'Gegenöffentlichkeit' nicht differenziert genug erscheint, sondern, weil mit Authentizität eine politische Perspektive bezeichnet wird, die von der antiautoritären Revolte ihren Ausgang nimmt, Mitte der siebziger Jahre nicht nur in der Alternativbewegung sich durchsetzt und mittlerweile auch Teile der Gesamtgesellschaft erfaßt hat. Das ist die Hinwendung nach 'unten', zu den je individuellen Erfahrungen der Menschen, zu den Erlebniswelten der Betroffenen, die aus der traditionellen Politikperspektive meist ausgegrenzt und von ihr abgespalten werden. 'Authentisch' aber auch deshalb, weil dieser Begriff klassen- und schichtenunabhängig ist, d.h. diese Kategorie ist sowohl unterhalb als auch jenseits einer möglichen kategorialen Bestimmung wie 'bürgerlich' oder 'proletarisch' angesiedelt, bezeichnet sie doch weniger einen Idealtypus, hat mithin weniger metaphorischen Charakter, wie etwa proletarische Öffentlichkeit, sondern bezieht sich weitestgehend auf real empirische Erfahrungslagen, Lebenszusammenhänge und Interaktionsprozesse von Betroffenen."[6]

Dennoch geht das Konzept der authentischen Öffentlichkeit gerade über eine reine Reproduktion von Alltagserfahrung hinaus. Öffentlichkeit wird als eine *reflexive Instanz* verstanden, die es ermöglicht, alltägliche Erfahrungen zu überdenken und zu politisch verallgemeinerbaren Strategien theoretisch zu verarbeiten.[7]

"Die von der Alternativbewegung produzierten Strukturen einer 'authentischen Öffentlichkeit' - eine Öffentlichkeit, die die Erfahrungen kollektiv und öffentlich diskutiert, diese zu verallgemeinerbaren Perspektiven, also theoretisch, verarbeitet und dabei die Dimension des praktischen Handelns nicht ausschließt - ist damit das Medium kollektiver Gegenidentitätsbildung, das Medium alternativer Sinnproduktion, die in 'politischen Identitätsstrukturen' sich vergegenständlicht."[8]

Neben diesen beiden Aspekten beinhaltet authentische Öffentlichkeit aber auch den Versuch, die typischen Merkmale der Ein-Weg-Kommunikation nämlich die Grenzen zwischen RezipientInnen und SenderInnen zu überwinden.

Das Konzept der authentischen Öffentlichkeit findet sich auch im Falle der Dritte-Welt-Öffentlichkeit wieder. Strukturell besteht der Unterschied der Dritte-Welt-Öffentlichkeit - Metadiskurse ausgenommen - in der räumlichen Trennung der Akteure, der Dritte-Welt-Bewegung, und ihrem Objekt. Eine einfache Übertragung des erfahrungsgeleiteten Ansatzes der Alternativbewegung auf die Dritte-Welt-Bewegung ist kaum möglich. Stattdessen kann im Falle der Dritte-Welt-Öffentlichkeit nur von einer mittelbaren Produktion und Verarbeitung 'authentischer Erfahrung' ausgegangen werden.

Übertragen auf die spezifische Situation der Dritte-Welt-Öffentlichkeit kann unter authentischer Erfahrung nur die möglichst direkte Aneignung von Erfahrungen der südlichen 'Counterparts' durch die Dritte-Welt-Bewegung verstanden werden. Unter authentischer Erfahrung wäre demnach der Versuch zu verstehen, jene räumliche Distanz durch eine möglichst große inhaltliche Nähe zu den Counterparts zu überwinden. Inwieweit dies durch die Dritte-Welt-Bewegung, deren Handeln keineswegs eigeninteresselos ist, geleistet wurde und wird, sei hier zunächst nicht diskutiert.[9]

Weitere Konsolidierung und beginnende Professionalisierung: Die achtziger Jahre

Die achtziger Jahre sind von der Konsolidierung und vom Aufkeimen neuer sozialer Bewegungen gekennzeichnet, seien es die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung oder die Frauenbewegung - um nur einige zu nennen. Die Bewegungen stehen nicht isoliert, sondern sind weitgehend miteinander vernetzt. Auch die Dritte-Welt-Bewegung.[10]

Zu Beginn der achtziger Jahre steht die Dritte-Welt-Bewegung unter dem Eindruck der Gründung des *Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (BUKO) und der ihm angeschlossenen Kampagnen[11]. 1977 gegründet, wirkt sich seine Funktion als Zusammenschluß der Dritte Welt-Gruppen, -Läden und Solidaritätskomitees erst in den achtziger Jahren nachhaltiger aus. Der BUKO stellte einen wichtigen - wenn auch nicht unumstrittenen - Versuch zu einer temporären Stabilisierung der Dritte-Welt-Bewegung und der Erhöhung der politischen Durchsetzungskraft dar.

Das Aufgreifen der Themen der angrenzenden neuen sozialen Bewegungen trägt zu einer weitergehenden Stabilisierung der Dritte-Welt-Bewegung bei. Die Offenheit der Bewegung für neue Themen, die für die Diskussion einer internationalen Solidarität geeignet sind, und deren hohe Anschlußfähigkeit ermöglichen diese schnelle Absorption der neuen Frage- und Problemstellungen.

Gegen Ende der achtziger Jahre nimmt die Mobilisierung breiterer Bevölkerungsschichten stetig ab. U.a. ist dies mit einer zunehmenden politischen Resignation zu erklären. Zentrale Anliegen der sozialen Bewegungen konn-

ten politisch nicht durchgesetzt werden (z.B. die Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses). Zugleich trägt die Parteigründung der Grünen nicht unerheblich zu einer Institutionalisierung des außerparlamentarischen Protests bei.

In der Dritte-Welt-Bewegung herrscht zunehmende Unzufriedenheit über die Begrenztheit des lokalen oder regionalen Zugangs der jeweiligen Dritte Welt-Gruppe und der Unfähigkeit, - trotz BUKO - Einfluß auf bundesweite sowie internationale Zusammenhänge ausüben zu können.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen beginnt sich auch im Rahmen der Dritte-Welt-Bewegung ein Politikmodell zu etablieren, bei dem hauptamtlich Beschäftigte immer häufiger an die Stelle der BasisaktivistInnen treten. Dieser Professionalisierungsschub trägt nicht unerheblich zu einer Spezialisierung der Betroffenen bei.

Im Rahmen der sozialen Bewegungen werden neue Themen diskutiert. Die Rolle der Frau, ökologische Themen oder die Frage des Weltfriedens finden nicht nur dort, sondern auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ein breites Echo. Diese Themen werden von der Dritte-Welt-Bewegung aufgenommen und in die eigenen Diskussionen integriert. Doch ist die Dritte-Welt-Bewegung der achtziger Jahre noch stärker durch zwei tiefgreifende Veränderungen in Zentralamerika geprägt: die sandinistische Revolution in Nicaragua und der Bürgerkrieg in El Salvador.

Ab dem Jahr 1978 beginnt sich in der BRD ein Kreis von Unterstützerkomitees zu Nicaragua zu formieren. Schon im selben Jahr gründet die entstehende, aber schnell erstarkende Bewegung eine Informations- und Koordinationsstelle, der eine wichtige Funktion für die weitere Entwicklung der Bewegung zukommen wird. Diese ist stark von kirchlich orientierten Gruppen und Organisationen aus dem Umfeld der undogmatischen Linken geprägt. Christlich-humanitäre Beweggründe konkurrieren so mit politischen Motiven.

Im Gegensatz zu früheren Bewegungen innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung profiliert sich die Nicaragua-Solidarität als eine stabile Bewegung, die es schafft, den Mobilisierungsgrad auch nach der Machtübernahme durch die Sandinisten relativ kontinuierlich zu halten[12]. Allerdings verursacht die Unübersichtlichkeit des revolutionären Prozesses in den frühen achtziger Jahren innerhalb der Bewegung eine Art Paradigmenwechsel. Immer mehr Gruppen orientieren sich hin zu konkreter Projektarbeit vor Ort. Ein weiterer Paradigmenwechsel setzt nahezu parallel dazu ein: Als Form konkreter Unterstützung reisen ab 1983 verstärkt deutsche BrigadistInnen nach Nicaragua[13].

Allerdings bleiben die Ereignisse in El Salvador nicht ohne Auswirkung auf die Nicaragua-Bewegung. Bereits ab 1980 hatte sich die Nicaragua-Solidaritätsbewegung für eine Ausdehnung ihrer Unterstützungsarbeit auf Zentralamerika entschieden, um so adäquater auf die politischen Prozesse in El Salvador oder Guatemala reagieren zu können. Im selben Jahr begann sich die deutsche Dritte-Welt-Bewegung, immer stärker um El Salvador zu kümmern. U.a. schienen dort die politischen Verhältnisse einfacher durchschaubar zu sein.

Eine eigene Bewegung[14], die wiederum stark von konfessionellen Gruppen geprägt war, begann sich zu formieren.

Bedeutung für die Dritte-Welt-Öffentlichkeit

Das Thema Nicaragua spielt eine zentrale Rolle innerhalb der Dritte-Welt-Öffentlichkeit der achtziger Jahre. Einem Spezifikum der Nicargua-Solidarität, die Anwesenheit deutscher BrigadistInnen vor Ort, kommt eine entscheidende Funktion zu:

"Tatsächlich trug die Anwesenheit vieler BrigadistInnen, die in Ernteeinsätzen und in Projekten arbeiteten, und deren anschließende Informationsarbeit in der Bundesrepublik dazu bei, daß das 'Thema Nicaragua', im Vergleich zu anderen Ländern der Dritten Welt, in der öffentlichen Diskussion verhältnismäßig präsent blieb. [...] Die Herstellung von Gegenöffentlichkeit stellt den größten Erfolg der Projektarbeit der Solidaritätsbewegung dar."[15]



Doch nicht nur im Bereich der Nicaragua-Solidarität sind entscheidende Erfolge zu verzeichnen. Mitte der achtziger Jahre beschreiben Werner Balsen und Karl Rössel das Spektrum der Dritte Welt-Medien folgendermaßen:

"Darüber hinaus kann die Bewegung zwischen ein paar dutzend Zeitungen und Zeitschriften wählen [...]. Darüber hinaus gibt es heute Buchverlage, die sich fast vollständig auf Dritte Welt-Literatur konzentriert haben. [...] Spezialisierte Verleihe bieten Filme und Videos aus und über die Dritte Welt an. Und es gibt kaum noch einen Zipfel der Erde, über den sich nicht auch schon von Dritte Welt-Gruppen erstellte Unterrichtsmaterialien finden ließen [...]."[16]

In den knapp zwei Jahrzehnten ihrer Existenz hat sich die Dritte-Welt-Bewegung ein breites Angebot an Medien und Institutionen geschaffen, die ihr einen umfassenden Informations- und Gedankenausstausch garantiert. Doch beginnt sich in den achtziger Jahren, bereits eine gegenläufige Entwicklung abzuzeichnen.

In der alternativen Öffentlichkeit sind - kaum erstaunlich - jene Risse wahrzunehmen, die auch in der Bewegung festzustellen sind. Ein Ereignis ist von zentraler Bedeutung. Im Anschluß an den 'Deutschen Herbst' 1977 wird sich die alternative Bewegung angesichts der staatlichen Repression über die Begrenztheit ihres lokalistischen respektive regionalistischen Ansatzes bewußt. Ähnliches trifft auf die Erfahrungen angesichts der vom Bundespresseamt verhängten Nachrichtensperre zu. Hierdurch wird man sich über die Beschränktheit dezentraler Basiskommunikation klar. An die Stelle des Autonomieansatzes tritt eine Form von Etatismus und die Vorstellung von zentralistischeren, professionalisierten Problemlösungen.

Diese Erfahrungen, das sukzessive Auseinanderbrechen der Bewegung und die parallel voranschreitende Institutionalisierung und Professionalisierung der gegenkulturellen Lebenszusammenhänge hat direkte Auswirkungen auf die alternativen Kommunikationsstrukturen.

Am Beispiel der *tageszeitung* (taz) und deren Rolle für die Dritte-Welt-Öffentlichkeit läßt sich der Trendwechsel exemplarisch aufzeigen. Idealistisch gesehen könnte man ihre Funktion für die Dritte-Welt-Öffentlichkeit folgendermaßen skizzieren:

"Vor allen Dingen aber gibt es seit einigen Jahren 'die tageszeitung', die mit den Dritte Welt-Zeitschriften die Perspektive teilt [...] und die vor allen Dingen von einem Tag zum anderen publizieren kann" [17]

Beleuchtet man die Funktion der taz etwas kritischer, so zeigt sich folgendes Bild:

"Angetreten, um der dezentralen Linken ein Sprachrohr zu sein, den Gegenpluralismus abzubilden, hat sie nun selbst eine zentralisierende Funktion, sie wird zum geheimen Zentralorgan. Sie ist der Filter, durch den alles hindurch muß, sie ist der Zensor, ohne den Publizität sich vermeintlich nicht entfalten kann. Kraft ihrer Existenz ist sie zu einem Machtfaktor geworden, scheint sich dessen aber nicht bewußt zu sein, nimmt man die Sorglosigkeit im Umgang mit Informationen und Informanten als Indiz." [18]

Betrachtet man diese Entwicklung, darf ein weiterer, entscheidender und bereits benannter Punkt für den Strukturwandel nicht außer acht gelassen werden. Nach einigen Jahren symbiotischen Austauschs konsolidieren sich das Private und das Öffentliche erneut als eigenständige Bereiche. Offensichtlich wird dies beispielsweise in der Reaktivierung traditioneller, vom persönlichen Erfahrungshorizont losgelöster Politikmuster, wie sie sich schon bald in den frühen achtziger Jahren bei den Grünen herauszubilden beginnen. In diesem Zusammenhang nehmen Medien zunehmend die Rolle des Vermittlers zwischen den beiden genannten Bereichen ein. An die Stelle einer Diskussionsöffentlichkeit, die einen Prozeß gemeinsamer Willensbildung fördern soll, treten jetzt zunehmend wieder bürgerliche Formen repräsentativer Öffentlichkeit. Die Gefährdung einer sich als authentisch verstehenden Öffentlichkeit im bereits erwähnten Sinne ist offensichtlich: Dort wo das Private und das Öffentliche bereits getrennt sind, spielt die Kollektivierung von individuellen Erfahrungen keine Rolle mehr. Der erneute Strukturwandel bedroht das Fortbestehen des eigentlichen Wesens der alternativen Öffentlichkeitsproduktion.

Krise: Die neunziger Jahre

Zu Beginn der neunziger Jahre sieht sich die Dritte Welt-Bewegung neuen Fragestellungen und Anforderungen ausgesetzt. Häufig wird die aktuelle Situation mit dem Begriff Krise assoziiert. Verantwortlich für diesen Paradigmenwechsel sind veränderte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Einige Merkmale:

- Die Dritte-Welt-Bewegung wird von denselben Selbstzweifeln erfaßt wie die Linke generell. Seit Anbeginn ist die Dritte-Welt-Bewegung von der Suche nach (radikalen) Alternativen zum dominanten kapitalistischen Wirtschaftsmodell geprägt. Dabei orientierte sich die Mehrzahl der AktivistInnen nicht am Modell des real existierenden Sozialismus. Vielmehr wurden zumeist Formen nationaler Emanzipation unterstützt, die sich jenseits des üblichen Blockschemas bewegten. Dennoch hat die veränderte weltpolitische Machtkonstellation tiefgreifende Auswirkungen auf die ideologische Positionierung der AkteurInnen. Denn durch die Überwindung des Systemantagonismus präsentiert sich das kapitalistische Modell des freien Marktes und das Modell des bürgerlichen Mehrparteiensystems als höchste Stufe gesellschaftlicher Entwicklung.

- Bereits zu Beginn der achtziger Jahre setzte die Erosion der großen entwicklungspolitischen Theorien (Modernisierungs- versus Dependenztheorien etc.) ein. Auch wenn diese Entwicklung zeitlich vor Beginn der neunziger Jahre liegt, wird sie jetzt durch die ideologische Krise potenziert. Eine nachlassende Diskussion um entwicklungspolitische Alternativen innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung und genauere länderspezifische Analysen sind die Folge.

- Die beginnenden neunziger Jahre sind aber auch von den Erfahrungen in Nicaragua, El Salvador oder Cuba geprägt. Die Dritte-Welt-Bewegung gelangt einmal mehr zu der Einsicht, daß sich das Objekt ihres Engagements, die Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen in der Dritten Welt, nicht immer konform zu den eigenen Vorstellungen verhält.

- Die Dritte-Welt-Bewegung hat aber auch mit einem generellen Interessensverlust in der Öffentlichkeit an entwicklunspolitischen Belangen zu kämpfen. Denn unter ökonomischen Gesichtspunkten kommt der Öffnung der Märkte der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten eine zentrale Bedeutung zu. Sie führt zu einer Verlagerung der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik und - in ihrem Schlepptau - der offiziellen Entwicklungspolitik gen Osten. Parallel dazu verliert seit einiger Zeit der Süden seine traditionelle Rolle als Rohstofflieferant für die Ökonomien des Nordens. Dadurch aber verringert sich die Bedeutung des Südens für die Wirtschaftsmetropolen. Für die Dritte-Welt-Bewegung wird es deshalb um so schwerer, für die Belange des Südens Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedinungen hat tiefgreifende Folgen für die Strukturen der Dritte-Welt-Bewegung.

Die Professionalisierung ist in den achtziger Jahren deutlich vorangeschritten. Häufig wurden diese professionellen Strukturen durch staatliche Förderungsprogramme (ABM) erst möglich. Mit den Kürzungen im Sozialbereich wird jetzt eine wichtige Stütze der Dritte-Welt-Bewegung gekappt. Reduzierte ehrenamtliche Strukturen können diesen Eingriff allerdings nicht mehr auffangen.

Traditionelle Organisationsformen wie z.B. der BUKO verlieren an Bedeutung. An deren Stelle treten neue länderbezogene Zusammenschlüsse (z.B. *VEN* in Niedersachsen). Häufig sind sie eng an bestimmte landespolitische Konstellationen (rot-grüne Regierungsbündnisse) gebunden.

Der Zusammenbruch des Ostblocks, die als neue weltpolitische Verantwortung deklarierte neue Rolle Deutschlands, die Konsolidierung der EU und die Ablösung des GATT durch die WTO haben dazu geführt, in der Dritte-Welt-Bewegung neue Themen zu generieren. Diskutiert wird jetzt über militärische Einsätze Deutschlands, Nationalismus, Migrationsbewegungen, Rassismus oder die Neuordnung der Welthandelsbeziehungen. Die als verlorenes Jahrzehnt deklarierten achtziger Jahre stellten zudem die Frage nach der Relevanz der Dritten Welt für die Industrienationen unter einem neuen Aspekt. Durch die UN-Konferenz für Ökologie und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und die aktive Rolle der NROs können sich sowohl die Ökologie als Thema der Dritte-Welt-Bewegung, als auch die NROs als neue Hoffnungsträger von alternativer Entwicklung profilieren.

Grundsätzlich hat sich die Vorstellung, bestimmte Analysen und Utopien besäßen allgemeine Gültigkeit, als obsolet erwiesen. Statt dessen setzt sich die Einsicht durch, daß Alternativen in jedem nationalen oder kulturellen Kontext neu zu definieren seien.



Bedeutung für die Dritte-Welt-Öffentlichkeit

In den neunziger Jahren wird die strukturelle Schwäche der Dritte Welt-Öffentlichkeit durch die Konjunktur der veränderten weltpolitischen Lage potenziert. Bei dem Versuch, ihre Themen zu lancieren, stoßen die AkteurInnen nicht nur an die typischen Durchlässigkeitsbarrieren massenmedialer Kommunikation, sondern müssen auch gegen eine generelle Abnahme des gesellschaftlichen Interesses für die Belange der Dritten Welt kämpfen.

In ihrer Jubiläumsnummer schildern die *Blätter des iz3w* die inhaltlichen Schwierigkeiten, zu Beginn der neunziger Jahre eine Zeitschrift mit internationalistischem Anspruch zu machen:

"Müssen wir uns also Beliebigkeit vorwerfen? Ja und Nein! Ja, weil das Nebeneinander von sich möglicherweise ausschließenden Standpunkten tatsächlich eine gewisse Orientierungslosigkeit in der ADW anzeigt. Es gibt sie derzeit nicht, die 'Handschrift' einer Redaktion, die sich mit klaren Positionen zu Wort meldet; diese müssen erst errungen werden. Es gibt sie nicht mehr, die klaren Bekenntnisse zu den Befreiungsbewegungen und die einheitliche und umfassende theoretische Basis, wie es die Dependenztheorie einmal gewesen ist; diese Zeiten sind vorbei."[19]

Auch Norbert Minhorst analysiert im Falle der Auseinandersetzung um Entwicklungstheorien für die von ihm ausgewerteten Zeitschriften der Solidaritätsszene eine ähnliche Tendenz:

"In der zeitlichen Abfolge findet in den Zeitschriften der Solidaritätsbewegung zuerst eine Auseinandersetzung mit der Dependenciatheorie und dann mit den dazugehörigen Strategien statt. Ab Mitte der 80er Jahre ist die - wieder geringer gewordene - Auseinandersetzung dann auf alle drei 'Richtungen' [Dependencia-, Modernisierungs- und sonstige Entwicklungstheorien, B.S.] verteilt. In den 90er Jahren läßt die Auseinandersetzung weiter nach und verschwindet dann."[20]

Doch scheint zu Beginn der neunziger Jahre ein neuer Strukturwandel innerhalb der Dritte-Welt-Öffentlichkeit stattzufinden, der sich nicht nur auf einer inhaltlich-thematischen Ebene vollzieht. Der Strukturwandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft und der Dritte-Welt-Bewegung führt zu direkten Konsequenzen für die Dritte-Welt-Öffentlichkeit.

Erklärtes Ziel vieler Dritte Welt-Bewegter ist, das Nischendasein zu verlassen und gesellschaftliche Entscheidungsträger für die Belange der Dritten Welt zu gewinnen. Daher werden immer häufiger Versuche unternommen, auf eine Öffentlichkeit jenseits der Dritte-Welt-Bewegung Einfluß zu nehmen.

Breite, basisgestützte Aktionsformen treten in den Hintergrund; für die Dritte-Welt-Bewegung typische Formen der Bewußtseins- und Basisarbeit verlieren an Relevanz.[21] An deren Stelle etablieren sich Formen der klassischen Öffentlichkeits- und Pressearbeit, die auf eine

Verwertbarkeit durch die bürgerlich-liberale Presse abzielen bzw. sich direkt an die entsprechenden Entscheidungsträger richten.[22]

Gleichzeitig scheint sich aber ein Phänomen herauszubilden, daß bisher typisch für das Verhältnis der NROs gegenüber der Dritte-Welt-Bewegung war:

"Gegenüber den staatlichen Organisationen müssen solche NRO das Bild seriöser, kooperationsbereiter und professioneller Organisationen abgeben. Hier kann also nicht im Modus der Protestkommunikation verblieben werden. Dies konfligiert jedoch mit dem Bild von Nichtregierungsorganisationen, das sie gegenüber Spendern und der Bewegung plausibel zu machen versuchen. [...] Gegenüber den Mitgliedern der Dritte-Welt-Bewegung wird sich [seitens der NRO, B.S.] daher einer bewegungsnahen Rhetorik und Symbolik bedient. Da man andererseits bei den Medien über sehr gute Reputation verfügt, [...] ist diese Infrastruktur für die Bewegungskommunikation ein bedeutsames Terrain, das bei aller Kritik an Organisation, die mit Protest nicht kompatibel zu machen ist, auch nicht aufgegeben werden kann."[23]

M. E. lassen sich diese Beobachtungen hinsichtlich des Verhältnisses NRO : Dritte-Welt-Bewegung analog auf die Strukturen innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung übertragen. Dort müssen die Akteure zunehmend den Spagat zwischen Außen- und Binnenkommunikation leisten. Ihr Anforderungsprofil besteht jetzt darin, sowohl den Zugang zur etablierten Öffentlichkeit suchen zu wollen, als auch den Kommunikationstraditionen der Dritte-Welt-Bewegung verpflichtet zu sein. So gesehen könnte man von einem Paradigmenwechsel innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit der Dritte-Welt-Bewegung sprechen.

Dieser Paradigmenwechsel weist aber auch auf einen tiefgreifenden Strukturwandel innerhalb der Dritte-Welt-Öffentlichkeit hin. Nachdem die Produktion alternativer Öffentlichkeit über Jahre hinweg auf die Entwicklung selbstbezüglicher Kommunikationsstrukturen ausgerichtet war, deren Ziel die Vermittlung authentischer Erfahrung war, orientiert man sich jetzt an einer eher klassischen Form von Gegenöffentlichkeit:

"Unter Gegenöffentlichkeit sind entweder unabhängige, gegebenenfalls spontane Vereinigungen von Individuen oder staatsrechtlich verankerte Institutionen zu verstehen, deren erklärtes Ziel darin besteht, diejenigen Interessen und Bedürfnisse einer Gesellschaft, welche herkömmlicherweise als nicht oder tendenziell nur wenig organisations- und konfliktfähig gelten, durch zielgerichtete Aktionen oder systeminterne Einflußnahme im pluralistischen Meinungsprozeß 'wettbewerbsfähig' und damit im staatlichen bzw. administrativen Handlungsvollzug verwertbar bzw. bedingt berücksichtigungsfähig zu machen."[24]

Das typische Merkmal der Alternativbewegung, die authentische Öffentlichkeit, scheint so sukzessive wieder zugunsten des 'etablierteren' Konzeptes der Gegenöffentlichkeit zu weichen.

Neue Wege?

25 Jahre ist die Dritte Welt-Bewegung jetzt alt. Analog zu den z.T. konträren Politik- und Gesellschaftsauffassungen der unterschiedlichen Akteure der Dritte-Welt-Bewegung oszilliert deren Öffentlichkeitsproduktion zwischen gegensätzlichen Polen: Einem alternativen, um Authentizität bemühten Modell steht ein eher pragmatisches Konzept gegenüber, das für ein instrumentelles Verhältnis zu den etablierten Medien plädiert.

Beide Modelle lassen sich im Verhältnis zur bürgerlichen Öffentlichkeit positionieren. Eine Prognose für die weitere Entwicklung der Dritte-Welt-Öffentlichkeit als Teil einer alternativen Öffentlichkeitsproduktion kann demnach nicht von diesem Verhältnis abstrahieren. Stamm verwirft gängige Vorstellungen:

"Wir halten sowohl die Position von der totalen Vorherrschaft, von der Dominanz bürgerlicher Öffentlichkeit als auch diejenige, die von einer Polarität [zwischen bürgerlicher und alternativer Öffentlichkeit, B.S.] ausgeht, für nicht ausreichend...."[25]

Statt dessen schlägt er ein Modell vor, bei dem sich beide Typen dynamisch verschränken.

"Es kommt tendenziell zu einer Verschränkung und Durchdringung von bürgerlicher und alternativer Öffentlichkeit. [...] Da wo alte und neue Formen von Öffentlichkeit sich übereinanderschieben, werden die Formelemente einer neuen Öffentlichkeit ausdifferenziert. Dieser neue Typus von Öffentlichkeit hält einerseits fest an den positiven Elementen bürgerlicher Öffentlichkeitsproduktion (Professionalismus, Ästhetik, Investigativ-Journalism,... usw.), reaktiviert diese, wirft aber auch die erhaltenswerten Teile einer alternativen Medienproduktion nicht auf den Müllhaufen der Geschichte: radikale Subjektivität, Erfahrungsverarbeitung, Parteilichkeit usw.."[26]

Doch stellt sich die Frage, ob eine solcherart skizzierte harmonische Verschränkung überhaupt realistisch ist? Ist nicht vielmehr davon auszugehen, daß angesichts sich rapide verändernder Medienrezeptionsgewohnheiten breiter Bevölkerungsschichten jene positiven Merkmale der alternativen Medienproduktion nicht doch 'auf dem Müllhaufen der Geschichte' landen werden? Sigrid Baringhorsts Analyse der Transformationen politisch-moralischen Protests erlauben wenig Hoffnung:

"- die Taten [z.B. im Falle öffentlichkeitswirksamer Aktionen bekannter Umweltschutzorganisationen, B.S.] müssen für sich sprechen, nur spärliche Transparente zeugen noch von der anfänglichen Diskursorientierung linksalternativer Gegenöffentlichkeit.

Erfolgs- und Erlebniskommunikation ersetzen dabei zunehmend die in den 80er Jahren dominierende Angstkommunikation. Die sog. 'neuen sozialen Bewegungen' wie Friedens-, Öko- und Anti-Atombewegung mobilisierten ihre Anhängerschaft durch eine permanent erzeugte 5-vor-12-Stimmung. Dieser ständige Appell an rationale, wie zum Teil aber auch irrationale Ängste scheint zunehmend leerzulaufen. Die unablässige Erzeugung von Bedrohungsgefühlen auf höchstem Niveau muß am Ende unweigerlich zum Glaubwürdigkeitsverlust und Abstumpfen der moralischen Empörung führen. Die Folgen für die Aufopferungsbereitschaft der Anhänger sind evident: Die neue Generation Jugendlicher ist nicht mehr zur Selbstkasteiung bereit - Engagement ja, aber nur wenn's Spaß macht und der Aufwand nicht zu groß ist."

Die Dritte-Welt-Bewegung scheint also erneut vor einem tiefgreifenden Paradigmenwechsel zu stehen. Doch stellt sich angesichts eines solchen Wandels die Frage, inwieweit die Dritte-Welt-Bewegung bereit ist, ihr Wesen den Kapriolen des Zeitgeists zu opfern?

Literaturempfehlung:

Dieser Text ist Teil einer umfassenderen wissenschaftlichen Arbeit: Boris Scharlowski, Pressearbeit in der Dritten Welt. rund 100 Seiten. Zu beziehen über die SF-Redaktion.



Anmerkungen:

1 Gemeint sind hier u.a. der Vertrauensverlust der Protestierenden in das Mediensystem (mangelnde Möglichkeiten der Massenaufklärung durch die Medien, verstärkte Mediatisierung der Protestaktionen zulasten des Inhalts, etc.), in das Parteiensystem (z.B. das Entstehen der großen Koalition) sowie in das Wirtschaftssystem.

2 K. Seitz macht die Erfahrung der DWB mit den Frustrationen der Studentenbewegung dafür verantwortlich, daß konkretes entwicklungspolitisches Handeln durch Bildungsarbeit ersetzt wird:"*Auch hier muß man wohl das Pädagogisch-Werden der politischen Aktion als Resultat der Erfahrung politischer Ohnmacht beklagen. Hinter der Strategie 'Bewußtseinsbildung' offenbart sich so gesehen umgeleitete politische Resignation*" (Seitz, Klaus. Entwicklungsdienst.. op. cit. S. 17.)

3 Minhorst, Norbert. Das Dritte Welt-Bild in den bundesdeutschen Fachperiodika im Zeitraum von 1960-1992. Eine inhaltsanalytische Untersuchung. Halle 1995. S. 222.

4 Minhorst, Norbert. op. cit.. S. 215.

5 Stamm, Karl-Heinz. Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen. Frankfurt/New York 1988. S. 272.

6 Stamm, Karl-Heinz. op.cit.. S. 100.

7 Stamm, Karl-Heinz. op. cit. S. 264.

8 Dieser Vorstellung liegt jene von Peter Brückner vorgestellte These zugrunde, politische Identität bilde sich durch ein harmonisches Zusammenwirken dreier Faktoren heraus: 1. die kollektive Erfahrungsproduktion; 2. die Wiederaneignung von Lebensgelände und 3. die theoretische Reflexion. s. dazu: Brückner, Peter. Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur politischen Psychologie. Berlin 1983. S. 191.

9 Stamm, Karl-Heinz.. S. 149.

10 s. dazu: Balsen, Werner / Rössel, Karl. Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986. Vertrieb jetzt über Trotzdem Verlag, Grafenau. Zur Kritik der Dritte Welt-Bewegung. S. 540 ff.

11 Doch ist das Verhältnis der einzelnen Bewegungen untereinander keineswegs konfliktfrei. So versucht sich die Friedensbewegung von jenem Flügel der DWB zu distanzieren, der sich positiv zur Gewaltfrage im Rahmen emanzipativer Prozesse äußert.

12 Gemeint sind die BUKO-Pharmakampagne, die BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", die Agrarkoordination und die Frauenkoordination, die in dieser Reihenfolge nacheinander gegründet wurden.

13 Dennoch läßt es sich nicht vermeiden, daß bestimmte Differenzen mit der Politik der Sandinisten (u.a. die Miskitofrage) zu konjunkturellen Schwankungen und Einbrüchen innerhalb der Bewegung führen.

14 Zur Wahrnehmung dieser Unterstützungsleistung aus Sicht der betroffenen NicaraguanerInnen s. u.a.: Karges, Rosemarie. Solidarität oder Entwicklungshilfe. Münster 1995. s. auch Schwarzer Faden Nr. 55.

15 s. dazu u.a.: Beier, Thomas / Schmidt, Susanne. Das Fremde als Projektion?! Solidaritätsbewegung am Beispiel El Salvador. Frankfurt 1992.

16 Karges, Rosemarie. op. cit.. S. 137 f..

17 Balsen, Werner / Rössel, Karl. op. cit.. S. 505.

18 Wilke-Launer, Renate. Haben Grüne und taz die Solidaritätspresse überflüssig gemacht? In: medium 1/91. S. 51.

19 Stamm, Karl-Heinz. op.cit.. S. 252.

20 Konkret bedeutet dies: Die Beteiligten des Kommunikationsprozesses fallen erneut in ProduzentInnen und KonsumentInnen auseinander. Der idealiter als Zwei-Weg-Kommunikation beschriebene Prozeß verengt sich wieder zu einer Ein-Weg-Kommunikation. Und: Die alternativen Medien verlieren parallel dazu ihre ursprüngliche Organisationsfunktion.

21 Editorial zur Nummer Internationalismus in den 90ern. Blätter des iz3w. Nr 200. September 1994. S. 4.

22 Minhorst, Norbert. op. cit.. S. 204.

23 Im Falle des Dritte-Welt-Handels wären hier die Bestrebungen von Transfair oder die Profilierungskampagne der Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden zu nennen.

24 Dies können u.a. Presseerklärungen, öffentlichkeitswirksame Aktionen etc. sein. Als einen Ausdruck dieser neuen Form der gezielten Öffentlichkeitsarbeit könnte man aber auch das Lobbying (z.B. German Watch) verstehen.

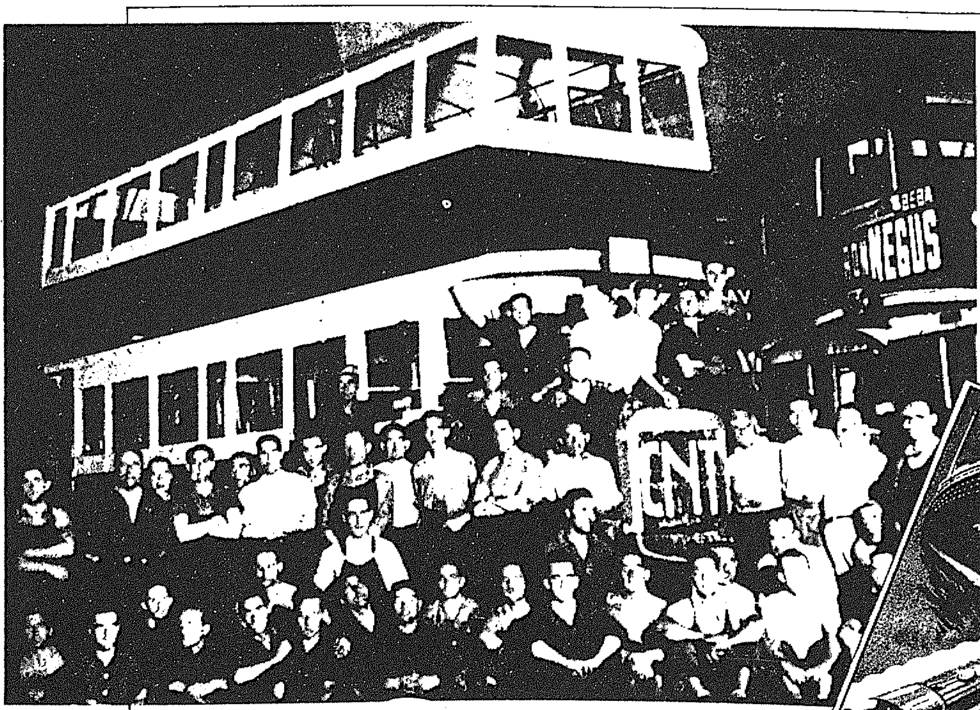
25 Bommes Michael / Heuer, Michael. op. cit. S. 70.

26 Oeckl, Walter. Chancen von Gegenöffentlichkeit. In: Reimann/Reimann. Information. München 1977. S. 73. Zitiert nach: Stamm, Karl-Heinz. op.cit.. S. 135.

27 Stamm, Karl-Heinz. op.cit.. S. 259.

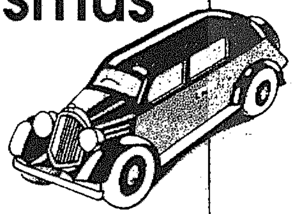
28 Stamm, Karl-Heinz. op.cit.. S. 259.

29 Baringhorst, Sigrid. Protest und Mitleid. Politik als Kampagne. In: epd-Entwicklungspolitik. 15/94. S. 23.



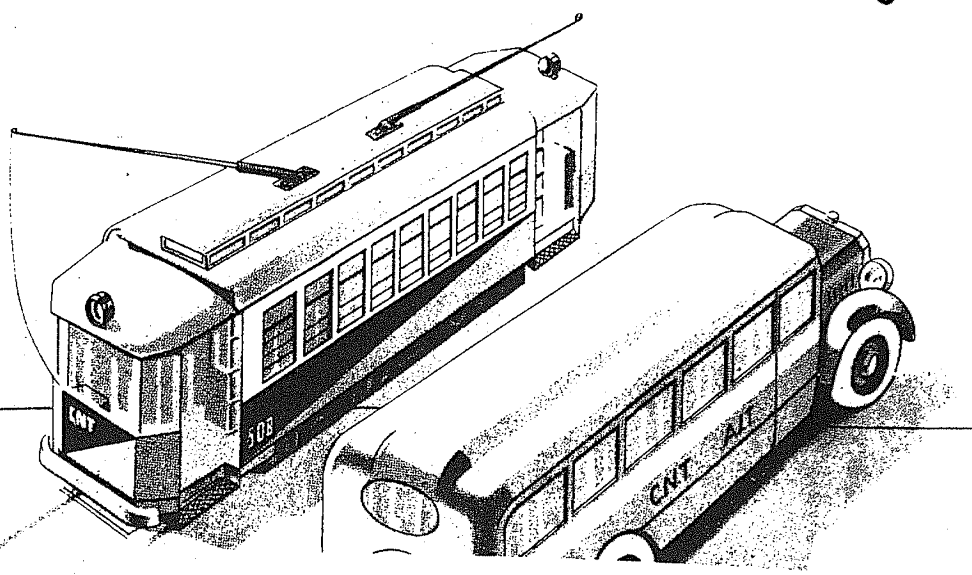


Mythos des Anarchosyndikalismus



Walther L. Bernecker

Revolution oder Reformismus?
Zur Veränderung anarchistischer Positionen im Spanischen Bürgerkrieg



Am 18. Juli 1986 jährt sich zum 60. Mal der Beginn des Spanischen Bürgerkrieges. Zum 50. Jahrestag schrieb Federica Montseny, die während des Bürgerkrieges für die anarchistische Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT) in der spanischen Volksfrontregierung das Amt der Gesundheitsministerin innehatte, in der großen spanischen Tageszeitung *El Pais* unter dem Titel: "Die euphorischen Tage" einen Rückblick auf ihre Erfahrungen von 1936-1939. Sie begann ihre Ausführungen mit den Worten[1]: *"Wir haben gesagt, daß wir, nachdem wir die Julitage 1936 in Barcelona erlebt hatten, ruhig sterben konnten, denn wir würden nie wieder etwas Vergleichbares erleben. In der Tat: Das großartige Schauspiel eines Volkes, das sich spontan auf die Straße warf, ohne Waffen oder nur mit denen, die es durch den Überfall auf Kasernen ergattern konnte, bei nur mangelhafter Unterstützung durch die legale Regierung, eines Volkes, das sich den aufständischen Militärs entgegenwarf, sie schlug und besiegte, das sieht man kein zweites Mal in einem Leben."*

Diese Einschätzung Federica Montsenys läßt deutlich werden, daß Anarchisten bis heute eine Art Mythos um die Volksaktionen vom Sommer 1936 aufrechterhalten, insbesondere um die Haltung ihrer eigenen millionenstarken Organisation, der CNT. Es ist zweifellos richtig, daß im Juli 1936 in Spanien das geschah, was 1922 in Italien und 1933 in Deutschland unterblieb: der mutige und entschiedene Widerstand gegen die Machtergreifung der Rechten. Federica Montseny selbst ist jedoch ein gutes Beispiel dafür, daß der Einsatz der Anarchisten im Straßenkampf und in Milizen sowie bei den Kollektivierungen und Sozialisierungen der folgenden Monate die Rolle der Anarchisten im Bürgerkrieg nur unvollständig reflektiert. Vor allem versperrt der einseitige Blick auf die "heroischen" Aspekte des Bürgerkriegsanarchismus - etwa die Konzentration auf das "konstruktive Werk der spanischen Revolution" (Gaston Leval) - den Zugang zu jenen im Anarchismus selbst angelegten Problemen, deren Kenntnis jedoch unabdingbare Voraussetzung zum Verständnis des anarchistischen Niedergangs in der zweiten Bürgerkriegshälfte ist.

Wenn im folgenden schwerpunktmäßig auf das Verhältnis des spanischen Anarchismus zum Staat im sozialhistorischen Kontext des Bürgerkrieges eingegangen wird, so deshalb, weil diese Thematik einen Aspekt in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt, der bei der Analyse des Anarchismus zumeist zu kurz kommt. In der vorliegenden Literatur werden vor allem zwei Elemente hervorgehoben, die als Erklärungsfaktoren für den Rückgang der Revolution und den Positionsverlust des Anarchismus in den Jahren 1937 und 1938 angeführt werden: zum einen der Vormarsch der franquistischen Truppen, die alle revolutionären Errungenschaften in der republikanischen Zone zunichte machte; zum anderen die Haltung der Volksfrontregierung, insbesondere der Kommunistischen Partei, die sich ebenfalls gegen die soziale Revolution in der republikanischen Zone wandte und durch dieses Verhalten zu einem Versanden der Revolution beitrug. So richtig diese beiden Faktoren sind, so unvollständig sind sie zugleich bei dem Versuch, den Niedergang der Revolution in all seinen Aspekten zu erklären. Hierzu bedarf es eines dritten Aspektes, der im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen soll: die Frage nach den *inneren Widersprüchen der anarchistischen Bewegung* und die Auswirkungen dieser Widersprüche auf Strategie und Taktik des Anarchismus im Bürgerkrieg.

Dabei sei einleitend deutlich das erkenntnisleitende Interesse des folgenden Beitrages formuliert: Es geht nicht darum, in polemischer Absicht die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis im spanischen Anarchismus aufzuzeigen, den Mythos des angeblich "guten" Anarchismus zu zerstören, der den "bösen" Kräften aus dem eigenen und gegnerischen Lager deswegen erlegen ist, weil er sich primär dem revolutionären Aufbau einer neuen Gesellschaft widmete und dabei in naiver Verkennung der realpolitischen Situation die Entwicklung von Abwehrpositionen und Offensivstrategien vernachlässigte. Der Beitrag verfolgt eine viel bescheidenere Absicht: Durch Betonung eines bisher eher vernachlässigten Aspektes sollen den zumeist herausgestellten "exogenen" Gründen für den Niedergang der Revolution nunmehr "endogene", in der anarchistischen Bewegung selbst liegende Gründe hinzugefügt werden. Erst dadurch wird ein historisch-kritischer Zugang zum Gesamtphänomen der "Sozialen Revolution" im Spanischen Bürgerkrieg möglich; nur eine vorurteilslose Analyse *aller* Positionen, auch und gerade der anarchistischen, verhindert die Entstehung unhistorischer Legenden[2], an denen Anarchisten selbst am wenigsten interessiert sein dürften.

Bis zum Bürgerkrieg von 1936-1939 war in Spanien der Anarchosyndikalismus die wahrscheinlich größte Organisation der Arbeiterschaft. Die Massenbewegung verlor während des Krieges an Bedeutung, wurde nach dem franquistischen Sieg im Landesinneren nahezu völlig zerschlagen und erlebte kurz nach der Wiederzulassung der Gewerkschaftsfreiheit in Spanien (1977) nur eine kurze (Schein-)Blüte, bevor sie sich spaltete, in ideologische Grabenkämpfe verwickelte und sich selbst zur Einflußlosigkeit verurteilte. Bedeutsam für die Entwicklung der Organisation während des Franquismus und danach war vor allem das Verhalten der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT) im Krieg: ihr Eintritt in die Regional- und Zentralregierungen, ihre partielle Hintanstellung der 'Sozialen Revolution' zugunsten des militärischen Sieges, ihr allmählicher Politisierungsprozeß. Für viele Basismitglieder hatten damit die "Verantwortlichen" der Organisation ihre Glaubwürdigkeit verloren, die ideologischen Gegner des Anarchosyndikalismus sahen sich in ihren früher bereits vorgebrachten Kritiken an der Untauglichkeit der anarchosyndikalistischen "Lehre" als Orientierung für praktisches Handeln bestätigt. Innerhalb der libertären Bewegung selbst reaktivierten der Sündenfall des Regierungseintritts und die "reformistische" Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften und Parteien alte Flügelkämpfe, die wie ein roter Faden die Geschichte des spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus durchziehen.

Alle anarchistischen Autoren, die sich selbstkritisch mit ihrer Bewegung und deren Rolle in der neueren Geschichte Spaniens auseinandersetzen, weisen auf die mangelnde Übereinstimmung der Anarchisten in der Konzeption und Realisation des angestrebten Zustandes hin, den die Gewerkschaft CNT und die "rein" anarchistische Federación Anar-

quista Ibérica (FAI) übereinstimmend "libertärer Kommunismus" nannten. Inner-anarchistische Auseinandersetzungen und fehlender Konsens in ideologischen und praktischen Fragen lassen sich bis in die Anfänge der Bewegung zurückverfolgen: Bereits auf dem ersten spanischen Arbeiterkongreß 1870 in Barcelona wurde das Programm der Juraföderation erst nach einer Kampfabstimmung angenommen, die bereits den zukünftigen Dissens zwischen 'Reformisten' und revolutionären Aktivisten vorwegnahm. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Flügeln ließen in den folgenden Jahrzehnten nicht nach, sondern wurden eher verschärft und erreichten in den Jahren der II. Republik (1931-1936/39) einen Höhepunkt. 1931 zerbrach die anarchosyndikalistische Gewerkschaft gar, und das Verhältnis zwischen der CNT und der FAI war niemals ungetrübt. Es bedürfte einer genaueren und ausführlicheren Analyse, um in jedem Einzelfall die Gründe der Divergenzen herauszuarbeiten; allgemein läßt sich jedoch so viel sagen, daß sie in engerem oder weiterem Sinne alle um die Frage von Strategie und Taktik drehten, um das Problem somit, ob der "Endzustand des 'libertären Kommunismus' allmählich und quasi-reformistisch oder unmittelbar, sozusagen als Willensakt des revolutionären Geistes zu erreichen sei. Auf dem Zaragozakongreß vom Mai 1936 kam es zwar zur Wiedervereinigung der abgespaltenen "Oppositionsgewerkschaften", ideologische Differenzen blieben im Schoß der libertären Bewegung jedoch weiterbestehen.[3]

Der Beginn des Bürgerkriges überraschte den spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus somit in einer Entwicklungsphase, in der (rein äußerlich) die Einheit der Bewegung hergestellt war, in der faktisch aber wichtige Fragen bezüglich der angestrebten Revolution unentschieden waren; diese Ambivalenz sollte erhebliche Rückwirkungen auf jene zugleich mit dem Bürgerkrieg einsetzende 'Soziale Revolution' haben, deren Träger in den republikanisch gebliebenen Landesteilen vor allem die in der CNT gewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren. In einigen Landesteilen wurde innerhalb weniger Wochen das bestehende politische, soziale und ökonomische System weitgehend abgeschafft und die traditionelle Form der Herrschaft liquidiert. Die Regierungen in Madrid und Barcelona blieben zwar bestehen, die tatsächliche Machtausübung aber ging (vorübergehend) an neue soziale Gruppen und Institutionen über.

Als sich nach der Niederschlagung des Militärputsches am 19. Juli 1936 die 'Soziale Revolution' unkoordiniert und unkontrolliert wie ein Lauffeuer über weite Teile des republikanischen Territoriums ausbreitete, stellte sich für die Träger dieser Revolution nicht nur die Frage der wirtschaftlichen Neustrukturierung auf kollektivistischer Grundlage; zugleich galt es, das politische Verhältnis des organisierten Anarchismus zum bisher radikal abgelehnten Staat neu zu bestimmen. Der Militäraufstand hatte den Staat in seinen Grundfesten erschüttert; die Institutionen, in denen die Anarchisten den Unterdrückungsapparat "Staat" symbolisiert sahen - Polizei, Heer, Verwaltung, Regierung - bestanden nicht mehr, waren machtlos oder in Auflösung begriffen. In dieser kritischen Situation mußte die weitere Entwicklung davon abhängen, wie sich die realen Machtträger, d.h. die anarchosyndikalistischen Organisationen der Arbeiter, verhalten würden: Sollten sie den Staat vollends zerschlagen und – entsprechend ihrem Vorentwurf – durch horizontal und vertikal miteinander verbundene Produzentenvereinigungen und Selbstverwaltungsorgane miteinander ersetzen? Den anarchistischen und anarchosyndikalistischen Komitees war sofort klar, daß sich in der historischen Situation des fehlgeschlagenen Militäraufstandes die erste (und wohl einmalige) Chance bot, den seit Jahrzehnten programmatisch verkündeten "freiheitlichen Kommunismus" zu realisieren.

Diesen Vorentwurf in den Wirren der ersten Kriegs- und Revolutionstage zu realisieren, konnte nicht schwierig erscheinen. Alle zeitgenössischen Beobachter stimmen darin überein, daß am 19. Juli 1936 der republikanische Staat praktisch zusammengebrochen war und die Macht auf der Straße lag. Die Bedingungen zur Durchsetzung des freiheitlichen Kommunismus schienen ideal.

Betrachtet man demgegenüber die soziopolitische Konstellation ein Jahr nach Kriegsbeginn, so fällt die augenscheinliche Umkehrung der Ausgangssituation ins Auge. Die vor allem im Osten des Landes (Katalonien, Aragonien, Levante) nahezu allmächtige und auch in anderen Landesteilen einflußreiche CNT war Mitte 1937 politisch ausgeschaltet, sozial und wirtschaftlich marginalisiert, innerlich zerstritten, nach außen geschwächt. Die zuvor fast einflußlosen Kommunisten waren zur bedeutendste Partei im republikanischen Herrschaftsgebiet geworden und konnten in der Volksfrontregierung schon seit längerem ihren Willen durchsetzen. Vor allem aber: Das zusammengebrochene Staatswesen hatte sich erstaunlich schnell wieder aufgerichtet, Regierungschef Juan Negrin hielt als "starker Mann" der Republik die Zügel straff in der Hand, die Revolution war auf allen Gebieten zurückgedrängt, z.T. gewaltsam liquidiert worden.

Aus der Gegenüberstellung der Machtrelationen im Sommer 1936 bzw. 1937 und der auffälligen Veränderung, die das Verhältnis von Staat und Revolution im Vergleichszeitraum erfuhr, ergibt sich die Frage nach den Gründen für diesen Wandel sowie nach den Stationen, die in diesem Prozeß des Niedergangs der Revolution und der Restauration des Staates durchlaufen worden sind.

Als die Anarchisten nach der Niederschlagung rebellierender Truppenteile in einigen Gegenden Spaniens im Juli 1936 sehr schnell erkannten, daß die vollständige Realisierung ihres Gesellschaftsprogramms einer anarchistischen Diktatur gleichkommen würde, entschlossen sie sich, unter Mißachtung ihrer Ideologie und jahrzehntelangen antistaatlichen Praxis, zur Zusammenarbeit mit Regierung und Staat. Entscheidend für die Fortentwicklung der anarchistischen Revolution war dabei die Frage sowohl nach der Organisation dieser Zusammenarbeit als auch nach den Veränderungen, denen die Macht der Anarchisten im Kriegs- und Revolutionsverlauf unterzogen sein würde - eine Frage, die mutatis mutandis auch für die Russische Revolution gestellt worden ist.[4]

Der Anarchist Juan Garicía Oliver, der später Justizministerr der Republik wurde, hat in einem Rückblick die Entscheidungssituation von CNT und FAI deutlich werden lassen. Für ihn standen zur Alternative: "Entweder freiheitlicher Kommunismus, was einer



Magazin der Frauenorganisation Mujeres Libres (Freie Frauen)

anarchistischen Diktatur gleichkam, oder Demokratie, was Zusammenarbeit bedeutete."[5] Die katalanischen CNT-Bezirkskomitees beschlossen, mit den übrigen 'antifaschistischen' Kräften in einem gemeinsamen Gremium, dem Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen, zusammenzuarbeiten. Damit gewann - wenige Wochen nach dem "radikalen" Zaragozakongreß der CNT, auf dem die anarchistisch-orthodoxe Linie der FAI sich voll durchgesetzt hatte - jener "revisionistische" Flügel des organisierten Anarchismus die Oberhand, der schon seit längerem darauf hingewiesen hatte, daß der Übergang vom Kapitalismus zum herrschaftsfreien Kommunismus nicht vorbehaltlos vollzogen werden könne. Mit einem Schlag wurde den katalanischen Anarchisten deutlich, daß sie keine Strategie als Handlungsanleitung für die Phase des Übergangs von einer Gesellschaftsordnung in die andere entwickelt hatten.

Ihre Entscheidung, mit der Regierung und den politischen Parteien zusammenzuarbeiten, war der Anfang einer ideologischen Entwicklung, die nicht nur zur Akzeptierung des Staatsapparates und der Regierung, sondern konsequenterweise auch zur Teilhabe an der Macht führte. Der Gesinnungswandel von absoluter Ablehnung des Staates über dessen (durch die Ausnahmesituation des Krieges bedingten) Hinnahme bis zu seiner Stärkung und Verteidigung verlief in deutlich unterscheidbaren Stufen: Das katalanische Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen konstituierte sich zwar als 'revolutionäres' Machtorgan, arbeitete de facto aber - was sich schon aus seiner personellen Zusammensetzung ergab - von Anfang an mit der Regierung zusammen. Sehr schnell erkannten die Anarchisten auch, daß ihr eigentliches Anliegen, nämlich das beschleunigte Vorantreiben der Sozialen Revolution, zum großen Teil eine Macht-Frage war, daß also die Ablehnung jeglicher Herrschaftsausübung von ihren ideologischen Gegnern im republikanischen Lager gegen sie verwendet werden konnte (und wurde). In einem zweiten Schritt forderten sie daher die Einsetzung eines "Nationalen Verteidigungsrates"[6], der an die Stelle der Regierung treten sollte. In diesem Organ (das nichts anderes als eine Regierung mit anderer Bezeichnung gewesen wäre) sollte die CNT mit der UGT und den Republikanern unter Vorsitz des UGT-Führers Francisco Largo Caballero verantwortliche Posten übernehmen. Als dieser Plan einer Gewerkschaftsregierung am Widerstand aller politischen Lager sowie des liberalen Staatspräsidenten Manuel Azana scheiterte, waren die Anarchisten (bezeichnenderweise zuerst in Katalonien) bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie setzten zwar durch, daß die Regionalregierung *Generalitat* in Zukunft die revolutionäre Bezeichnung "Rat" (*Consejo*) erhielt, änderten jedoch nichts am exekutiven Charakter dieser Institution. Mit ihrer Regierungsbeteiligung hatten die Anarchisten nicht nur verbal, sondern auch faktisch eines ihrer Prinzipien durchbrochen. Es lag in der Konsequenz dieser Entwicklung, daß sie – als letzte Phase in dem einmal begonnenen Anpassungsprozeß – weitere sechs Wochen später der Zentralregierung in Madrid beitraten.

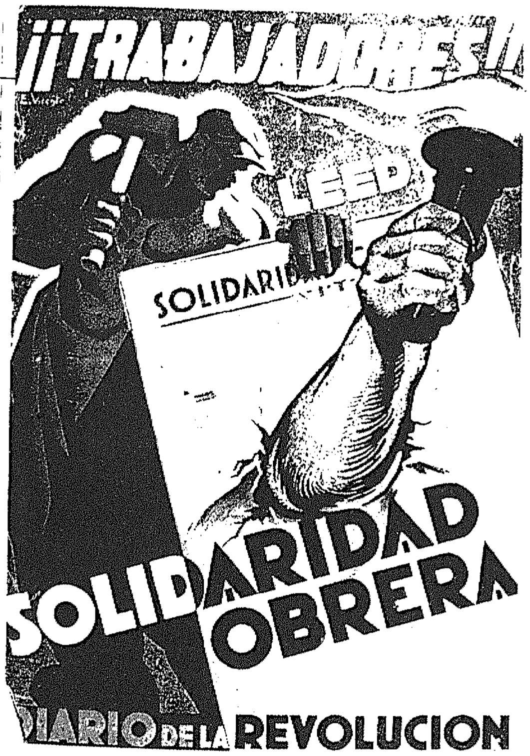
Der Politisierungsprozeß des organisierten Anarchismus Spaniens hat heftige Diskussionen im eigenen Lager, auf der Ebene des internationalen Anarchismus, bei den Gegnern der Anarchisten auf republikanischer und nationalistischer Seite und schließlich unter den Historikern jeglicher Couleur hervorgerufen[7]. Die Stellungnahmen reichen von überzeugter Zustimmung über sämtliche Schattierungen an Rechtfertigungen, Zweifeln, Einwendungen bis hin zu radikaler Ablehnung. Die Verunsicherung im anarchistischen Lager war nicht zu übersehen - ebenso-



Anarchistisches Theoriemagazin



Organ der anarchosyndikalistischen Jugend F.I.J.L.

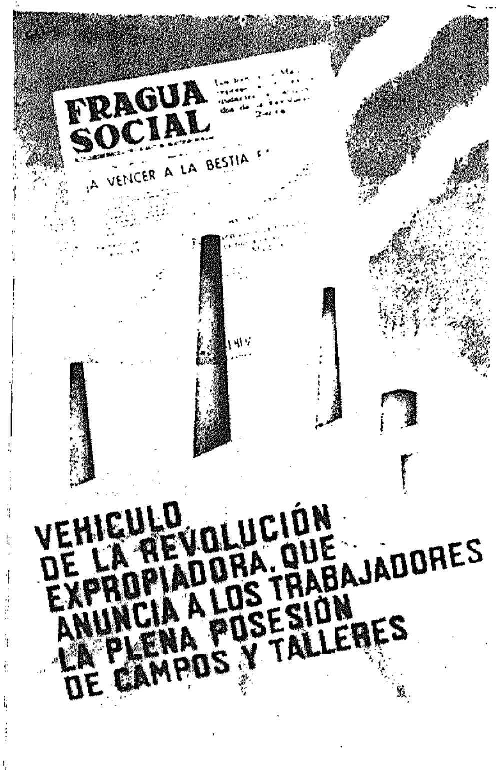


Organ der Katalanischen CNT

wenig wie das Hohngelächter der anarchistischen Gegner zu überhören war, die im Regierungseintritt von CNT und FAI nicht eine ausnahmebedingte Taktik, sondern das faktische Eingeständnis der Niederlage der antistaatlichen und antipolitischen Einstellung sahen.

Als die CNT/FAI-Minister die Regierung verlassen hatten, legten sie öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Der Bericht Federcia Montsenys[8] zeigt exemplarisch die Zweifel, Gewissensbisse und inneren Widersprüche auf, die die Teilnahme an der Macht für den Anarchismus mit sich brachte. Er macht zugleich deutlich, daß den Anarchisten infolge ihrer früheren radikalen Ablehnung der bestehenden (Staats-)Ordnung jegliche Kenntnis der Regierungsgeschäfte und der Staatsverwaltung fehlte; diese politische Unkenntnis wurde von Republikanern und Kommunisten im Mai 1937 dazu verwendet, die Anarchisten wieder aus der Regierung auszuboten. Als die CNT/FAI im September bzw. November 1936 Regierungsverantwortung übernahmen, befand sich die Soziale Revolution auf dem Höhepunkt. Es lag daher im Interesse aller republikanischen (nicht-anarchistischen) Organisationen, durch Integration des Anarchismus in das bestehende Staatsgefüge und Übertragung von Verantwortung eine gemäßigtere Haltung der Führungsgremien und damit eine Eindämmung der Radikalität an der Basis zu erzielen. Diese Rechnung ist letzten Endes auch aufgegangen. Die anarchistischen Minister trugen selbst zur "Legalisierung" der revolutionären Errungenschaften bei; dies bedeutete in den meisten Fällen jedoch Kontrolle, Kompetenzeingrenzung der Basisorgane, Mitspracherecht des Staates, Zurückdrängung der Revolution.

Organ der CNT Valencias



Ein Beispiel hierfür ist die Ersetzung der in den ersten Kriegstagen spontan entstandenen Komitees, in denen zumeist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter tonangebend waren, durch Gemeinderäte, deren Mitglieder jedoch nicht gewählt, sondern von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen proportional zu ihrer jeweiligen Stärke am Ort delegiert wurden. Diese folgenreiche Umstrukturierung lokaler Leitungsorgane wurde in Katalonien bereits am 5.Oktober 1936, für das restliche republikanische Territorium am 4.Januar 1937 dekretiert. Obwohl dies für die Anarchisten in den meisten Fällen eine Machteinbuße darstellen mußte, akzeptierten sie die Regierungsmaßnahmen; sie wiesen lediglich in einem Rundschreiben[9] ihre Lokalorganisationen an, auf die proportionale Verteilung der Posten in den neuen Gremien zu achten. Die Anarchisten hatten vom Kabinett aus miterlebt, wie die Ortskomitees als nahezu autonome Lokal-"Regierungen" ihre eigene Politik betrieben, Regierungserlässe mißachteten und auf örtlicher Ebene zahlreiche staatliche Funktionen usurpierten. Schließlich stimmten die CNT-Minister der vor allem von kommunistischer und republikanischer Seite geforderten Auflösung der Lokalkomitees zu. Die anarchistische "Basis" wiederum konnte sich nur ungleich schwieriger als früher dem Erlaß einer Regierung widersetzen, in der ihre eigenen Vertreter saßen. Die disziplinierende Wirkung der anarchistischen Regierungsbeteiligung ist offensichtlich. Sie läßt sich ebenso deutlich an einem weiteren Beispiel ablesen:

Als es Anfang Mai 1937 in Barcelona zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Anarchisten kam, fuhren die CNT-Minister nach Barcelona, wirkten mäßigend auf ihre dortigen Genossen ein und trugen dadurch zur Beilegung des Konfliktes bei[10]. Nachträglich haben sich Anarchisten vorgeworfen, versöhnend in den Straßenkampf eingegriffen zu haben[11], da ausschließlich Kommunisten und Republikaner Nutzen aus diesem Eingriff gezogen hätten. In unmittelbarem Zusammenhang damit standen auch Krise und Fall der Regierung Largo Caballero und das Ausscheiden der Anarchisten aus dem Kabinett. Inzwischen aber konnte das anarchistische Abseitsstehen vom politischen Geschehen relativ gefahrlos verwunden werden: Die Machtrelationen hatten sich im Frühsommer 1937 gegenüber Herbst 1936 grundsätzlich geändert. Durch die Internationalisierung und Verlängerung des Krieges, hatten die Kommunisten, dank ihrer Verbindung zum Waffenlieferanten Moskau, derart an Einfluß und Macht gewonnen, daß sie von einem gelegentlichen Aufbäumen der (ideologisch verunsicherten) Anarchisten nichts mehr zu befürchten hatten.

In historischer Perspektive führte der Regierungseintritt von CNT und FAI somit nicht nur zu einer Identitätskrise der libertären Bewegung, sondern trug zugleich direkt zur Domestizierung der Revolution und indirekt zur Machterweiterung der Kommunisten bei. Nach seinem Ausscheiden aus dem republikanischen Industrieministerium gestand

Joan Peiró öffentlich ein: *"Wir sind so ehrlich gewesen, daß wir uns wie ausgesprochene Naivlinge benommen haben."* [12] Diese Einsicht führte bei den Anarchisten jedoch nicht zur Rückbesinnung auf ihre revolutionäre Tradition der direkten Aktion, des Antipolitizismus und der Staatsverneinung - auch dann nicht, als die Angriffe auf die revolutionären Errungenschaften, wie etwa in Aragonien, immer massiver wurden. Das Millionenpotential von CNT/FAI blieb im innerrepublikanischen Machtkampf ungenutzt. Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft begnügte sich mit verbalen Protesten und der Drohung, ihre Mitglieder aus allen Komitees zurückzuziehen, wenn die antifaschistischen Organisationen nicht unverzüglich an die "Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms"[13] gingen. Zu diesem Zeitpunkt (Herbst 1937) wurden allerdings derartige Drohungen nicht mehr ernst genommen, da von ihnen nichts Ernstes zu befürchten war. Der spanische Anarchismus hatte den Höhepunkt seiner Macht überschritten.

Neben das katalanische Zentralkomitee und die Unzahl revolutionärer Komitees auf lokaler Ebene trat in Aragonien ein drittes Organ, das sich einerseits als Revolutionsinstrument, andererseits als Keimzelle eines neuen Staatsaufbaus verstand: der "Regionale Verteidigungsrat", der Consejo Regional de Defensa de Aragón[14]. Als die CNT Ende September 1936 auf einer Versammlung der Stadt- und Dorfkomitees im aragonesischen Bujaraloz die Einsetzung dieses regionalen Zentralorgans beschloß, in dem ausschließlich Anarchosyndikalisten vertreten waren, verfolgte sie damit (nach eigenen Angaben) die Absicht, die Willkür katalanischer Milizkolonnen zu beenden, die in Aragonien "wie in erobertem Gebiet" hausten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf überlokaler Ebene zu effektivieren und die militärischen Aktionen, vor allem zur Rückeroberung der Hauptstadt Zaragoza, zu koordinieren.

Die Bildung einer de-facto-Regionalregierung der Anarchisten entsprach deren Tradition isoliert-unkoordinierten Vorgehens: Die aragonesische CNT-Regionalföderation hatte ihre Absicht weder mit der benachbarten katalanischen Regionalregierung, in der zu diesem Zeitpunkt bereits CNT-Vertreter saßen, noch mit dem CNT-Nationalkomitee abgestimmt. Daß die Stalinisten des Partido Comunista de España (PCE) sich mit diesem fait accompli nicht abfinden würden, war abzusehen; vorläufig mußten sie aber - wegen ihrer geringen Stärke in Aragonien - noch zurückhaltend taktieren. Anfang November 1936 ersuchte der Regionalrat die Zentralregierung um seine Anerkennung und betonte dabei seine "absolute Identifizierung mit der Regierung der Republik"[15]. Regierungschef Largo Caballero und Staatspräsident Azana zeigten sich der Idee einer Regionalregierung gegenüber nicht abgeneigt, forderten aber die Einbeziehung aller Volksfront-Organisationen. Der neustrukturierte Verteidigungsrat, der am 17. Dezember 1936 gegen den Willen der Kommunisten offiziell anerkannt wurde, hatte Vertreter der Izquierda Republicana, der UGT, des PCE und des Partido Sindicalista aufgenommen; die CNT hatte nach wie vor die Schlüsselstellungen inne[16]. In den Monaten nach seiner Legalisierung nahm der Consejo de defensa unter der Leitung von Joaquin Ascaso den Wiederaufbau der nahezu zusammengebrochenen aragonesischen Wirtschaft in Angriff: Er organisierte Agrarkollektivwirtschaften, dehnte den Handel ins Ausland aus, erwarb Landwirtschaftsmaschinen und besorgte im Februar 1937 die Zusammenfassung aller agrarischen Kollektivwirtschaften zu einer Regionalorganisation.

Die Einsetzung des aragonesischen Verteidigungsrates stellte einen eklatanten Bruch mit der bisherigen Theorie und Vorkriegspraxis des spanischen Anarchismus dar. Der Rat übernahm sämtliche Funktionen einer Regionalregierung; im Gegensatz zur katalanischen Generalitat aber, die ihre Legitimation aus den Volksfrontwahlen vom Februar 1936 bezog, konnte der Aragonienrat nur auf eine Absprache innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsapparate und seine Sanktionierung durch die Zentralregierung verweisen; eine demokratische Legitimation fehlte ihm. Als nach dem republikanischen Regierungswechsel im Mai 1937 der Einfluß der Linkskräfte deutlich im Sinken begriffen war, setzte gleichzeitig eine geschickte, hauptsächlich von den Kommunisten geschürte, von Rechtssozialisten des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) und Republikanern mitgetragene Kampagne gegen den von der CNT majorisierten Verteidigungsrat ein. Am 11. August 1937 gab der offizielle Staatsanzeiger die Auflösung des Consejo bekannt; in den folgenden Tagen wurden von kommunistischen Truppen unter Enrique Lister viele Kollektivwirtschaften zerstört und CNT-Mitglieder aus den Gemeinderäten ausgeschlossen[17].

Mit der gewaltsamen Auflösung des Verteidigungsrates erreichte der "Restaurations"-Prozeß der zentralen Staatsgewalt seinen Höhepunkt; außerdem konnten die Kommunisten und ihre Volksfront-Verbündeten in ihrer Auseinandersetzung mit den Anarchisten einen deutlichen Sieg verbuchen. Ideologische Gegensätze treffen auf das Bestreben der Regierung nach Zentralisation der Militär- und Staatsgewalt und gehören zu den wichtigsten Bedingungsfaktoren für die Auflösung des Rates. Die Verschärfung der Kriegsführung und die Hinauszögerung des Kriegsendes akzentuierten die aus der spezifischen Konstellation der Klassenkräfte resultierenden inneren Schwächen der revolutionären Bewegung und trugen zu ihrem Niedergang bei.



Organ der FAI

Die Geschichte des revolutionären Syndikalismus im weiteren Kriegsverlauf war sowohl im machtpolitischen wie im ideologischen Bereich weitgehend ein Rückzugsgefecht. Auf wirtschaftlichem Sektor wurden die Anarchisten marginalisiert, auf politischem zum größten Teil ausgeschaltet; revolutionäre Errungenschaften (etwa kollektivierte Betriebe) blieben zwar bis Kriegsende bestehen, unterlagen aber staatlicher Kontrolle. Bedeutsam angesichts dieses effektiven Machtverlustes ist die Reaktion der CNT: Sie mobilisierte nicht etwa ihre Massengefolgschaft, besann sich nicht auf bisher proklamierte Mittel und Ziele, sondern flüchtete in einen verbalen Eskapismus, der deutlich werden läßt, daß sie schließlich nur noch eine Position der Selbstrechtfertigung zu verteidigen suchte.

Daß die vom Krieg allen Organisationen des republikanischen Spanien aufgenötigte Zentralisierung, Bürokratisierung und Hierarchisierung auch vor dem organisierten Anarchismus nicht haltzumachen brauchte, war auf den Politisierungsprozeß zurückzuführen, der in CNT und FAI bereits in den ersten Tagen nach dem 19. Juli 1936 eingesetzt hatte und im Juli 1937 zur Preisgabe wesentlicher Grundpositionen des klassischen spanischen Anarchismus führte[18]. Die damals in Valencia von der FAI verabschiedete Resolution lehnte, obwohl ein Verzicht auf das angestrebte Endziel des herrschaftsfreien Kommunismus explizit zurückgewiesen wurde, den Staat nicht mehr schlechthin ab; die Anarchisten bezeichneten sich nurmehr als "Feinde der Diktatoren" und der "totalitären Regierungsform", forderten ihre Mitglieder jedoch zur Mitarbeit in bestehenden Staatsinstitutionen auf. "Entgegen unserer ablehnenden Haltung in der Vergangenheit ist es Pflicht aller Anarchisten, in all jenen öffentlichen Institutionen mitzuwirken, die dazu beitragen können, die neuen Verhältnisse zu befestigen und voranzutreiben."[19]

Allerdings fanden sich nicht alle Anarchisten mit dieser Haltung ab. So fanden etwa die (in der libertären Bewegung schon "traditionellen") ideologischen Auseinandersetzungen über das "Wesen" des "wahren" Anarchismus ihre Fortsetzung in dem Prinzipienstreit zwischen den anarchistischen Gremien und der Jugendorganisation *Juventudes Libertarias*. In einer wahrscheinlich Ende 1937 erschienenen Broschüre[20] warfen die drei Anarchisten Santana Calero, Severino Campos und José Peirats den "kleinen Chefs" ihrer Organisation Verrat an den "ideologischen Prinzipien des Anarchismus" vor. Die Autoren wandten sich dagegen, daß unter dem Vorwand: 'Die Umstände erfordern es' der Anarchismus in seinen Grundprinzipien verletzt wurde. Sie selbst verstanden sich als Sprachrohr der "überlegten Opposition des bewußten Teils der libertären Bewegung"; ihre Kritik richtete sich sowohl gegen die "ideologische Desorientiertheit" und die "Anarcholeninisten" als auch gegen den "Autoritarismus", der im anarchistischen Lager keine abweichende Meinung mehr zulasse. Die anarchistische Jugendorganisation konnte allerdings mit dieser Stellungnahme - die sich etwa mit der Position der *Amigos de Durruti* vergleichen ließe[21] - keine Revision der anarchosyndikalistischen Position mehr erreichen. Diese hatte durch den katalanischen Entschluß vom 20. Juli 1936 zur Zusammenarbeit mit den anderen republikanischen Kräften ihre entscheidende Weichenstellung erfahren. As sich die Linkskräfte damals zum Verzicht auf die radikale Durchführung ihres revolutionären Programms entschlossen, ermöglichten sie nicht nur ihre allmähliche Integration in das Staatswesen, sondern leiteten außerdem einen Prozeß ein, der seine inhaltliche Bestimmung in Zentralisierung, Bürokratisierung, Hierarchisierung und Politisierung der anarchistischen Organisationen fand.

Dieser Prozeß lief parallel zu einer zunehmenden Distanzierung zwischen anarchistischer Gewerkschafts-"Basis" und CNT/FAI-"Führungsgremien"; diese Distanzierung wird in der neueren Forschung als ein wichtiger Grund für den Einflußverlust des Anarchismus gegenüber den restaurativen Kräften hervorgehoben. Noch während des Krieges, im Jahre 1938, schrieb Diego Abad de Santillán selbstkritisch (auf seine Organisation und sich selbst bezogen): "In allen Revolutionen versuchen die fortschrittlichen Minderheiten, so weit wie möglich auf dem Gebiet der Realisierung, der Zerstörung des alten Regimes und des Aufbaus neuer Lebensformen voranzuschreiten. In der spanischen Revolution haben diese Minderheiten nicht sozialen Fort-, sondern Rückschritt ermöglicht (...) In Spanien gab es eine breite Masse, die die Revolution wollte, und es gab sogenannte Führungsminderheiten, unter denen sich auch die unsrige befand, die zum Erreichen dieses Zieles nicht nur nicht angesport und aufgerufen und es somit ermöglicht haben, sondern die diesem Bestreben außerdem mit allen Mitteln die Flügel stutzten."[22]

Unter dem Schlagwort der nationalen Verteidigung und des nationalrevolutionären Krieges gegen den internationalen Faschismus wurde dem Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg sehr schnell ein politischer Burgfriede aufgenötigt, dessen Konsequenzen für den Fortgang der Revolution er aus politischer Naivität zuerst verkannte und schließlich nicht verhindern konnte. Das Prinzip der von den Volksfrontparteien verfochtenen Legalität konnte sich allmählich gegen das radikaldemokratisch interpretierte Prinzip der legitimen Volkssouveränität durchsetzen. Ihre Forderung nach politischer und militärischer Entscheidungszentralisierung, Wiederabschaffung der revolutionären Machtorgane und Kompetenzerweiterung staatlicher Instanzen konnten die Volksfrontparteien mit dem einleuchtenden Argument begründen, die neuen Elemente der Wirtschaftsstruktur und des politischen Systems funktional und effizient aufeinander abstimmen zu wollen; zu lange übersahen die sozialrevolutionären Kräfte "den unaufhebbaren Zusammenhang der ökonomischen mit der politischen Aktion in jeder, vor allem aber in der revolutionären Phase des proletarischen Klassenkampfes"[23]. Im sozialpolitischen Kontext des Spanischen Bürgerkrieges, in dem der Staat immer mehr in den sozialen und ökonomischen Bereich eingriff, vernachlässigten die Revolutionäre, allen voran die Anarchisten, in den machtpolitisch weichenstellenden Monaten den staatlichen Bereich, was nicht nur zu ihrer baldigen Ausbootung aus allen Schaltstellen der republikanischen Politik, sondern außerdem zur rapiden Restauration des Staatsapparates und letztlich zum Niedergang der Revolution führte. Sie versäumten es, den spontanen Massenaufbruch vom Juli 1936 in Organisationsformen

hinüberzuführen, die die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften gesichert und ein Weiterführen der Revolution ermöglicht hätten.

Statt dessen leisteten die Anarchisten durch ihren (inzwischen heftig von ihnen selbst kritisierten) colaboracionismo und den Regierungseintritt, durch den sie des "Nimbus der totalen Alternative"24 verlustig gingen, der Entwicklung zum starken Staat Vorschub. Wesentliche Stationen dieser Entwicklung waren die Zusammenarbeit zwischen Revolutionären und Vertretern der alten Ordnung in "halbstaatlichen" Organen (z.B. dem katalanischen Milizkomitee), die Regierungsbeteiligung der Anarchisten, Linkssozialisten und antistaatlichen Marxisten, der Aufbau der neuen Volksarmee im traditionell-militärischen Stil, die Schaffung eines straffen Polizeiapparates unter Regierungskontrolle, die Ablösung der lokalen Revolutionskomitees durch "von oben" eingesetzte Verwaltungsorgane und die allmähliche, z.T. auch gewaltsame Auflösung aller in den Wirren der Revolutionsmonate entstandenen Institutionen (z.B. des Consejo de Aragón). Daß dieser Entwicklung zum "starken" Staat relativ wenige Hindernisse in den Weg gelegt wurden, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die breite Masse der revolutionären Anhängerschaft allmählich den im Namen der Staatsräson und unter Berücksichtigung der außenpolitischen Lage zusehends auch von ihren Vertretern vorgebrachten Argumenten der Mäßigung und Zurückhaltung erlag. Ohne eine klare Führung verlief der revolutionäre Impetus, dessen Träger ideologisch stark verunsichert waren, im Sande. In dem Maße, in dem die Spontaneität der Massen kanalisiert und kontrolliert wurde, nahm die Revolution von ihren ursprünglichen Zielen und theoretischen Entwürfen Abstand; sie engte ihren eigenen Aktionsraum ein und erweiterte damit das Wirkungsfeld des schließlich in nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche vordringenden Staates. Damit hatte sich gegen Ende des Krieges das Verhältnis Gesellschaft - Staat im Vergleich zu Juli 1936 nahezu vollständig zugunsten des Staates verkehrt.

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus dem 1996 neu aufgelegten Buch **"Mythen des Spanischen Bürgerkriegs"**, herausgegeben von Thomas Kleinspehn und Gottfried Mergner. Weitere Beiträge u.a. von Rudolf de Jong, Patrick von zur Mühlen, Carlos Ossorio/Gisela Hänel, Wolfgang Haug, Heribert Baumann, Karin Buselmeier, Friederike Kamann, Michael Rohrwasser, Hans-Peter Schmidtke und Reinhold Görling. 26.-DM. *Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau*

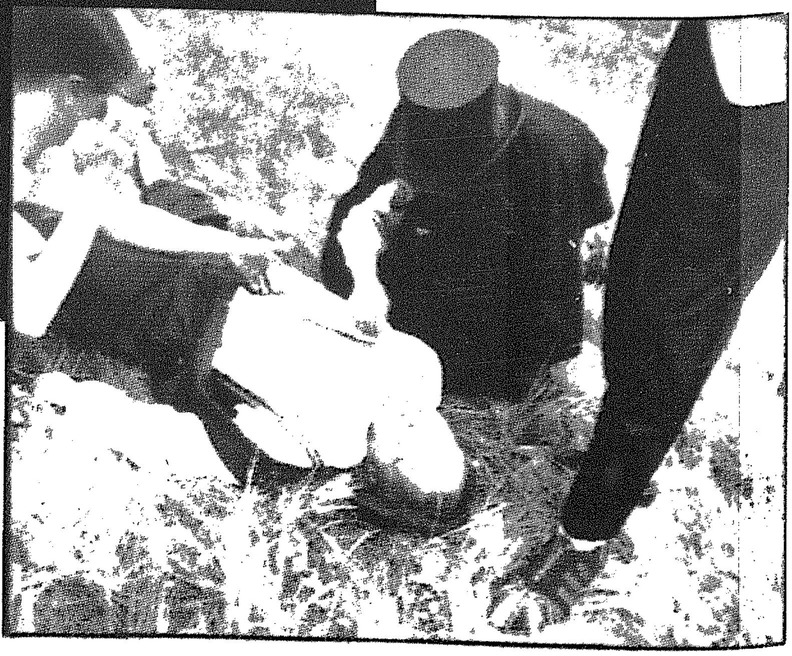
Anmerkungen zum Text:

1) Federica Montseny: Los días de euforia. In: El pais, 18.7.1986, S.14.
2) Ein geradezu typisches Beispiel für den Aufbau anarchistischer Legenden liefert Jörg Hallerbach in einem Beitrag, der Anlaß einer längeren Kontroverse wurde und, mitsamt der Replik und Gegenreplik, in einem Band zusammengefaßt vorliegt: Walther L. Bernecker/Jörg Hallerbach: Anarchismus als Alternative) Die Rolle der Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg. Eine Diskussion. Berlin 1986.
3) Zur Geschichte des spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus bis 1936 vgl. u.a. *Temma Kaplan*: Orígines sociales del anarquismo en Andalucía. Capitalismo agrario y lucha de clases en la provincia de Cádiz 1868-1903. Barcelona 1977; *Clara E. Lida:* Anarquismo y Revolución en la Espana del XIX. Madrid 1982; *Josep Termes:* Anarquismo y sindicalismo en Espana. La Primera Internacional (1864-1881). Barcelona 1972; *Murray Bookchin:* The Spanish Anarchists. The Heroic Years 1868-1936. New York 1977; *Eric J. Hobsbawn:* Sozialrebellen. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Neuwied 1962; *Antonio Elorza:* La utopia anarquista bajo la Segunda República. Madrid 1973; *César M. Lorenzo:* Los anarquistas espanoles y el poder. Paris 1972; *J. Alvarez Junco:* La ideologia politica del anarquismo espanol (1868-1910). Madrid 1976; *Walther L. Bernecker:* Strategien der "direkten Aktion" und der Gewaltanwendung im spanischen Anarchismus. In: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hgg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1982, S.108-134.
4) W. Pietsch: Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917-1922. Köln 1969.
5) Juan García Oliver: El Comité Central de las Milicias Antifascistas de Cataluna. In: De julio a julio. Valencia 1937, S.193ff.
6) Boletín de Información CNT-AIT-FAI v. 19.9.1936, Blatt 8f.
7) Hierzu César M. Lorenzo: Los anarquistas espanoles y el poder. Paris 1972; Juan Gómez Casas: Los anarquistas en el gobierno (1936-1939). Barcelona 1977; Monika Wojak: Das Verhältnis von Anarchisten zu linken Regierungen, dargestellt am Beispiel Katalonien 1936. Bremen o.J. 1978; Walther L. Bernecker: Anarchismus und Staat: Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939. Hamburg 1978; ders. (Hg.): Kollektivismus und Freiheit. München 1980.
8) Federica Montseny: Mi experienca en el Minsterio de Sanidad y Asistencia Social. Valencia 1937.
9) Confederación Regional del Trabajo de Levante: Circular n° 5 a todos los Sindicatos. In: Servicios Documentales Salamanca. PS Legajo 593 (M).
10) Federica Montseny: Mi experiencia (Anm.6).
11) Diego Abad de Santillán: Por qué perdimos la guerra. Barcelona 1977, S.209.
12) Boletín de Información CNT-AIT-FAI v. 15.6.1937, S.4.
13) Fernando Díaz-Plaja (Hg.): La guerra de Espana en sus documentos. Barcelona 1969, S.365f.
14) Zum Verteidigungsrat vgl. Ramón Salas Larrazabal: Historia del ejército popular de la República. Bd.1, Madrid 1973, S.999-1005.
15) José Peirats: La CNT en la Revolución Espanola. 3 Bde., Paris 1971, hier Bd.1, S.214.
16) Zur Zusammensetzung vgl. Boletín de Información CNT-AIT-FAI v. 24.12.1936, S.5; zur kommunistischen Haltung vgl. Historia del Partido Comunista de Espana (Versión abreviada). Paris 1960, S.158.
17) Zu den unmittelbaren Folgen der Auflösung des Verteidigungsrates vgl. (aus anarchistischer Sicht:) Documentos de la Revolución Espanola. 1. El PCE y la Unidad Antifascista. Valencia 1937; (aus kommunistischer Sicht:) Enrique Lister: Nuestra guerra. Aportaciones para una historia de la guerra nacionalrevolucionaria del pueblo espanol 1936-1939. Paris 1966, S.151-162.
18) Vgl. die Beschlüsse der Valencia-Versammlung von Juli 1937; FAI: Memoria del Pleno Peninsular de Regionales. Valencia 1937.
19) Ebda., S.38.
20) J. Santana Calero: Afirmación en la marcha. Apreciaciones anarquistas. Barcelona o.J., S.5ff.
21) Zu den "amigos de Durruti" vgl. Frank Mintz/Miguel Pecina: Los amigos de Durruti, los trotsquistas y los sucesos de mayo. Madrid 1978.
22) Diego Abad de Santillán: Artikel in "Timon" Nr.2, 1938, S.11.
23) Karl Korsch: Ökonomie und Politik im revolutionären Spanien. In: ders.: Schriften zur Sozialisierung, hg. von Erich Gerlach. Frankfurt 1969, S.113.
24) Erwin Oberländer (Hg.): Der Anarchismus. Olten 1972, S.53.

Die Befreiung der Gesellschaft von den Männlichkeiten

Paradigmenwechsel im Anarchismus?!

Erich landrocker mit Hilfe von petz und der Utopiegruppe Münster



In der Ausgabe der graswurzelrevolution (Nr.206) ist Andrea Maihofers Buch "Geschlecht als Existenzweise" vorgestellt worden. Damit hat die "sex/gender"-Diskussion nach der "interim" nun auch die GWR erreicht. Es gibt inzwischen einen Berg von Papieren, die sich genauso radikal wie akademisch mit dem "dekonstruktiven Feminismus" auseinandersetzen. Diese Artikel sind nicht nur deshalb schwer verständlich, weil sie das Selbst-Verständliche, daß wir entweder Frauen oder Männer sind, angreifen, sondern vor allem wegen dem SoziologInnendeutsch, welches allenfalls noch zum passiven Wortschatz höherer Fachsemester im Uni-Ghetto gehört.

Dennoch steht mit der Erkenntnis und den Konsequenzen der Konstruiertheit von Geschlecht ein Paradigmenwechsel im Anarchismus bevor. Unter Paradigmenwechsel verstehe ich, daß eine Theorie (z.B. der Anarchismus) neue Erklärungsmuster erhält, da die alten sich in der Praxis zunehmend als ineffektiv oder falsch erwiesen haben. Ich denke, daß die anarchistische Szene in der BRD stagniert und nicht begeisterungsfähig ist. Meine Erfahrung ist, daß anarchistische Zentren, Zeitungen, Gruppen, Zusammenhänge und Kongresse in der Praxis am patriarchalen Verhalten der Männer scheitern. In der Regel läuft dies so ab, daß zunächst ein Mann sich unerträglich sexistisch verhält, wogegen einige Frauen sich wehren - woraufhin die Männer aufgrund einer fehlenden profeministischen Struktur und mangelnder Auseinandersetzung mit dem Patriarchat kein angemessenes Verhalten hinkriegen, sondern sich wahlweise trotzig, hysterisch, gar nicht oder abgrenzend verhalten. Ich habe etliche Projekte so scheitern sehen und es werden sicherlich auch weiterhin anarchistische Projekte in genau dieser Form scheitern.

Mannarchismus oder Freiheit stur?

"Der Anarchismus stellt alles radikal infrage, auch sich selbst." Zitat aus Horst Stowassers *"Leben ohne Chef und Staat"*, das Anarchafeministinnen ihm in einem offenen Brief vorhielten.

Anarchismus heißt "gegen oder ohne Herrschaft". Und Herrschaft ist für mich etwas anderes als Macht, Gewalt, Intoleranz oder Unfreiheit. Was genau unter Herrschaft zu verstehen ist, darüber streiten sich die anarchistischen GeisterInnen. Ich kenne jedoch in der anarchistischen Szene niemandeN (außer Herrmann Cropp natürlich), der oder die abstreitet, daß das Patriarchat eine, wenn nicht sogar **die**, ursächliche Form von Herrschaft ist. Wer also von Anarchismus spricht, kann übers Patriarchat nicht schweigen.

Davon unbeeindruckt wühlen ältere anarchistische Theoretiker in den verstaubten Archiven des männlich-dominierten Anarchismus. In der Direkten Aktion 115 stellt "Thersites" kritisch zwei Musterexemplare männlicher Anarchisterei vor:

* Wolfram Beyer ist der Herausgeber von *"Anarchisten - Zur Aktualität anarchistischer Klassiker"*, wo acht männliche Autoren acht Anarchisten auf ihre Aktualität durchleuchten. Dieses Buch ist mit Sicherheit interessant für Männerforschungsstellen, deren Blicke sich auf die Biographen und nicht auf die Klassiker selbst richten würden...

* Zum anderen Buch, *"Prinzip Freiheit"* von Ulrich Klemm, bemerkt Thersites kritisch "...Anscheinend spielen in der Gesellschaft Frauen ebensowenig eine Rolle wie die alle Teilbereiche des Buches tangierende Geschlechterfrage..."

Ich kenne von Ulrich Klemm nur seinen Artikel in der AKAZ 7/95 "Prinzip: Gemeinschaft & Föderation...", an dem ich neben dem frauenfeindlichen Sprachstil zu bemängeln habe, daß alle 28 Literaturangaben männlichen Ursprungs sind. Nimmt sich Ulrich Klemm die Freiheit, aus Prinzip keine Artikel von Frauen zu lesen?

* Aber auch an Thersites, der (oder die?) nicht ganz so ignorant schreibt, habe ich Kritik. In der "Direkten Aktion

Foto: Jan Sandek

114" verfassten R.R./Thersites den längeren Artikel "Perspektiven des Anarchismus". Dort ist zu lesen "Freiheit und Solidarität (= soziale Gerechtigkeit) sind die Eckpfeiler der Anarchie". Wir seien doktrinär geworden und neigten zu Intoleranz - aber "für die Idee der persönlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit ist (...) gegenseitiges Tolerieren und Verständnis für die Motive und Handlungen meiner Genossinnen und Genossen die erste unumgängliche Voraussetzung." Auch anarchistische Männer und Frauen stehen in einem Herrschaftsverhältnis - von gegenseitiger Toleranz zu sprechen wäre ungefähr so, als würde die Atommafia sagen: ihr toleriert mein AKW und ich toleriere Euer Windrad...

Ich vermute, daß R.R. die Abkürzung für Rudolf Rocker ist und Thersites den alten Text lediglich umgeschrieben hat. Wenn dies stimmt, verdeutlicht dieser Trick umsomehr die Antiquiertheit des derzeit herrschenden anarchistischen Diskurses: seit Jahrzehnten nichts dazugelernt.

* Die zwanziger Jahre wären für *"Freiheit pur"*, dem neuen Wälzer von Horst Stowasser, ebenfalls ein angemessenes Erscheinungsjahr gewesen. Obwohl auch damals schon drei von vierhundert Seiten (=0,75%) zum Thema Patriarchat/Frauenbewegung ein wenig *wenig* gewesen wären. Es ist nicht nur schwierig überhaupt etwas über die Inhalte des Anarchismus zu erfahren - mal schreibt Horst Stowasser, daß die Struktur des Anarchismus wesentlich ist, mal sind die Inhalte wesentlich -, er begründet auch nicht, weshalb er die an einer Stelle aufgeführten Inhalte Gewaltfreiheit, Toleranz, Konsensprinzip, Dezentralität zu den "anarchistischen Essentials" zählt. Veganismus, Im-Sitzen-Pinkeln, eine Sprache, die Frauen mitbenennt, gehören jedenfalls seiner Meinung nach nicht zum Anarchismus. *(P.M., der Autor von bolo'bolo, dem Horst Stowasser die Broschüre "Projekt A" gewidmet hat, sieht dies übrigens inzwischen anders. So behauptet P.M., daß aufgrund des Patriarchats der "liberale Code", welcher ungefähr den anarchistischen Essentials entspricht, durch einen Code von sieben Punkten ergänzt werden muß, der das dominante Verhalten der Männer einschränken soll)* Wer was anderes behauptet, "hat von Anarchismus keine Ahnung". Dazu passt auch das Gerücht, daß im "Projekt A" (eine - jetzt mal *ohne* Ironie - faszinierende Idee von Horst Stowasser) in Neustadt zur Kampfabstimmung gegriffen wurde, wo auf diese Art eine sexistische Musikgruppe Zustimmung fand. Hätte ein Veto von Feministinnen gegen die Gruppe nicht gereicht? Oder ist Antisexismus derart unanarchistisch, daß auf "anarchistische Tugenden", wie das Konsensprinzip, verzichtet werden muß, um ihn zu verhindern?

* Im Kommunezusammenhang gibt es ebenfalls einen seit einem Jahr schwelenden Streit, ob Toleranz oder Antisexismus wichtiger sind in der Frage, ob das "Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" (ZEGG) in den Kommunezusammenhang gehört oder nicht. Bei diesem Streit ist ein gemeinsames Veto des FrauenLesben-Kommunetreffens gegen das ZEGG wirkungslos, da einige Männer angeblich wissen, wie ein Veto funktioniert: nämlich nur in gemischten Gruppen, d.h. unter Kontrolle der Männer.

Diese älteren anarchistischen Männer ver(sto)wässern den Anarchismus, präsentieren der Öffentlichkeit die vermeintlich anarchistische Essenz, die Toleranz, als Wundermittel, mit der einzig und allein der (M)Anarchismus gegen die wütenden pc-Angriffe gerettet werden könne. Vielleicht mag es in den USA eine moralisierende "political correctness"-Bewegung geben. Hier in Mitteleuropa kenne ich den Begriff jedoch entweder nur selbstironisch angewandt, z.B. "ich war im neuen James-Bond-Film, war zwar nicht pc aber spannend", oder aber als Begriff derjenigen, die gegen z.B. VeganerInnen oder Feministinnen wettern und ihnen mit dem pc-Begriff Verlogenheit, Egozentrismus bis Lustfeindlichkeit unterstellen wollen.

Was veranlaßt nun die älteren anarchistischen Männer, auf ihre Fahnen nicht (mehr) den Kampf gegen die Herrschaft (das Patriarchat) zu schreiben, sondern den Anarchismus auf eine liberale Form von gegenseitiger Toleranz zu reduzieren? Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation?

Postmoderne Toleranz

Wir leben angeblich in einer multikulturellen Gesellschaft. Multi-Kulti beschränkt sich auf die Exotik, Fallafeln essen zu können, ansonsten werden Menschen ohne "deutsches Blut" brutal bewertet, ausgebeutet und/oder abgeschoben. Die Vielfalt unserer Gesellschaft hat sehr feste Grenzen. Ebenso sieht die deutsche Medienlandschaft aus: tausend Programme - aber tausendmal der gleiche Mist! Natürlich sind auch kritische Sendungen möglich - man gibt sich tolerant - um 0.35 Uhr von Sonntag auf Montag, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Neben der taz macht sich vor allem der Spiegel zum Vorreiter gegen feministische und radikalökologische Positionen (z.B. "Bericht" über das Hüttendorf Dissen) und vereinnahmt (Ex?-)Anarchisten wie Hans-Peter Duerr. Gleichzeitig wird die Repressionsschraube zugezogen. Etliche Verfahren gegen die kritische Zeitung RADIKAL, im letzten Jahr saßen alleine fünf Menschen für ein halbes Jahr in Isohaft. Vier weitere mußten abtauchen. Es ist schwer, dies öffentlich zu machen: Desinteresse und Mediengleichschaltung. Gleichzeitg stärkt sich das Patriarchat: unsere Gesellschaft war noch nie so pornographisch, noch nie waren soviele nackte Frauen mit idealisiertem Körper auf zigtausenden übergroßen Plakatwänden abgebildet, Softpornos auf Kabelfernsehen, Kinderpornos übers Internet. Das soziale Netz wird zusammengestrichen, Leidtragende sind vor allem Frauen, Alte und AusländerInnen. Normierung durch Gentechnologie. Deutschland zieht in den Krieg: männliche Werte sind wieder gefragt: Ja, Tapferkeit! Und auch einige der wenigen Männergruppen entdecken für sich die alten männlichen Werte wieder: der Mann muß wieder (?!?) verletzen können! Dies alles unter dem Deckmantel der Toleranz und der Freiheit (statt Sozialismus).

Okay, ich habe hier einiges ausgelassen, klar ist jedoch: das Patriarchat in der BRD läßt sich nicht mehr kritisieren, der Toleranzhammer hängt locker.

Toleranz heißt in diesem System, auf die alte Tellerwäscher-Lüge hereinzufallen, so zu tun als wären alle gleich und hätten alle die gleichen Chancen. Toleranz innerhalb der anarchistischen Szene heißt, sich gegenseitig seine Herrschaftsstrukturen zu lassen. Da die Toleranz aber meistens von Männern gefordert wird, kann das "gegenseitig" oft gestrichen werden. Dabei geht es mir nicht darum, daß GraswurzlerInnen, Anarcho/a-SyndikalistInnen, IndividualanarchistInnen, KommunardInnen und Autonome sich gegenseitig nicht tolerieren sollen. Die Unterschiede zwischen diesen AnarchistInnen sind meiner Ansicht nach so gering, daß sich ein Streit tatsächlich nicht lohnt - verglichen mit dem Unterschied zwischen anarchistischen Männern und Frauen, zwischen anarchistischen Heten und anarchistischen Schwulen und Lesben, zwischen (pro-)feministischen und konservativen AnarchistInnen. Hier wäre Toleranz fehl am Platze, hier sollte gestritten werden und hier haben vor allem wir heterosexistischen Männer einiges zu lernen.

Wie kann ich mich Anarchist nennen, wenn ich mich tagtäglich aufs neue als Mann konstruiere und nicht mal erahne, was da für Zwänge und Profite hinterstecken. Ich will so nicht toleriert werden und will auch andere nicht so tolerieren.

doing gender oder relax, don't do it

Doch wo die Gefahr wächst (die Postmoderne?), wächst das Rettende auch (postmoderner Feminismus?). Es gibt neue theoretische Ansätze, was unter Herrschaft/Patriarchat zu verstehen ist (gender/sex-Debatte, Dekonstruktion von Geschlechtern (Judith Butler), hegemoniale Männlichkeiten (Bob Connell). Es sollte unser Ziel sein, die herrschaftskritischen Ansätze zu stärken gegen die Ignotoleranz des patriarchalen Systems. Der Anarchismus ist eben noch nicht fertig gedacht, wie Herrschaft funktioniert, haben wir längst noch nicht kapiert.

Ich möchte auf die verschiedenen Strömungen des "dekonstruktiven Feminismus" nicht eingehen. Was bisher die verschiedenen Bücher (Judith Butler: *Das Unbehagen der Geschlechter und Körper von Gewicht*; Stefan Hirschauer: *Die soziale Konstruktion der Transsexualität* und Andrea Maihofer: *Geschlecht als Existenzweise)* mit mir gemacht haben, ist eine konstruktive Verunsicherung in dem Sinne, daß ich häufiger erstaunt bei mir gucke, was ich denn da jetzt schon wieder fabriziert habe... Vor allem das Wortpaar "doing gender" hat es mir angetan. Damit ist gemeint, daß wir nicht ein Geschlecht haben, sondern unser Geschlecht permanent mit anderen zusammen herstellen. Das beginnt morgens mit heterosexuellen Phantasien, dem Ankleiden (welcher Hetero-Mann zieht Röcke oder Stöckelschuhe an?), der Toilette usw. bis zum nächsten Tag. Wir stecken tagtäglich enorm viel Energie in die Produktion unseres Geschlechts - das finde ich nicht besonders anarchistisch. Denn gerade bei uns heterosexuellen deutschen Männer bewirkt "doing gender", daß wir das patriarchale System aufrechterhalten. Wir profitieren von unserer hegemonialen Männlichkeit.

Männlichkeit macht blind

Männlichkeit macht uns in doppelter Weise blind: zunächst durch die unbewußte Konstruktion von Geschlecht und dann durch den Genuß der patriarchalen Dividende. Mir war schon länger bewußt, daß deutsche Männer vorsichtig bei der Utopieproduktion zu sein haben, da wir die Gewalt des zu überwindenden Systems oft nur mittelbar und damit verzerrt zu spüren bekommen. Und wer nicht weiß, was schlecht ist, kann auch keine Verbesserungsvorschläge machen. Fatal ist dabei, daß uns bürgerlichen weißen Männern die Produktion von Artikeln/Büchern trotz unserer Sehschwäche generell leichter fällt als den bürgerlichen weißen Frauen aufgrund der größeren Macht, die wir Männer uns in allen Bereichen geben lassen oder nehmen.

Die Diskussion um die soziale Konstruktion von Geschlecht hat mich nun in dieser Denkrichtung bestätigt und radikalisiert. Was ich mir für uns Anarchisten nun wünsche ist ein radikaler Abbau von männlicher Selbstsicherheit und seine Ersetzung durch Selbstbewußtsein. Unter Selbstsicherheit verstehe ich eine Stärke, die auf der Gewißheit beruht, alle Angriffe zurückschlagen zu können; unter Selbstbewußtsein verstehe ich die Stärke, die auf der Gewißheit beruht, sich selbst infrage stellen und befreien zu können. Selbstsicherheit basiert auf männlicher Panzerung, Selbstbewußtsein auf der Erfahrung, ohne diesen Panzer leben zu können. Selbstbewußtsein ist der ständige Versuch, ehrlich zu sich zu sein. Gleichzeitig heißt dies aber auch, sich selbst und andere Männer bei der Konstruktion von Männlichkeit immer wieder auf frischer Tat zu ertappen. Diese Unterscheidung zwischen Selbstsicherheit (Schneid, Tapferkeit...) und Selbstbewußtsein ist ähnlich, aber nicht geschlechtsspezifisch, schon einmal von Erich Fromm unterschieden worden: in *Haben oder Sein.*

Selbstverwirklichung

"Wirklichkeit erwächst aus Verwirklichung" ist ein Zitat von Erich Mühsam. Selbstverwirklichung schafft demnach Wirklichkeit. Unser Ziel sollten anarchistische gegenmännliche Gegenwirklichkeiten sein.

Wie die konkret auszusehen haben, dafür kann es natürlich kein fertiges Konzept geben. Klar ist jedenfalls, daß die Analyse der bestehenden Herrschaftsverhältnisse von und für AnarchistInnen immer auch bedeutet hat, im eigenen Leben Konsequenzen zu ziehen. Und wenn Herrschaft "durch und durch" geht, nicht mehr nur pyramidal sondern flächig organisiert ist, wie neuere Anarchismus-Theorien behaupten *(M.Wilk/ W. Haug: Der Malstrom, Aspekte anarchistischer Staatskritik)*, dann muß es auch für Herrschaftsfeinde (und -feindinnen) um die Innereien gehen. Denn nicht nur der Staat, den die AnarchistInnen immer so entschlossen bekämpft haben und bekämpfen, sondern auch das Patriarchat, formt sich ständig neu, nimmt Formen an in jedem und jeder (doing gender), der/ die in dieser Gesellschaft lebt.

Eine Erweiterung (ein Paradigmenwechsel?!) steht also auch für die Klassiker an, wenn wir die anarchistische Forderung nach Herrschaftsfreiheit wirklich ernstnehmen, und aus Erich Mühsams vielzitierter Leit- und Streitschrift *"Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat"* müßte konsequent ausformuliert werden: Die Befreiung der Gesellschaft von den Männlichkeiten - und im Alltag heißt dies, Befreiung unserer Tagträume vom Männerwahn.

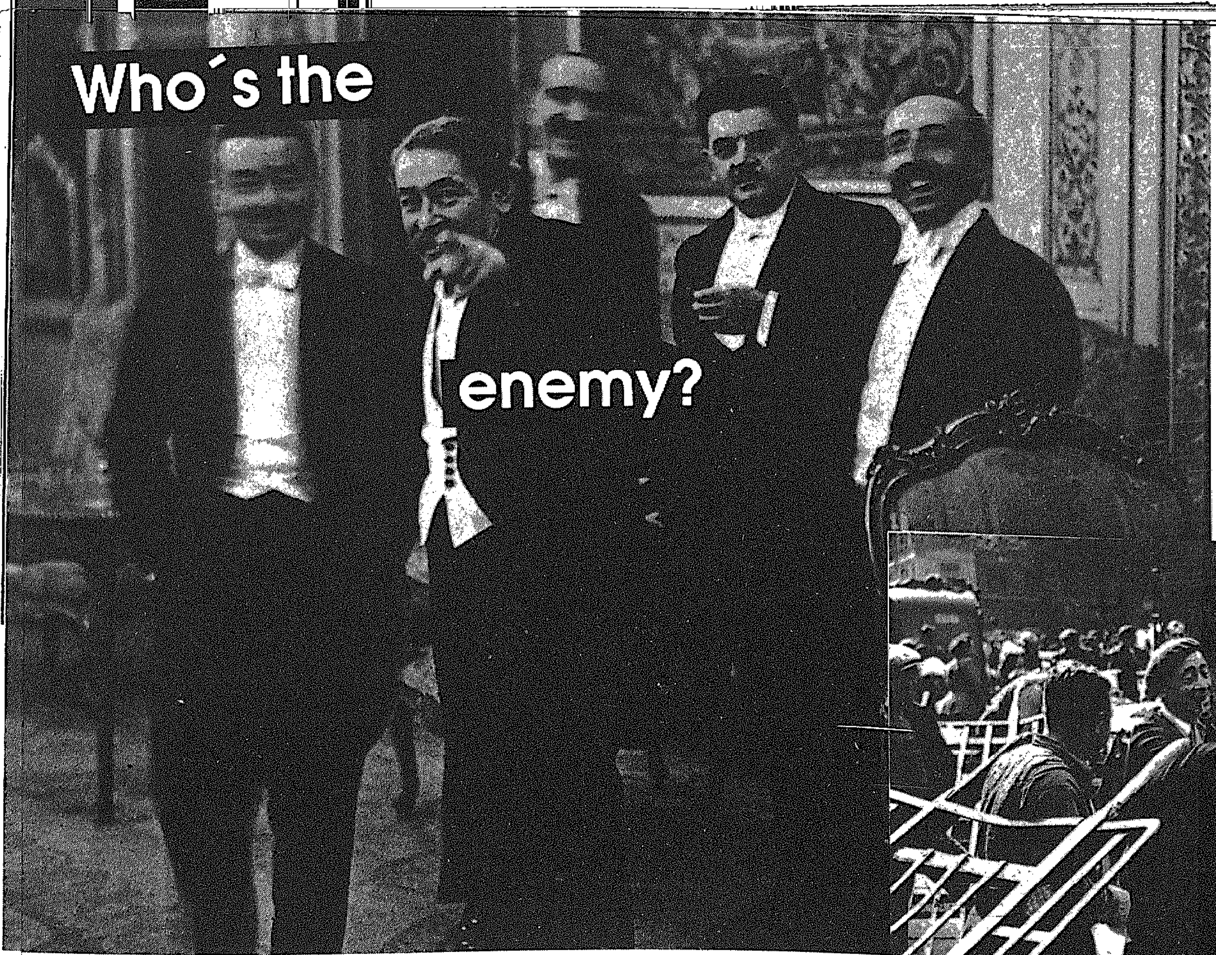
Aus dem Gesagten ergeben sich m.E. vor allem zwei Forderungen oder dringlichste Wünsche, um es für Libertäre auszudrücken, für die anarchistische Praxis:

* Zum einen ist ein freiheitliches Verhalten immer auch selbstkritisch zu reflektieren in Bezug auf die analysierten Herrschaftsmechanismen. Libertäre Umgangsformen sind von G.Landauer bis Haug/Wilk von Anarchisten immer wieder als Alternative zum Staat bzw. zur Verstaatlichung des Lebens gefordert worden. Wo das Patriarchat die Norm ist, muß antipatriarchales Verhalten und antisexistische Aktion permanentes Anliegen jedes Anarchisten sein.

* Was die Theorie betrifft, ist nicht länger einzusehen, wieso Anarchisten sich so wenig mit dem Patriarchat beschäftigen. Strukturen müssen analysiert werden, damit sie angegriffen werden können. So oberflächlich (z.B. Bookchin in: *Die Neugestaltung der Gesellschaft*) und so kurz (z.B. Stowasser, 3 von 400 Seiten in: *Freiheit pur*) mit dem Patriarchat umzuspringen, wie es im allgemeinen innerhalb der anarchistischen Theorie getan wird, heißt, es weiter mitzutragen.



Who´s the enemy?





WIDERSPRÜCHE, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich; Heft 56/57, Sept.1995: Männlichkeiten; Verlag 2000, Offenbach/Main; 190S., 20,-DM

Wieck, Wilfried; Wenn Männer lieben lernen; Fischer TB, Frankfurt/M 1993; 285 S., 14,90 DM

Zu Anarchismus und männlicher Identität

"Da im Geschlechterverhältnis große Ungleichheiten produziert werden (:..), muß Männlichkeit (...) als politisch verstanden werden. Ich meine politisch in dem einfachen, konventionellen Sinne von: Kampf um knappe Ressourcen, Mobilisierung von Macht und Verfolgung von Taktiken zur Durchsetzung bestimmter Interessen." Robert W. Connell (The Big Picture)

"Sexismus geht tiefer als rassismus und klassenkampf" Verena Stefan (Häutungen)

Zum Geleit

Anliegen dieses Textes ist es, Geschlechterverhältnisse zu thematisieren und die Beschäftigung mit dem Angriff auf Herrschaft- die auch ohne daß die ersten vier Buchstaben großgeschrieben sind, nicht zufällig so heißt- weiterzubringen. Mir geht es dabei auch um den allzusehr vernachlässigten Zusammenhang zweier emanzipativer Bewegungen und Theorien: Feminismus und Anarchismus. Kritik und Gegenentwurf und die Frage: gibt es eine positive Umoder Übersetzung meiner Nörgelei am herrschenden Falschen?, ist beiden -in unterschiedlichen Strömungen verschieden variiert- sicherlich gemein. Meine Perspektive ist notwendig männlich, weil ich aus meiner Haut nicht raus kann und auch nicht will, und zum Gegenstand habe ich mir zwei Bücher genommen, die sich mit Männlichkeiten beschäftigen. Renzensionen, sicher, lassen sich ganz gut ver- werten. Daß männliches Handeln, Handeln von Männern widersprüchlich bleibt, wenn es um die Abschaffung von Herrschaft geht, ist kein billiges Fazit. Hieße die Ausgangsfrage, where is the enenmy?, wir könnten uns unproblematischer lieben.

Männergruppen Mash

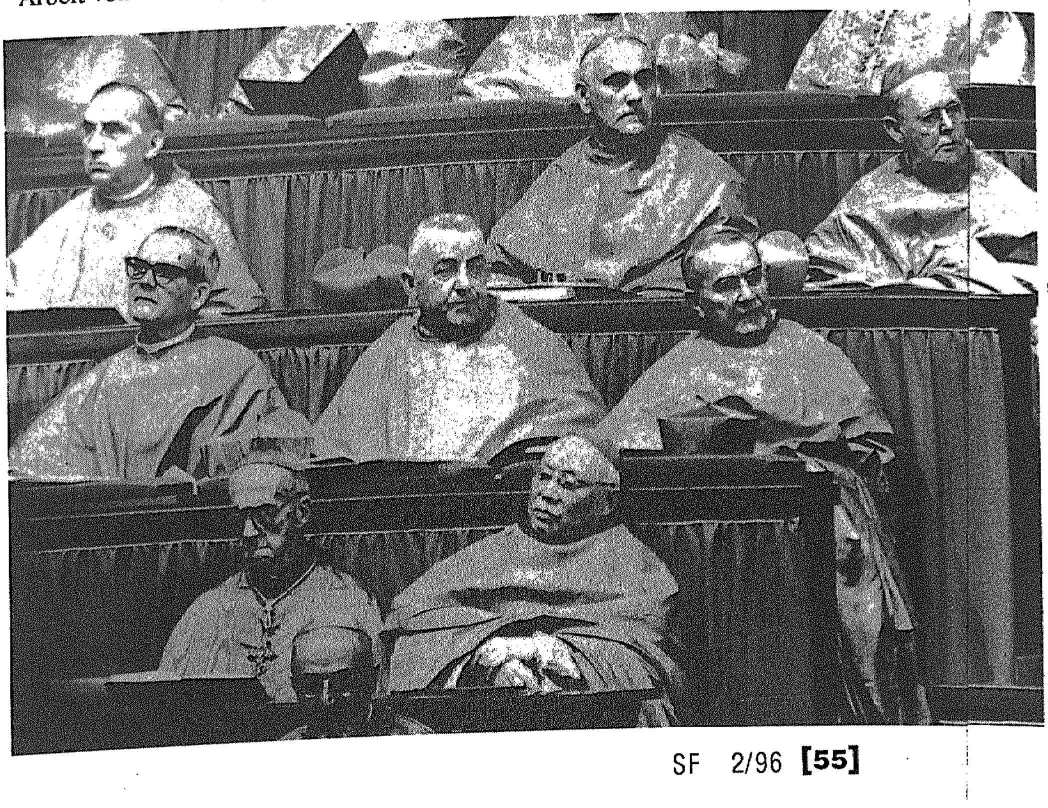
Als potentielle Träger alternativer Wirklichkeitsproduktion gelten heute - was das Patriarchat betrifft- diejenigen, die sich selbstkritisch mit ihrem Mann-Sein auseinandersetzen, herrschende Männlichkeitsformen ablehnen und Ansätze neuer Verhaltensweisen entwickeln wollen. Die Männlichkeitsformen sind so mannigfaltig wie in der Regel dominant in Bezug auf das Leben von Frauen (und Kindern): leistungs- und zielorientiert, gefühlsarm und hart, sind Attribute, die vom Rambo zum Makler nur variieren. Dabei geht es nicht nur um Verhaltensweisen, sondern "die patriarchalische Gewalt, die Frauen angetan wird, ist nicht allein eine Frage männlichen Willens. Sie setzt sich in Strukturen des Denkens, der Sprache, der Männerphantasien unterschwellig fort." Und weiter erklärt die Anarchafeministin Friederike Kamann: "Sexismus ist darüberhinaus der Inbegriff des männlichen Überlegenheitsdünkels - und auf Seite der Frauen: die anerzogene Überzeugung von der eigenen Minderwertigkeit. Sexismus bedeutet das Festmachen gesellschaftlicher Hierarchien am Geschlecht und in der Konsequenz: die Verstümmelung der Sexualität. Männlicher wie vor allem weiblicher." Wer das als Mann nicht mehr will, der ist in einer Männergruppe schon mal nicht schlecht aufgehoben. Der patriarchalen Struktur zu entkommen aber ist als einzelner Mann unmöglich. Wie auf eine strukturelle Änderung hinzuarbeiten ist, da treffen sich die Männergruppenbeispiele Wilfried

Wiecks ("Wenn Männer lieben lernen") und der anarchistische Anspruch vom Abbau sämtlicher Hierarchien zumindest theoretisch. Eine empirische Untersuchung im WIDERSPRÜCHE- Band "Männlichkeiten" läßt jedoch nicht zu sehr hoffen: "Wir kommen über das Reden nicht heraus" faßt schon der Titel zusammen, und wenn man/frau die gebildeten Mittelschichtsmänner aus den Durchschnittsmännergruppen so stammeln hört, bleibt wirklich nur die Frage, was überflüssiger ist, Männergruppen oder die empirische Sozialforschung, die diese zum Gegenstand macht. Gegen-Stand und Über-Fluß daraus wiederum läßt sich mehr ziehen als WIDERSPRÜCHE, und antipatriarchale Theorie hat noch niemanden geschadet.

The Wieck Way

Männergruppen, so Wilfried Wieck, der seit Jahren welche mitmacht und leitet, bieten den notwendigen Raum für Lernprozesse unter Männern. Und daß diese Prozese nötig sind, dafür gibt es (An)Klagen genug, nicht nur von feministischer Seite. Männer leiden selbst unter den von ihnen praktizierten Werten, weil patriarchale Machtvorteile und Privilegien eben auch ihren Preis fordern. Ein vorerst wenig zur Mitleidserzeugung angetanes Leid, das allerdings mannigfaltig ergänzt wird, z.B. durch Brüche im patriarchalen Konsens, das Nicht- Erfüllen angetragener Erwartungen an Männlichkeiten. "Im Patriarchat ist Einsamkeit das Grundgefühl der meisten Männer" (S.60) und die kann nur durch Begnung und Dialog mit anderen Männern aufgehoben werden. Die Männergruppen ist bei Wieck immer auch -im Sinne R.Jungks "Projekt Ermutigung"- als Keimzelle einer neuen, antipatriarchalen und gewaltfreien Welt gedacht: "Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich das individuelle Wachstum des Mannes als unbedingte Ergänzung gesellschaftlicher Veränderung begreife" (S.145). Wiecks Buch ist nicht ganz der Ratgeber «Wie werde ich der neue Mann?», hat aber schon den praxisnahen Bezug, immer scharf an der Grenze, aus gesellschaftlichen/ soziologischen Problemen individuelle/ psychologische Lösungsdefizite zu machen. Er beschreibt Verhaltensweisen und gibt Lernziele vor, diese zu verändern, ohne als der große Pädagoge aufzutreten, eher als der große Psychologe, aber dazu später noch. Auf dem Programm steht letztlich nicht weniger als die Zusammenführung patriarchaler Dualismen wie Verstand und Gefühl, Bewußtes und Unbewußtes, Körper und Seele, eigene Welt und Außenwelt. Zur Aufhebung dieser und "sozialer und emotionaler Gegensätze" überhaupt sollten Männer lieben lernen, was heißt: "Wir sollten diese unsägliche Eingrenzung der Liebe auf den sexuellen Bereich aufheben. Zur Liebe gehört, Beziehung und Gemeinschaft zu stiften, Menschen zusammenzuführen, und sie zum Miteinander- Sprechen anzuregen" (S.126). Es ist offensichtlich nötig, daß sowas noch gesagt wird, denn ohne Zu-Taten macht jedes Rezept keinen Sinn. Es muß auch versucht werden, den Privilegienverzicht schmackhaft zu machen, und Wieck gibt dabei löbliche Anregungen. Schade nur, daß er bei allem von der falschen Prämisse ausgeht. Herrschaft ist bei ihm nicht Struktur, nicht Mechanismus, nicht System, sondern eine "Persönlichkeitsdeformation" (S.45). Aus der Symbiose von Verwöhnung und Gewalt erklärt sich damit für die Männerrolle alles; "Krieg, Nationalismus, Militarismus und Chauvinismus sind kollektiv neurotische männliche Erscheinungen" (S.126). Daß das Patriarchat (auch) ein Besitzverhältnis ist, das die Definitionsmacht ebenso umfaßt und prägt wie die Tatsache, daß zwei Drittel der globalen Arbeit von Frauen verrichtet wird, sie aber nur ein Zehntel des Welteinkommens besitzen, fällt aus der Wahrnehmung des Psycho- Blicks.

Und trotzdem halte ich das Buch für lesenswert, obwohl die rollentheoretische Zentralthese, "es geht darum, Männer von psychischen Defiziten zu befreien" (S.84) eigentlich falsch, bestenfalls ein Aspekt von vielen im Kampf gegen Herrschaft ist. Aber es läßt sich eben nicht daran vorbeilesen, daß Vorarbeiten zur Abschaffung männlicher Gewalt möglich sind. Daß Gefühle zuzulassen und Frauen zu fragen, Selbstgespräch und -fürsorge, Ruhe, Langsamkeit und Freude zu sich und zur Welt bringen, keine der 500.000 Frauen wieder lebendig macht, die weltweit jährlich während Geburt und Schwangerschaft sterben, ist eh klar. Daß es aber besser ist, wenn Männer damit anfangen, als nichts zu tun und den unterdrückenden Status Quo großzügigsten Falles zu bejammern, das ist nach der Lektüre nur schwerlich von der Hand zu weisen. Männliche Handlungslosigkeit in puncto Patriarchat läßt sich nicht legitimieren, so oder so nicht, und dafür, daß das klar ist, hat Wieck einen Beitrag geleistet. Angenehm beim Lesen fand ich die uneingeschränkt profeministische Haltung Wiecks, während mich seine willkürliche und oberflächliche Zitiererei genervt hat. (Beispiel Horst Herrmann: Wieck zitiert den vehementen Kritiker sozialer Vaterschaft, ohne diese Kritik zu erwähnen, um dann fortzufahren mit einem unvermittelt



positiven Begriff vom "bevatern" -so wie es ihm gerade paßt). Erschreckt hat mich dann doch auch mancherorts seine Naivität, z.B. da, wo er behauptet, daß "die Entfremdung weniger in der Arbeit selbst als in unserer Einstellung zu ihr liegt" (S.111).

Hegemonie und Männlichkeiten: Connells Theorie

Robert W. Connell sieht das ganz anders. Im Themenheft "Männlichkeiten" der Zeitschrift WIDERSPRÜCHE nimmt seine Theorie quantitativ wie qualitativ einen besonderen Platz ein, ohne gleich zu dominieren. Aber schon der pluralförmige Titel des Bandes ist Programm, und aus Conells Erläuterungen geht hervor, warum. Was aufsatzmäßig leider etwas knapp skizziert rüberkommt, verspricht viel: die Entwicklung des Imperialismus -militärisch, ökonomisch, sozial- ist die Basis für das Verständnis gegenwärtiger Formen von Männlichkeitenen. Apropos Entfremdung also gerade die Gegenthese zu Wieck, und am historischen Verlauf dargestellt noch weitaus grundsätzlicher ausgearbeitet. Diese Männlichkeitsformen befinden sich im permanenten Wettstreit um Hegemonie. In Anlehnung an Gramscis Konzept der "Kulturellen Hegemonie" ist auch im patriarchalen Diskurs als soziale Überlegenheit zu verstehen, die sowohl auf physische Gewalt und deren Androhung, als auch zu einem entscheidenden Maße auf Einverständnis und Konsensbildung mit den Beherrschten gegründet ist. "Hegemoniale Männlichkeiten meint eine in sozialen Praktiken konstruierten und sich verändernde, dominante Form von Männlichkeiten, die sich über die Abwertung und Unterordnung sowohl der Frauen, als auch von «untergeordneten Männlichkeiten» konstituiert" (Männerforschungskolloquium Tübingen, S.50). Mehrere Beiträge kreisen -so explizit die der Tübinger Gruppe- um die von Connell vorgegebene, antiessentialistische Geschlechter-Theorie, die, wie er selber sagt, keine vollständige, sondern immer im Prozeß ist. Was dieser Ansatz u.a. für weitreichende Konsequenzen hat, bringen Tillner/Kaltenecker schon im ersten Beitrag auf den Punkt: "Die repräsentative Kategorie Männlichkeiten ist nichts als eine patriarchale Fiktion: *Der* Mann existiert nicht." (S.15). Objekt der Erkenntnis ist dann bei Connell weniger "der Mann" als vielmehr "die Orte und Lebensweisen von Männern in Geschlechter- Verhältnissen" (S.27). Das ist schon was besonderes, schafft es der politischen *Männlichkeits* - Soziologie doch einen neuen Bezugsrahmen, oder dekonstruiert zumindest alle bisherigen. Derer gibt es vor allem drei, wissenschaftshistorisch aufeinanderfolgende Konzepte zur Erklärung von Geschlechter- Verhältnissen, denen Connell letztlich allen einen "bedenklichen Ethnozentrismus" vorwerfen und sie deshalb verwerfen kann. Das Konzept einer "psychologischen Essenz" (erstens) von Männlichkeiten läßt alle sozialen Strukturen und historischen Dynamiken außen vor und ist so starr wie unhaltbar. Die Theorie von Geschlechtsrollen (zweitens) verortet Männlichkeitenen zwar im Sozialen und damit Wandelbaren, reduziert sie aber auf individuelles Handeln. Und selbst die Diskurstheorien (drittens), politisch bewegend und beweglich, gehen nicht weit genug, weil sie die Bedingungen ihrer eigenen Existenz außer acht lassen: die Praxis der Geschlechterverhältnisse und deren soziale Bedingtheit.

Was den Ethnozentrismus betrifft, ist Connell damit auch auf der Höhe der Kritik afro-amerikanischer und afrikanischer Feministinnen, die seit ein paar Jahren auch die konstruktivistische Geschlechter- Einheit als eurozentristisch entlarvt haben. Seitdem kann nicht mehr ohne weiteres von "Wir Frauen" als unterdrückter Gesamtkategorie gesprochen werden, weil schwarze Frauen ganz andere Erfahrungen und dementsprechend andere Analysen "ihrer" Unterdrückungsmechanismen gemacht haben. Und das hat eben auch Auswirkung auf die Kategorie Mann, die zwar ihr -analytisch- übergreifend herrscherisches Machtpotential behält, konkret aber in unendlich vielen Formen zerfällt. "Männlichkeiten gibt es ausschließlich als Konstruktionen in bestimmten historischen Umständen und als Antworten auf bestimmte historische Bedingungen" (Männerforschungskolloquium Tübingen, S.51). Der Irrtum, es gäbe eine von allem losgelöste "archaische Männlichkeiten" ist allerdings weitverbreitet. Nicht nur die neuen Eisenhänsel um ihren Guru Robert Bly -die "Neue Mannbewegung" genannt, die als Reaktion auf die Verunsicherung durch den Feminismus mit Bärenkämpfen und Brüllen im Wald ihr Ur-Mann-Sein wieder hervorrufen will- kultivieren diesen Denkfehler. Selbst Wilfied Wieck bleibt mit seinem psychologisierenden Schemata hinter den emanzipativen Dekonstruktionen Connells weit zurück und tappt auch in die Ethno-Falle, wenn er die klagenden weißen Mittelschichtsmänner ohne ihre Machtvorteile analysiert und behandelt. Den männlichen Machtvorteil, von dem wiederum alle Männlichkeitsformen profitieren, nennt Connell "patriarchele Dividende".

Wie also leben, ohne permanente Profite auf Kosten anderer einzufahren? Rezepte gibt es eben nicht, die dekonstrutivistische Analyse macht aber zumindest deutlich, daß es sich um veränderbare (Nicht- Nur- Kapital) Verhältnisse handelt, und insofern jeder handlungsbegründende Wert auf seine unterdrückerischen Potenzen hin überprüft werden kann. Die Suche nach dem fertigen Neuen Mann sollte, auch und vor allem um zu herben Enttäuschungen vorzubeugen, schleunigst abgeblasen werden. Männlichkeiten sind als analytische, nicht identifikatorische Kategorien zu verstehen. Die Suche nach herrschaftsfreien Umgangsformen gerade vor dem Hintergrund weltweit funktionierender Herrschaftsmechanismen -Sexismus, Rassismus, Kapitalismus mindestens- und dem Widerstand dagegen ist jedoch nie umsonst. "Anarchismus", erklärt Horst Stowasser, "ist Suche und Experiment unter dem Vorzeichen der Vielfalt. Im Grunde ist jeder Anarchist, der ernsthaft sucht" (S.20).

Ausklang

"Angst ist die Psychosomatik des Wertverlust" (S.231) definiert Wieck. Die/eine westlich-metropolitane Männlichkeitsform darf keine Angst haben, entwickelt Symptome wie Magen-, Herz- und Rückenschmerzen, Symptome der Angstlosigkeit. Fängt Anarchie da an, wo ich meine Magenschmerzen wahrnehme? Distanz, Kontrolle, Verschlossenheit, Erfolgsdruck, männliche Muster, die ich durchziehe/ die mich durchziehen beim Schreiben wie Rückenschmerzen. Noch was: das Stowasser Zitat zum Schluß, weil es so gut paßte. Von Anarchistinnen ist da nicht die Rede, und die Patriarchatskritik in seiner neuen 400-seitigen A-Fibel nimmt satte drei Seiten ein. Auch damit das nicht so bleibt/ bleiben kann: dieser Artikel.

Jens Petz Kastner

Die anarchistische Jugend in Wuppertal 1929 - 1945 Teil II

von Dieter Nelles



Widerstand und Verfolgung 1933 - 1939

Am 30. Januar 1933, dem Tag der 'Machtergreifung' fanden sich die jungen Wuppertaler Anarchisten in den spontanen antifaschistischen Demonstrationszügen in Elberfeld und Barmen wieder.[1] Die SA wagte sich erst am nächsten Tag aus ihren Kasernen zu einem Fackelzug durch Wuppertal. Junge Anarchisten und Kommunisten überlegten sich gegen diese Demonstration nationalsozialistischer Macht eine originelle Kampfform. Sie drückten an mehreren Stellen in Elberfeld jubelnde Nazianhänger in den Demonstrationszug, die daraufhin von der SA verprügelt wurden.

H. Steinacker wurde zur zentralen Gestalt des anarchosyndikalistischen Widerstands in Wuppertal. Vergeblich hatte er in persönlichen Gesprächen versucht die anderen Arbeiterorganisationen für einen Generalstreik zu gewinnen. Aufgrund seiner Erfahrungen während des Sozialistengesetzes gab er den Jugendlichen den Rat, ihre Organisation aufzulösen. "Wir als SAJD verkauften unser selbstgebautes Jugendheim, verteilten unsere Kasse gegen Quittung", schrieb Hans Schmitz. "Nur die Polizei glaubte uns nicht. Die meisten unserer Gruppe waren bei der damaligen politischen Polizei aktenkundig. Als Kassierer bekam ich noch vor dem Reichstagsbrand Besuch von Kommissar Breer. (...) Der Inhalt des Bücherschranks wurde beschlagnahmt, einschließlich 12 Bände Brockhaus und die Bibel."[2]

Wenige Tage nach dem Reichstagsbrand wurde Helmut Kirschey in Unterbarmen auf offener Straße verhaftet. SA-Männer hatten ihn erkannt. Nur den lauten Schreien der Mutter von Genossen verdankte er, daß sich sofort eine Menschenmenge ansammelte und er nicht in die nahe gelegene SA-Kaserne abgeführt wurde, sondern von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde. Kirschey wurde in das KZ Dinslaken überführt und emigrierte kurz nach seiner Entlassung im November 1933 nach Holland.

Die Brüder Fritz und Gustav Krüschedt konnten sich Anfang März durch Umzug in einen anderen Stadtteil knapp der Verhaftung durch die SA entziehen. Sie waren als Antifaschisten bekannt. F. Krüschedt hatte einen SA-Mann angezeigt, der auf Passanten geschossen hatte. In der Nacht nach ihrer Flucht verwüstete die SA ihre Wohnung und entwendete 500.DM. Trotz des massiven Terrors hofften nicht nur die Wuppertaler Anarchosyndikalisten noch auf eine Erhebung der Arbeiterschaft am 1. Mai und hatten sich dafür vorbereitet. Doch es kam nicht zum erhofften Generalstreik, sondern die "Arbeiter zogen geschlossen mit ihren Arbeitgebern unter Hakenkreuzfahnen durch die Stadt zum Stadion. (...) Es waren nur wenige, die den Mut aufbrachten sich zu verkrümeln, wer auffiel war seinen Arbeitsplatz los."[3]

Im Mai 1933 wurde Fritz Benner verhaftet, der als Betriebsrat auf einer Versammlung der Firma Villebrandt und Zehnder scharf gegen die neuen Machthaber Stellung genommen hatte. Da ein korrekter Untersuchungsrichter keinen Haftbefehl ausstellen wollte, führte die Gestapo eine Hausdurchsuchung bei Willy Benner durch, bei dem auch sein Bruder gemeldet war. Dort fanden sie antifaschistische Literatur aber zum Glück der Betroffenen nicht die versteckten Waffen. Im Keller der Benners fanden sie eine Flasche

Fotos: Archiv Dieter Nelles

Zyankali, das als Rattengift eingesetzt wurde. Unter dem vorgeschobenen Verdacht, damit das Trinkwasser vergiften zu wollen, wurden August und Willy Benner verhaftet. Die Brüder Benner wurden zunächst im Polizeipräsidium inhaftiert und dann ins Gefängnis Bendahl überstellt. Fritz und August wurden in das KZ Börgermoor eingeliefert, ihr Bruder Willy in das Wuppertaler KZ Kemna, Anfang 1934 kam auch er ins KZ Börgermoor. August Benner wurden Ende 1933 entlassen, der Leidensweg von Fritz Benner führte noch durch die KZ´s Oranienburg und Lichtenburg, aus dem er am 5. 4. 1934 entlassen wurde.[4]

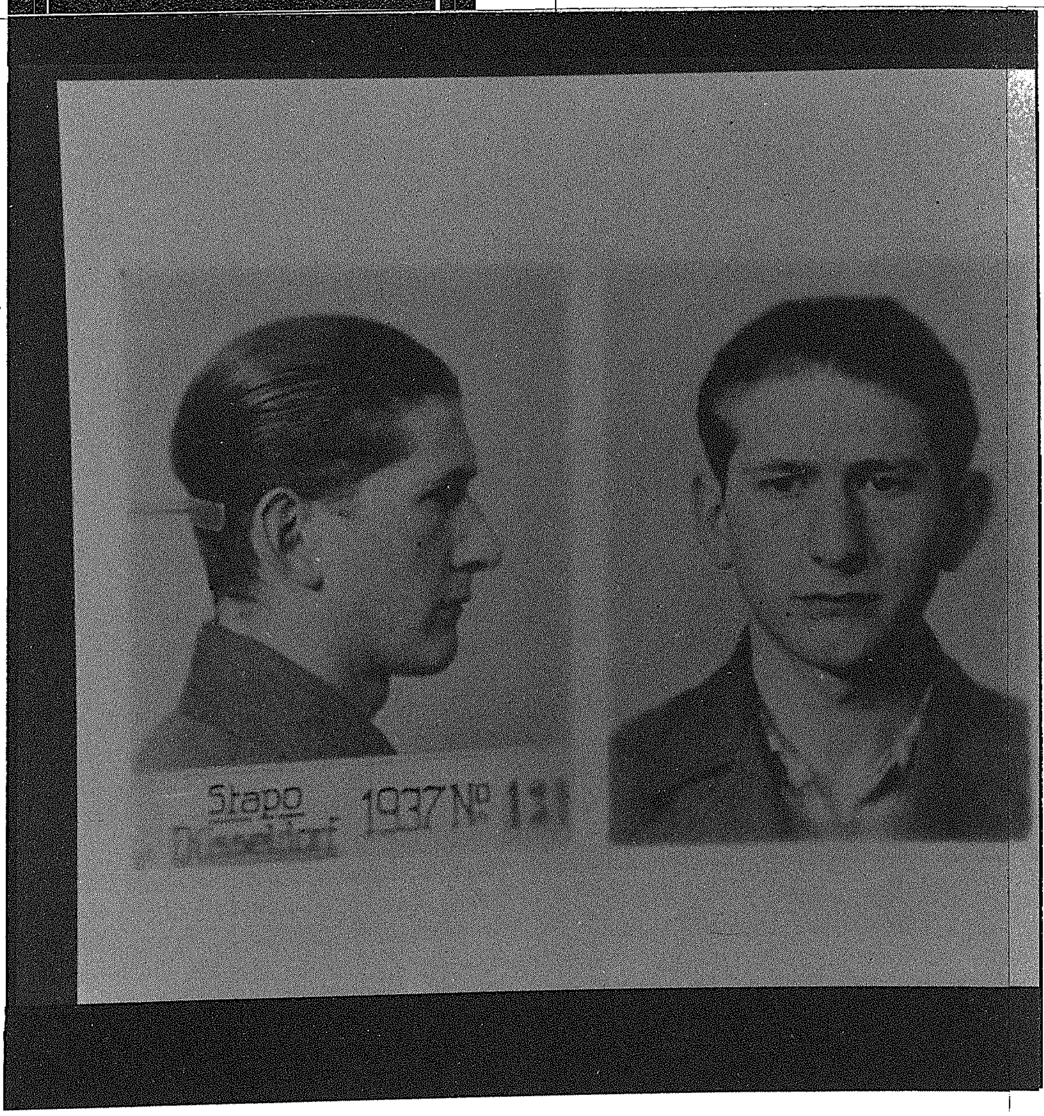
Auch nach diesen Verhaftungen setzten die Wuppertaler Anarchosyndikalisten ihre illegalen Aktivitäten fort. Zunächst galt es Gelder für die Inhaftierten zu sammeln, "eine verbotene Tätigkeit, gefährlich für Geber und Sammler."[5] Dabei tat sich besonders der Junganarchist H.S., der als Obsthändler Kontakte zu Wuppertaler Geschäftsleuten hatte, die für die Inhaftierten spendeten, so z.B. der jüdische Geschäftsführer des Kaufhauses Tietz. Mit einfachsten Mitteln, aber mit umso größerer Phantasie wurde antifaschistisches Propagandamaterial produziert: "In den ersten Wochen der Nazidiktatur haben wir noch selbst gedruckte Zettel, mit Linolschnitt und Wringmaschine hergestellt, geklebt. Selten, daß sie eine Stunde Tageslicht hatten, so schnell wurden sie von den gefangenen Genossen unter SA-Aufsicht entfernt. Kalk mit Heringsbrühe hatte sich schon vor dem 30. Januar als äußerst haltbar erwiesen. Als wir sahen, wie unsere Genossen die Parolen mit blutenden Händen, nur mit einem Stückchen Stein abkratzen mußten, gaben wir auch auch diese Methode auf. Dann gingen wir dazu über mit Stempelkissen und kleinen Linolschnitten und Kinderdruckkästen zu arbeiten, das Linoleum erwies sich schon als zu hart. Danach nahmen wir Gummi von dickwandigen Autoschläuchen, ausgeschnitten auf ein Holzbrettchen geklebt. Tagsüber wurden helle Stellen auf Plakaten ausgeguckt und nachts bedruckt. Es blieb einige Stunden sichtbar bis sie überklebt wurden. Mit Koffer abstellen haben wir auch versucht uns bemerbar zu machen. (...) Der Koffer wurde in Gehrichtung abgestellt und wieder aufgehoben. Wenn niemand in der Nähe zu sehen war, dann schnell in eine stille Ecke verschwinden, wo ein zweiter Mann wartete um neue Farbe aufzutragen. (...) Diese Methode war auch nur in Außenvierteln anwendbar, wo wir außerdem noch auf die Polizei und SA-Hilfspolizei Streifen aufpassen mußten, die damals dauern unterwegs waren."[6]

Neben dem eigenen Propagandamaterial bezogen die Wuppertaler Anarchosyndikalisten illegale Literatur aus den Niederlanden. Ende 1933 war in Amsterdam die Auslandsleitung der FAUD gegründet worden: die Gruppe Deutsche Anarchosyndikalisten (DAS). Die Verbreitung dieser Literatur wurde im Oktober 1934 den Wuppertaler Anarchosyndikalisten zum Verhängnis. H. S. hatte einem Arbeitskollegen zwei illegale Broschüren gegeben und wurde von diesem bei der Gestapo denunziert. Neben H. S. wurden noch Steinacker, Hans Schmitz, Hermann Sickmann und Hans Kirschey verhaftet. H. S. und Steinacker wurden zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, die anderen drei wegen Mangels an Beweisen freigelassen, aber sie wurden bei den Verhören von der Gestapo mißhandelt. [7]

Anfang 1935 konnte sich Fritz Benner einer erneuten Verhaftung durch die Gestapo nur knapp entziehen. Bei der Firma Imhoff hatte er Kontakte zu einer illegalen kommunistischen Gewerkschaftsgruppe. Benner emigrierte nach Amsterdam und arbeitete dort zusammen mit Kirschey in der Gruppe DAS.[8] Wie Benner hatte auch Schmitz Kontakte zu einer kommunistischen Gewerkschaftsgruppe auf seiner Arbeitsstelle. Durch Fritz Benners Vermittlung wurde auch der Versuch gemacht, die kommunistische Funktionärein Cläre Muth durch die anarchosyndikalistische Fluchthilfe nach Holland zu bringen.[9] Alfred Kirschey, der ehemalige Vorsitzende des KJVD in Wuppertal, wurde ebenfalls von den Anarchosyndikalisten nach Holland gebracht und vorher wurde er einige Tage von den Mitgliedern Gustav und Hedwig (geb. Felsch) Krüschedt versteckt.

Zwischen den verschiedenen Jugendgruppen gab es ebenfalls informelle Kontakte. Dazu schrieb Hans Schmitz rückblickend: "Im Sommer hatte Laffe (Ernst Steinacker) mit Ötte (Sohn von Otto Daum, ehemals Oberbürgermeiser Wuppertals) ein gemeinsames Zeltlager mit Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend vereinbart. Das Lager fand unbehelligt im Obsthof von Josef Kaimer in Urdenbach am Ausleger statt. Gelegentlicher Kontakt, keine Namen

nur Spitznamen und das Du sind erwünscht. Kontaktaufnahme findet auf dem 'Teppich' statt. Der 'Teppich', die Poststraße zwischen Bahnhof und Neumarkt in Elberfeld wurde bis in den Krieg hinein zum Treffpunkt illegaler Jugend und Piratengruppen. Bei der Fronleichnamsprozession haben wir, wie auch andere Gruppen uns angehängt, um Masse zu zeigen. Die Kirche war die noch geduldete Opposition. Es war die Zeit der Entstehung vieler kleiner Jugendgruppen unter dem Zeichen des Edelweiß mit bunt karierterten Hemden und Fuhrmannstüchern als Halstuch. (...) Das Edelweiß symbolisierte die Freiheit der Berge und die Piraten die Freiheit auf dem Meer, so interpretierten die Edelweißpiraten ihren Namen. Überall im Rhein-Ruhrgebiet bildeten sich Piratengruppen ohne daß eine zentrale Führungsstelle erkennbar war. Viele nannten sich auch nach Flüßen, Bächen oder nach Indianerstämmen. In Hilden gab es die Itterpiraten, sie bestanden nur aus Mädels, die zwar im Bund Deutscher Mädel (BDM) Zwangsmitglieder waren, aber jede Möglichkeit nutzten nicht zum Dienst zu erscheinen. So gab es auch Wupper-, Düssel-, Rhein-, Kittelpiraten. Letztere Gruppe war in Düsseldorf-Kaiserswerth zu Hause, eine militärisch streng geführte Truppe. Sie entstand aus der Brigade Erhard und dem Wikingbund, überwiegend Ältere und Freikorpssoldaten. (...) Nach dem »Röhm Putsch« 1934 gingen sie auf Gegenkurs zum Nationalsozialismus. Wir bekamen 1935 Kontakt mit ihnen und ihrem Führer 'Eisbär'. "Hitler hat die Revolution erdolcht", war sein Wahlspruch. Die Gruppe wurde auch als Eisbären bekannt und im Raum Düsseldorf als harter Gegener der HJ. Wir hielten uns bedeckt und auf Distanz, machten auf Wassersportler."



Die Erinnerungen Schmitz vermitteln einen Eindruck von dem weitgespannten Spektrum oppositioneller Jugendgruppen, die politisch von ganz links bis ganz rechts angesiedelt waren. Ihre Gemeinsamkeit bestand in der Feindschaft gegen die Hitlerjugend und in der Fortsetzung ihrer jugendbewegten Traditionen. Im Falle der SAJD wurden die Fahrten auch zu illegalen Besprechungen im Rahmen des anarchosyndikalistischen Widerstands genutzt. In Urdenbach am Rhein fanden des öfteren Besprechungen zwischen der Wuppertaler SAJD und Hans Saballa statt, dem Kontaktmann zu den Kölner Anarchosyndikalisten. Das letzte überregionale Treffen fand Ostern 1935 in Eichholz bei Altenberg statt. Das Mitglied der SAJD, Hermann Hahn, arbeitete dort zwangsverpflichtet beim Autobahnbau. Seine Kollegen waren zum Osterurlaub gefahren und so wurde das Baulager als Unterkunft genutzt. In Altenberg wurde die Wuppertaler Gruppe vom HJ Streifendienst angehalten. Weil sie sich weigerten ihre Ausweise zu zeigen kam es zu handfesten Schlägerei. Die SAJD bekam dabei Unterstützung von einer anderen Jugendgruppe, den sogenannten Düssel-Piraten.[10]

Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs gab der illegalen Arbeit der deutschen Anarchosyndikalisten wieder neuen Auftrieb. Düsseldorfer Anarchosyndikalisten um Anton Rosinke und Simon Wehren aus Aachen waren in dieser Hinsicht besonders aktiv. Freiwillige für das republikanische Spanien wurden über die Grenze gebracht, und es wurden Gelder gesammelt für die spanischen Genossen. In Wuppertal wurde diese Arbeit von H. Steinacker und H. S. organisiert, die erst unmittelbar vorher aus dem Zuchthaus entlassen worden waren. Nach dem Kriege schrieb A. Benner darüber seinem Bruder: "Im Herbst 1936 war Simon Wehren bei mir und wollte eine Spanien-Hilfsaktion organisieren. Ich verhielt mich zuerst ablehnend, weil ich der Meinung war, daß wir genug damit zu tun hatten, die Faschisten im eigenen Land zu bekämpfen. Hans und Hermann nahmen die Sache aber in die Hand, und ich beteiligte mich später auch daran."[11]

Im Dezember 1936 kam die Gestapo diesen Aktivitäten auf die Spur. Innerhalb von drei Monaten wurden im Rheinland über hundert Anarchosyndikalisten verhaftet.[12] H. Steinacker wurde am 26. 1. 1937 verhaftet. "Von da an

wurden wir täglich beschattet", schrieb August Benner. "Haba (d. i. Hermann Hahn) führte einen Gestapo-Mann 2 1/2 Stunden durch Elberfeld von uns aus und ging dann ruhig nach Hause. Dafür bekam er später eine Extra Portion 'Gestapo-Eis'. Als am 23. 2. Walter Tacken verhaftet wurde, wußte ich, es wird Ernst! H. S. und ich erwogen ernstlich Dir zu folgen. Aber unsere Kanäle nach Holland waren ja schon zu. Am 2. 3. 37 wurden H. S., ich, Hermann Sickmann und Julius Grünewald verhaftet. Am 6. 3. Gustav, am 7. 4. Fritz Krüschedt, Hans Schmitz, Paul Oberhemm und Haba. Man ließ sie extra noch laufen."[13]

Die Ermittlungen gegen die Wuppertaler Anarchosyndikalisten wurden von der Gestapo Düsseldorf geführt. Fast alle Inhaftieren wurden schwer mißhandelt. Hans Schmitz schrieb über die Verhöre bei der Gestapo Düsseldorf: "Man ließ mich einige Tage in Ruhe, dann wurde mir durch den Kerkerknecht Papier und Bleistift überreicht mit der Auforderung alle Verbrechen gegen Volk, Führer und Vaterland an denen ich beteiligt war oder mir bekannt waren aufzuschreiben. Bei einer wohlgesonnenen Mitarbeit könne ich mit einer geringen Strafe auf Bewährung rechnen. Als mir nach drei Tagen immer noch keine Verbrechen eingefallen waren, bekam ich ein paar Ohrfeigen zur Auffrischung meines Gedächtnisses. Als ich tags darauf immer noch nicht wußte, welcher Verbrechen ich mich schuldig bekennen sollte, wurde ich Kommissar Brosig vorgeführt. Er erzählte mir dann, was ich verbrochen hatte. (...) Als das Protokoll fertig war, fehlte nur noch meine Unterschrift. Ich enthielt mich Stimme und Unterschrift. Bei weiteren Verhören wurden dann schlagende Beweise in Form von Hundepeitschen und Ochsenziemern von der SS an mir getestet. (...) Brosig empfahl mir mich aufzuhängen wie Genosse Rosinke. Ich wußte ja, daß er erschlagen wurde. (...) Das Ausdrücken brennender Zigaretten auf der bloßen Haut und Fußtritte in die Hoden waren weitere Verhörmethoden von Kommissar Brosig."[14]

Die Ermittlungen für den Prozeß gegen die rheinländischen Anarchosyndikalisten erstreckten sich über ein Jahr. Insgesamt 88 Angeklagte wurden im Januar und Februar 1938 wegen Vorbereitung es Hochverrats vom Oberlandesgericht in Hamm verurteilt. Von den 11 verurteilten Wuppertalern waren alleine neun ehemalige Mitglieder der SAJD, die zu folgenden Zuchthhausstrafen verurteilt wurden: H. S., 12 Jahre, A. Benner, 4 Jahre, Sickmann, 2 Jahre und 6 Monate, Hahn, G. Krüschedt, F. Krüschedt, Oberhemm zu 2 Jahren und 3 Monaten und Schmitz, E. Steinacker zu zwei Jahren.[15] Hans Kirschey, der zu diesem Zeitpunkt seinen Militärdienst ableistete, wurde zwar nicht in das Verfahren mit einbezogen. Aber er galt bei seinen Vorgesetzten als "Hochverräter" und wurde zahlreichen Schikanen ausgesetzt.

Ungefähr zeitgleich mit den Verhaftungen kam der schwedische Journalist Rudolf Berner als Kurier der deutschen Anarchosyndikalisten aus Barcelona nach Deutschland. In seinem 1940 veröffentlichten Bericht über diese Reise schildert er die Begegnung mit der Schwester von Helmut Kirschey in Wuppertal. Als Erkennungszeichen diente ihm ein mit einem handschriftlichen Gruß versehenes Bild von Kirschey, das in einer Pralinenschachtel versteckt war.[16] Kirschey und Fritz Benner befanden sich zu diesem Zeitpunkt schon in Spanien. In einem Zeltlager der holländischen Arbeiterbewegung erreichte sie die Nachricht vom bewaffneten Aufstand der spanischen Arbeiter gegen den Putsch von General Franco. Sie entschlossen sich sofort nach Spanien zu gehen, um dort endlich bewaffnet gegen den Faschismus zu kämpfen. Zunächst übernahmen sie in Barcelona eine ungewohnte Funktion. Von den anarchosyndikalistischen Gewerkschaft 'Confederacion Nacional del Tabajo' (CNT), die in den ersten Monaten des Bürgerkriegs faktisch die Macht in Barcelona hatte, wurde der Gruppe DAS die Kontrolle über alle deutschsprachigen Ausländer in Barcelona übertragen. Dies beinhaltete die Militär-, Post,- Hafen- und Eisenbahnkontrolle, sowie das Recht, Hausdurchsuchungen bei deutschsprachigen Aus-

ländern vorzunehmen, die im Verdacht standen, mit den Nationalsozialisten zu sympathisieren.[17] Die beiden Wuppertaler Anarchosyndikalisten fanden sich so im 'Polizeidienst' wieder. Benner ging nach einigen Wochen mit der Batterie 'Sacco und Vanzetti' an die Front bei Teruel und im Februar 1937 schloß sich Kirschey der Internationalen Kompanie der 'Columna Durruti' an.

Am 2. Mai 1937 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten - den sogenannten Mai-Tagen - in Barcelona. Kirschey, der zu diesem Zeitpunkt Fronturlaub hatte, war auf anarchistischer Seite an diesen Kämpfen beteiligt. Der Konflikt endete mit einem Kompromiß, aber die CNT verlor an politischem Einfluß. Die Repression der Kommunsiten richtete sich vor allem gegen die ausländischen Sympathisanten der spanischen Anarchisten. Kirschey wurde mit anderen deutschen Anarchosyndikalisten verhaftet, saß zunächst in kommunistischen Geheimgefängnissen in Barcelona und Valencia und bis zum April 1938 in einem staatlichen Gefängnis in Segorbe. Danach hielt er sich einige Zeit in Frankreich und Holland auf und schließlich gelang es ihm, Anfang 1939 als "holländischer Schachspieler" getarnt, in Schweden einzureisen. In Göteborg traf er Fritz Benner, der schon im August 1937 Spanien verlassen hatte, weil er befürchten mußte, von den Kommunisten verhaftet zu werden. Zu den beiden gesellte sich noch ein weiterer Wuppertaler Spanienkämpfer, der Seemann Jack (Hans) Vesper, der mit Kirschey zusammen an der Front gekämpft hatte.[18]



Dieser Beitrag wird in SF-59 fortgesetzt: Der dritte und letzte Teil behandelt das "Überleben im Krieg 1939 bis 1945".

1 Vgl. Klan/Nelles: Es lebt noch eine Flamme, S.177-188, 2. verbesserte Aufl. Grafenau 1990

2 Schmitz, Hans; unveröff. Ms., abgedruckt in Wuppertaler Widerstand

3 ebenda.

4 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58, Nr.31198 & 31199

5 Schmitz, Hans; unveröff. Ms.

6 ebenda.

7 Vgl. Staatsarchiv Münster (STAM), Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Nr. 5006, Schmitz: Widerstand.

8 Vgl. handgeschriebenen Lebenslauf von Fritz Benner (1938), in: Arbetarrörelsens Arkiv Stockholm (AAS), Bestand Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC), F I, Vol 1.

9 Vgl. HSTAD, RW 58, Nr. 19754, Bl. 58; Quast, Cläre: Wie die Partei in Wuppertal den antifaschistischen Kampf organisierte, in: Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 - 1945, hg. von Heinz Voßke, Berlin (Ost), 1977.
Cläre Quast war die Frau des ehemaligen Mitglieds der Freien Jugend Morgenröte, Willi Muth, der 1934 von der Gestapo ermordet wurde.

10 Vgl. Schmitz: Widerstand.

11 August Benner an Fritz Benner, 17. 7. 146, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (IISG), Nachlaß Rocker, Nr. 234.

12 Zum Widerstand der FAUD im Rheinland, vgl. Theissen, Rolf/Walter, Peter/Wilhelms, Johanna: Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen / Ems, 1980.

13 A. Benner an F. Benner, 17. 7. 1946, in: IISG, Archiv Rocker, Nr. 234.

14 Schmitz: Widerstand.

15 Vgl. Urteil des Oberlandesgerichts Hamm, in: HSTAD, RW 58, Nr. 13302.

16 Tireur, Frank (Pseudonym für Rudolf Berner): Den osynliga fronten, Stockholm 1940.

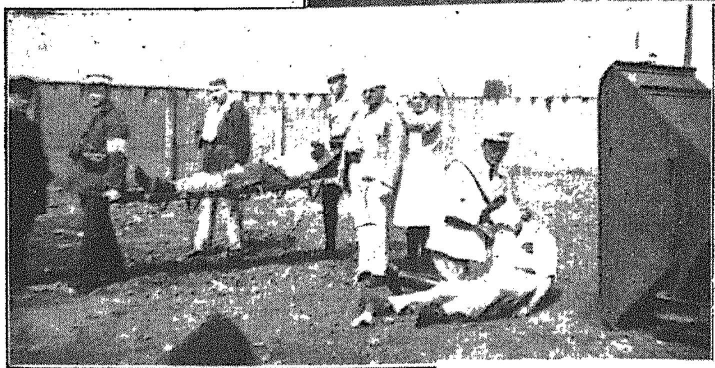
17 Vgl. Nelles, Dieter: Der Rote Konsul in Barcelona, Ein Name und dessen Konsequenzen, in: Tatort Duisburg 1933 - 1945, Band II. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, hg. von Rudolf Tappe und Manfred Tietz für die Geschichtskommission der VVN - Bund der Antifaschisten Duisburg, Essen 1993, S. 513 - 520.

18 Vgl. Nelles: Helmut Kirschey (1993); Lebenslauf von Fritz Benner.

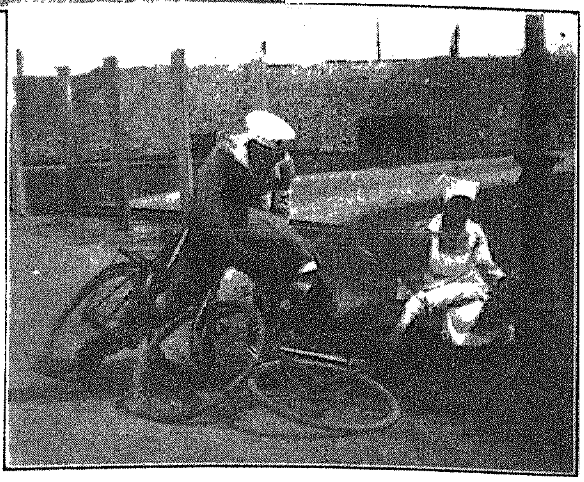
"Proletarier, die Revolution braucht Samariter!"







Die Geschichte der linksradikale



Geländeübungen unserer Düsseldorfer Ortsgruppe

von Knut Bergbauer und Hartmut Rübner

Die Anfänge der Unfallschutz- und Gesundheitsbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen reichen bis ins Jahr 1888 zurück. Bis dahin hatten die Gewerkschaftsvereine vergebens nach einer Lösung gesucht, um den verunglückten Arbeitern - oder auch deren Familienangehörigen -, eine rasche medizinische Erstversorgung zukommen zu lassen. Im März 1888 erklärte sich der sozialpolitisch engagierte Arzt Dr. Alfred Bernstein[1] erstmals bereit, für den »Verband deutscher Zimmerleute« eine mehrwöchige Vortragsreihe zum Thema 'Erste Hilfe' abzuhalten.[2] Im Winter 1888/89 ersetzte Bernstein die Vorträge durch zwölftägige Lehrkurse. Durch den durchweg positiven Widerhall seiner Veranstaltungen ermutigt, veröffentlichte Bernstein im Oktober 1889 in der Berliner Presse einen Aufruf, in dem er namentlich die Arbeiterkreise zum Besuch der "Vorträge und praktischen Uebungen" aufrief.[3]

Aufgrund der steigenden Zahl von Arbeitsunfällen in der Phase der Hochindustrialisierung und nicht zuletzt wegen der katastrophalen hygienischen Wohn- und Lebensbedingungen in den Arbeitervierteln der Großstädte, begannen sozialdemokratische Ärzte und Kommunalpolitiker gegen die Mißstände in der staatlichen Gesundheitsversorgung anzugehen. Die Dringlichkeit dieser Aktivitäten verdeutlichte nochmals die im Sommer 1892 in Hamburg grassierende Choleraepedemie, an der etwa 8.600 Menschen starben. Durch die skandalösen Zustände in Hamburg alarmiert, rief der gesundheitspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Dr. Ignaz Zadek, zu umfassenden Präventivmaßnahmen auf und regte darüber hinaus die Bildung einer freiwilligen Sanitätskolonne an. Unter den Ärzten die sich zu einer Mitarbeit in dem zu diesem Zweck gegründeten 'Arbeiter Sanitäts-Commission' bereit erklärten, befand sich u. a. der spätere sozialdemokratische Stadtverordnete (dann Anarchosozialist) Dr. Raphael Friedeberg.[4] Der damalige Hausarzt August Bebels schlug im Frühjahr 1896 vor, die Lehrkurse als geschlossene 'Arbeiter Sanitäts-Kolonne' auf den großen Kulturveranstaltungen der Arbeiterbewegung einzusetzen. Erstmalig geschah dies am 7. August 1897 anläßlich des 'Arbeiter-Sänger-Festes' in Pichelsdorf bei Spandau. Ihr dortiger Einsatz für 40.000 TeilnehmerInnen machte die 'Arbeiter-Samariter' derart populär, daß der Verband in den Berliner Norden expandieren konnte.

Als Leiter der neuformierten 'Nordabteilung' (Wedding, Prenzlauer Berg) fungierte Dr. Raphael Friedeberg. Ab 1899 waren die 'Arbeiter-Samariter' mit ihren mobilen Zeltstationen auf nahezu allen Sport- und Wahlveranstaltungen der Arbeiterbewegung präsent und kümmerten sich sowohl um die bei diesen Anlässen obligatorischen alkoholbedingten Ausfälle als auch um die Erstversorgung von Sportunfällen. Die Berliner Aktiven bezeichneten sich nun (1901) einheitlich als 'Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin und Umgebung'. Im gleichen Jahr begann nach dem Vorbild der Berliner Kolonne die reichsweite Ausdehnung des Verbands (Dresden [1901], Köln [1904], Meißen [1906], Hamburg [1907], Elberfeld [1907], Nürnberg u. Kassel [1909]). Am 11./12. April 1909 erfolgte auf dem Magdeburger Kongreß der lokalen Sanitätsgruppen der reichsweite Zusammenschluß zum "Arbeiter-Samariter-Bund" (ASB).

Volksgesundheits- und Sanitätsbewegung

Die anfänglichen Schwerpunkte auf die Tätigkeitsbereiche der theoretischen Schulungskurse und deren praktische Anwendung in Form der »Ersten Hilfe«, verschoben sich nach dem Ersten Weltkrieg auf die Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Die proletarische Unterstützungspraxis verlor »unter den Bedingungen eines sich ausdifferenzierten Sozialstaats« tendenziell den Stellenwert einer »solidarische[n] Selbsthilfe« und nahm den Charakter einer »subsidären sozialen Hilfstätigkeit der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft« an. Die Aufgaben des ASB sollten sich demnach auf folgende Gebiete konzentrieren:

1. Sanitärer Hilfsdienst mit erster Hilfe, Transport und Desinfektion;
2. Unfallverhütung in Betrieben, staatlichen und kommunalen Einrichtungen;
3. Haus und Krankenpflege;
4. Arbeitsschule für Haus-und Krankenpflege und sanitärer Dienst;
5. Gesundheitspflege zur Bekämpfung der Geschlechts- und Volkskrankheiten;
6. Jugendpflege;
7. Wohnungs-, Arbeits-, Kleidungs- und Nahrungsmittelhygiene;
8. Wohlfahrtspflege im allgemeinen: Alterspflege und Fürsorge[5]

Der Erste Weltkrieg unterbrach den Aufschwung der proletarischen Gesundheitsbewegung nur für einige Jahre. Während der bewaffneten Auseinandersetzungen des »Kapp-Putsches« waren es im Frühjahr 1920 die Spandauer, Köpeniker und Wilhelmsruher Arbeitersamariter, die vor dem Rathaus Schöneberg als neutrale Sanitätsgruppe eingesetzt wurden. Von staatlicher Seite wurde der ASB allerdings in dieser Zeit ebensowenig wie von den freien Gewerkschaften anerkannt. Die Führung des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes« (ADGB) kooperierte statt dessen mit dem "Deutschen Roten Kreuz" und empfahl der ASB-Leitung den Übertritt in diesen "politisch neutralen" Verband, den die Linksradikalen schon im Hinblick auf dessen nationalistischer Haltung hinsichtlich der kaiserlichen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg ablehnen mußten. Von den sozialpolitischen Forderungen der Vorkriegsjahre rückte die Bundesleitung des ASB nun weitgehend ab, denn die Reform des Sozialwesens sollte nun ganz den Politikern überlassen werden. Gegen den Kurs der Entpolitisierung und der zunehmenden Distanz zur Arbeiterbewegung opponierten vor allem die kommunistischen Mitglieder des Bundes. Die Auseinandersetzungen dieser politisierten Mitgliederkreise mit der Bundesleitung führte 1921 zum Ausschluß der kommunistischen Minderheit und damit zur faktischen Spaltung des Verbandes. Mit der Gründung des »Proletarischen Gesundheitsdienstes« (PGD) am 22. Juni 1921 entstand nun eine Arbeitersamariterorganisation, die sich uneingeschränkt für die Ideen des Klassenkampfes aussprach.[6]

Unter dem maßgeblichen Einfluß des Weddinger Arztes Dr. Georg Benjamin ordnete sich die neue Gesundheitsorganisation allerdings vorbehaltlos dem ideologischen Kurs der KPD unter. Der ASB, der wiederum die "neutrale" Basis des Samariterwesens mit zahlreichen Ausschlüssen zu sichern wußte, umfaßte im April 1924 nicht weniger als 650 Kolonnen mit insgesamt 36.000 Mitgliedern. Der ASB verlor den opponierenden PGD in der Folgezeit offenbar nicht aus dem Blickwinkel, denn auf der Bundes-Konferenz des ASB am 26. und 27. April 1924 entwickelte sich eine längere Diskussion, in der über eine Verschmelzung mit dem kommunistischen Verband debattiert wurde.[7] Die Absichten des Vorstands zielten jedoch weniger auf eine ideologische Annäherung als auf die staatliche Anerkennung, so daß alle Resolutionen in Richtung einer politischen Orientierung als kompromittierend erachtet wurden und von daher unter den Delegierten keine Mehrheit fanden. Auch eine Zusammenarbeit mit der kommunistischen 'Internationalen Arbeiter-Hilfe' (IAH) wies man ostentativ zurück.[8]

Im Zuge der Einheitsfronttaktik betrieb die KPD ihrerseits ab 1925 die Auflösung des PGD und den Wiedereintritt in den ASB.[9] Im Verlauf des Jahres 1926 gelang die beabsichtigte Liquidation nahezu flächendeckend. Dem auf Neutralität bedachten ASB dürfte es, nach der Überführung der kommunistischen Mitglieder in den ASB zwischen 1925/26, besonders im Rheinland nur schwer gelungen sein, den Einfluß der KPD zurückzudrängen. So waren, laut einer detaillierten Umfrage im Jahr 1926, fast alle Ortsgruppen in diesem Bezirk von Kommunisten dominiert. Dieser Einfluß ging soweit, daß in Hamborn die sozialdemokratischen Mitglieder austraten und eine "freie Sanitätskolonne" formierten.[10] Lediglich in Düsseldorf ist der umgekehrte Prozeß zu beobachten, da die 40 kommunistischen Arbeitersamariter ausscheiden mußten, um künftig eine lokale PGD-Abteilung zu initiieren, die sich dann seit 1926 als »Arbeiter-Sanitätskolonne« bezeichnete.[11] Daß es auch im ASB anarchosyndikalistische Mitglieder gab, wird über Mülheim/R. berichtet. Hier war trotz der kommunistischen Mehrheit im Ortsverband das FAUD-Mitglied *Heinrich Kruthoff* erster Schriftführer der Ortsgruppe.[12] Auf dem ersten Rheinischen Arbeitersamaritertag, der am 20. Juni 1925 ebenfalls in Mühlheim stattfand, gab es Gesangsvorträge des FAUD-Chores und des syndikalistischen Frauenbundes.[13] Die Auseinandersetzungen mit und um die kommunistischen Zellen im ASB zogen sich besonders im Rheinland noch bis ins Jahr 1931 hin. Um 1930 spaltete sich erneut eine kommunistische Gruppierung ab, die sich als 'Westdeutsche Arbeitersamariter' benannte, nachdem wiederholt kommunistische Mitglieder ausgeschlossen worden waren.[14] Voller Stolz berichtete 'Der Arbeitersamariter' (DAS) schließlich im Jahr 1931 den Oppositionellen sei gerichtlich untersagt worden sich weiterhin 'Arbeiter-Samariter' zu nennen.[15] Gleichzeitig untersagte die ASB-Geschäftsführung ihren Ortsgruppen mit den Oppositionellen und den Ausgeschlossenen gemeinsame Samariterdienste zu verrichten.[16]

Die noch existierenden Reste des PGD wurden von den Arbeitersamaritern, zumindest was deren Mitgliederzeitung betrifft, kaum noch wahrgenommen. Einzig die PGD-Abteilung in Jena, die unter der Leitung von Adolf Grosse stand, hatte sich nach 1926 erfolgreich gegen die Auflösung behaupten können. War der »Proletarische Gesundheitsdienst« selbst in seiner besten Zeit dem ASB quantitativ deutlich unterlegen, so zeigte sich der 'Der Arbeiter-Samariter' noch 1930 überrascht: "Wir waren der Meinung, daß der PGD schon längst an Mitgliederschwindsucht zugrundegegangen sei und sind verwundert, daß auch ein solcher Splitter im Rheinland noch vorhanden ist."[17] Eine interne Statistik vom März 1925, also noch während der Zeit des KPD-Engagements, bezifferte den Mitgliederbestand des PGD auf 1.500. Davon fielen etwa 650 auf Berlin, wo zu dieser Zeit allein 27 Ärzte, 4 Medizinstudenten, 9 Schwestern, 5 Pfleger und 2 Masseure den Sanitätsdienst aufrechterhielten. Davon dürften nach 1926 nur noch Bruchteile im PGD aktiv gewesen sein.

Nachdem der PGD nur knapp seiner Auflösung entgangen war, begannen sich jetzt offenbar verstärkt die linksradikalen Kleinorganisationen für den Verband zu interessieren. Im Verlauf der Jahre 1927/28 gelang es durch den Zuwachs aus dem linksradikalen Spektrum die Reststrukturen des Verbandes wieder merklich zu konsolidieren. Dies betraf vor allem den Berliner PGD, der im Jahr 1929 wieder in achtzehn Bezirken präsent war. Das Verbandsorgan 'PGD. Organ des proletarischen Gesundheitsdienstes' gab allein dreizehn Anlaufadressen für Ausbildungskurse in Berlin und weitere elf im gesamten Reichsgebiet bekannt. Zu den öffentlichen PGD-Veranstaltungen, die meist unter dem Motto "Proletarier, die Revolution braucht Samariter" stattfanden, konnten die einzelnen Ortsverbände die organisationseigene Propagandatruppe 'Die Schmiede' anfordern.[18]

Aufgrund des verstärkten Engagements von Mitgliedern der »Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten«) charakterisierte die Polizei den PGD als überwiegend "anarchosyndikalistisch" eingestellt.[19] Diese Einschätzung traf zwar hinsichtlich einzelner Funktionäre an exponierten Stellen[20] zu - und einige weitere Querverbindungen beider Organisationen sind ebenfalls nachweisbar -, der 'Proletarische Gesundheitsdienst' kann jedoch weder als eine Unterorganisation der FAUD(AS), noch ohne weiteres als ein Verband aus deren unmittelbaren Vorfeld klassifiziert werden. Die Kohärenz der Organisation gewährleistete anscheinend dessen interfraktionelle Praxis sowie eine verbindende dezidiert antiparlamentaristische Grundhaltung, die diesen Zusammenschluß links von der KPD dauerhaft stabilisierte. Sehr wahrscheinlich waren im PGD - ähnlich wie in der radikalatheistischen 'Gemeinschaft proletarischer Freidenker' - verschiedene Gruppierungen des linksradikalen Spektrums vertreten. Konkrete Hinweise auf eine anarchosyndikalistische Beteiligung liegen für Ottweiler im Saargebiet vor. Dort erledigte der FAUD-Geschäftsführer *Wilhelm Kramer* die regionalen Geschäfte des PGD. In Düsseldorf fanden die Übungsabende im Büro der FAUD (AS) statt.[21] Auf eine heterogene Zusammensetzung seiner Mitglieder lassen auch die politischen Aktivitäten des PGD schließen. So beteiligte sich der in Opposition zur KPD stehende Gesundheitsdienst ab Januar 1931 an dem bedeutendsten Berliner Linkskartell: der 'Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus'. Zeitweilig gehörten dieser 'Kampfgemeinschaft' die folgenden Organisationen an: FAUD(AS), GpF, 'Bund revolutionärer Industrie-

verbände Deutschlands', »Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands«, »Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands«, 'Kommunistische Arbeiter-Union', 'Leninbund', »Kommunistische Partei-Opposition«, 'Syndikalistischer Frauenbund' und der anarchosyndikalistische 'Freie Arbeiter-Sängerbund Deutschlands'.[22] Wenn auch zu vermuten ist, daß vor allem Einzelmitglieder aus allen parteiablehnenden Verbänden im PGD vertreten gewesen sein dürften, so bleiben konkrete Aussagen über die Zusammensetzung und die Stärke des linken Sanitätsdienstes bislang schwierig, zumal über die weitere Entwicklung des PGD nichts Näheres bekannt ist. In den noch existierenden Zeitschriften des PGD tritt eine ausgesprochen militante Einstellung zu Tage, die gelegentlich in der Propagierung des Barrikadenkampfes gipfelte. Die Sanitätsgruppen des PGD begleiteten nun offenbar vor allem die linksradikalen Demonstrationszüge, die auch durch die härtere Gangart der Polizei bedingt, tendenziell immer öfter den Charakter physischer Auseinandersetzungen annahmen. Nach 1930 war der »Proletarische Gesundheitsdienst« sowohl in der Nähe zu einem der linkskommunistischen revolutionären Industrieverbände, als auch zur anarchosyndikalistischen FAUD angesiedelt. Darüber hinaus unterhielt der Gesundheitsdienst gemeinsam mit dem »Bund für Arbeiterwandervereine Berlins«, das Landheim 'Kronstadt' in Zählsdorf (bei Berlin), dessen Nutzung auch der »Gemeinschaft proletarischer Freidenker« offenstand, mit der der PGD in der antiklerikalen Arbeit eng kooperierte.

Vermutlich wurde die linksradikale Gesundheitsganisation von den Nationalsozialisten nach 1933- nicht wie der



ASB - gleichgeschaltet, sondern aufgelöst und verboten. Eine Erscheinung, die fast alle Arbeiterorganisationen der Weimarer Republik betraf: die Hinwendung ehemals radikaler Mitglieder und Funktionäre zu reaktionären und faschistischen Organisationen, war allerdings auch beim PGD zu beobachten. So wird 1930 in einem Rundschreiben des PGD berichtet, der vormalige presserechtlich Verantwortliche des Berliner Organisationsorgans 'PGD', Georg Fritsche, sei "Ludendorffer" geworden.[23]

Die Arbeitersanitätsbewegung kann ebenso wie z. B. die Freidenkerorganisationen, die Mieterverbände und die Sexualreformbewegung, als weiteres Beispiel einer proletarischen Selbsthilfeinitiative gelten. In mancherlei Hinsicht, jedoch ohne deren postulierten Klassenvertretungsanspruch und deren sozialistische Programmatik, ähneln einige dieser Aktivitäten den gegenwärtigen Bürgerinitiativen. Im Gegensatz zu den damaligen proletarischen Selbsthilfeorganisationen vertreten die heutigen Bürgerinitiativen zumeist dezidiert partikulare und lokale Interessen. So fungieren Anwohnerinitiativen aus dem inzwischen saturierten alternativen Umfeld beispielsweise immer öfter als stadtteillobbyistische Abschiebeinstanzen für unerwünschte Personen (z.B. Junkies). Als traditioneller Gesundheitsverband des sozialdemokratischen Umfelds bildet der heutige »Arbeiter-Samariter-Bund« (ebenso wie die "Arbeiter-Wohlfahrt") einen Teil des institutionellen Unterbaus der staatlichen Gesundheitspolitik, der maßgeblich durch den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern mitgetragen wird.

Anmerkungen

Überarbeitete Zusammenfassung der Artikel »Die proletarischen Gesundheits- und Sanitätsdienste« von Hartmut Rübner und »Zum proletarischen Gesundheitsdienst (PGD) als antiautoritäre Kulturorganisation« von Knut Bergbauer, die im "Rundbrief für alle über den Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Linksradikalismus sowie antiautoritäre Bewegungen forschenden Historikerinnen und Historiker..." 1994/ Nr.10 (Januar) und 1994/Nr.11 (April) erschienen sind.

1 Der praktische Arzt Dr. Alfred Bernstein (1858-1922) gehörte vor 1914 zum linkssozialistischen Flügel der SPD. Mit seinen Aufklärungsschriften "Werde sehend, liebe Schwester!" ('Fritz Kater-Verlag', Berlin 1906) und "Wie fördern wir den kulturellen Rückgang der Geburten? Ein Mahnruf an das arbeitende Volk" ('Fritz Kater-Verlag', Berlin 1913), berief er sich explizit auf Peter Kropotkin. Er gilt als radikalster Propagandist des sozialrevolutionären Gebärstreiks und somit als Mitinitiator der sog. 'Gebärstreikdebatte' im Jahre 1913. Der Bruch mit der Sozialdemokratie erfolgte sehr wahrscheinlich während des 1.Weltkriegs, da sich Bernstein offen für die syndikalistische »Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften« einsetzte. Vgl. den Bericht über eine Veranstaltung vom 18. Oktober 1915, in: 'Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine' (Hrsg.: GK der FVdG), 1915/Nr. 9. Vgl. auch A. Bernstein, "Die Strafe und der Strafvollzug im Lichte des Sozialismus", in: 'Der Syndikalist', 1. Jg. (1918), Nr. 3.

2 Die Arbeiter-Samariter-Bewegung ist in der historischen Forschung eingehend untersucht worden. Zu dessen Frühgeschichte vgl. Konrad Beck: "Vorwärts - Durch Nacht zum Licht! Die Vor- und Frühgeschichte der Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin und Umgegend (1884-1910)", in: "Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (IWK), 2/1986, S. 166-196. Des weiteren Franz Walter, Viola Denecke, Cornelia Regin: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991, S.79-83 sowie Alfons Labisch: Der Arbeiter-Samariter-Bund 1888-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitersamariterbewegung, in: G. A. Ritter (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königsstein/Ts. 1979, S.145-167. Zur übrigen Sekundärliteratur siehe ebd., S.165 f (Anm.1).

3 "Aufruf an alle Arbeiter Berlins!", in: 'Berliner Volksblatt' vom 18. Okt. 1889.

4 Der spätere Anarcho-Sozialist Dr. R. Friedeberg (1863-1940) initiierte die sogenannte Massenstreikdebatte in der SPD. Mit seinen Thesen beeinflußte er 1904/05 maßgeblich das Programm der FVdG. Zur Rolle Friedebergs in der Krankenkassenbewegung vgl. Hans Manfred Bock: Raphael Friedeberg. Arzt und Anarchist in Ascona, in: Szemann, Harald (Hrsg.): Monte Verita. Berg der Wahrheit. Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie, Venezia-Martegallo, S.38-53, hier S.38.
Rainer E. Holthuis, Arbeiter helfen Arbeitern. Soziale Hilfstätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in: P. Assion (Hrsg.): Transformation der Arbeiterkultur. (= Beiträge der 3. Arbeitstagung der Kommission »Arbeiterkultur« in der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde in Marburg vom 3. bis 6. Juni 1986), Marburg 1986, S.126-136, hier. S.126.

5 Siehe A. Labisch, a.a.O., S.154.

6 Vgl. dazu A. Labisch, a.a.O., S. 154 ff.

7 Vgl. den Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg Nr. 1309 vom 8. August 1924, in: Staatsarchiv Bremen (im folg. zit. StAB), 4,65/1042.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. StAB, 4,65/1042 (Bl. 41).

10 Vgl. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 16917, S.53.

11 Ebd., S.101.

12 Ebd., S.94.

13 Ebd., S.51.

14 'Der Arbeiter-Samariter' (= 'DAS') Nr.3/1930.

15 'DAS', Nr.1/1931.

16 'DAS', Nr.8/1930.

17 'DAS', Nr.3/1930.

18 Die Leitung der Propagandatruppe übernahm der Herausgeber des PGD-Organs Ernst Jeske. Nach dem Verbot der Freidenkerbewegung im Jahre 1933 fungierte Jeske als Geschäftsführer der illegalen GpF-Nordostdeutschland und gehörte dem fünfköpfigen Leitungsgremium der GpF an. Im Sommer 1933 wurde Jeske von der Gestapo verhaftet.

19 Vgl. StAB 4,65/1042 (Bl. 47).

20 Dies trifft vor allem auf das Mitglied des Bundesausschusses, dem Hamburger Hein Buck, zu. Vgl. zur Person Bucks Günter Bartsch, Anarchismus in Deutschland, Bd.1, Hannover 1972, S.46.

21 Vgl. 'PGD. Organ des proletarischen Gesundheitsdienstes', 8. Jg. (1929), Nr. 6/8 (Juni/August) u. Nr.11/12 (Nov./ Dez.).

22 Vgl. dazu A. Graf, Anarchismus in der Weimarer Republik. Tendenzen, Organisationen, Personen, Bd.1, Diss. Phil. Berlin 1990, S. 118 f.

23 Siehe "PGD", 8. Jg.(1928), Nr. 9/10 (Sept./Okt.).

24 Zur Ideologie und Geschichte der rassistischen und rechtsradikalen "Ludendorfer" vgl. Friedrich Wilhelm Haak, Wotans Wiederkehr, München 1981, S.131-156.

Bücherservice

**Lieferbare Bücher von SF-AutorInnen
Portofrei bestellbar durch die
SF-Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau**

Wolfgang Sterneck: Der Kampf um die Träume – Musik, Gesellschaft und Veränderung (von Rock bis Hardcore), KomistA-Verlag, 384S., 29,80DM

Wolfgang Haug/Herby Sachs (Hg.:) Die Ausblendung der Wirklichkeit. Texte zur Medienkritik. Mit weiteren Beiträgen u.a. von Jörg Auberg, Stefan Schütz, Marianne Kröger, 16.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Herby Sachs/Dorothea Schütze: Ojala - Hoffnung auf ein neues Land - Guatemalas Flüchtlinge kehren zurück. Mit einem Vorwort von Rigoberta Menchu. Hintergrundstrexte und Fotos, 28.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der BRD., 360 S., 29,80 DM, Kölner Volksblatt-Verlag.

Wolfgang Haug/Michael Wilk: Der Malstrom. Aspekte anarchistischer Staatskritik, 110 S., 16.-DM. Trotzdem -Verlag, Grafenau

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe: Medienrandale, Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohn-macht der Linken?, 24.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung, Bd. 1 & 2. Zur Entstehungsgeschichte und zu den Konflikten eines selbstverwalteten Jugendzentrums. Je 28.-DM, zus. 50.-DM. Trotzdem-Verlag.

Ulrich Klan/Dieter Nelles: Es lebt noch eine Flamme. Rheinische AnarchosyndikalistInnen in der Weimarer Republik. 400 S, 34.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Hartmut Rübner: Freiheit und Brot - Die Freie Arbeiter Union Deutschlands., 317 S., 52.-, Libertad-Verlag, Berlin/Köln

Noam Chomsky: Clintons Vision - die neue Außen- und Wirtschaftspolitik, 120 S., 14.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Noam Chomsky u.a.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg, 140 S., 16.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Noam Chomsky: Die Herren der Welt, 170 S., 25.-DM. D. Mink-Verlag, Berlin

Noam Chomsky: Arbeit, Sprache und Freiheit, Trafik-Verlag, Mühlheim/Ruhr, 15.-DM

Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft. Soziale Ökologie und kommunalistische Umformung der Gesellschaft. 200 S., 24.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Murray Bookchin: Hierarchie und Herrschaft, 176 S., 19,80 DM, Karin Kramer Verlag, Berlin

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze, 120 S., 14.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Klaus Bittermann: Geisterfahrer der Einheit - Kommentare zur Wiedervereinigungskrise, Edition ID-Archiv, 162 S., 18.-DM

Jens Bjørneboe: Stille. Ein Anti-Roman gegen Kolonialismus und Rassismus., 189 S., 28.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Jens Bjørneboe: Pulverturm, Merlin-Verlag, Gifhorn, 290S., 32.-DM

Peter-Paul Zahl: Fritz - A German Hero. Ein Theaterstück über den frühen (anarchischen) Friedrich Schiller. Trotzdem-Verlag, Grafenau (Beim SF für 18.- anstatt für 24.-DM!)

Peter-Paul Zahl: Die Erpresser. Eine Komödie. 116 S., 14,80DM, Karin Kramer Verlag, Berlin

Peter-Paul Zahl: Teufelsdroge Cannabis. Krimi, 160S., 24,80DM, Verlag Das neue Berlin

Ralf Reinders/R. Fritzsch: Bewegung 2.Juni, Vdrlag ID-Archiv, Berlin, 18.-DM

Horst Stowasser: Freiheit pur – Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft, Eichborn-Verlag, 400S., 44.-DM

Peter Reichelt: Du bist mein Freund, Karl Maus. Kinderbuch. Großformat, 46S., Hardcover, 28.-DM (Beim SF: nur 20.- DM), Trotzdem Verlag, Grafenau

Bell Hooks: Black Looks, 256 S., 36.-DM, Orlanda Verlag, Berlin

Gerhard Kern/Gerald Grüneklee (Hg.): Lernen in Freiheit. Anti-Pädagogische Thesen, 180S, 20.-DM, AKAZ/Anares Nord

Topitas (Hg.) (u.a. mit Herby Sachs): Ya basta! - Der Aufstand der Zapatistas, 364 S., 28.-DM, Verlag Libertäre Association, Hamburg

Autonome LUPUS-Gruppe: Lichter-ketten und andere Irrlichter - Texte gegen finstere Zeiten, 152 S., 24.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

Arno Maierbrugger: Fesseln brechen nicht von selbst. Anarchistenpresse 1890-1933., 214 S., (Beim SF nur) 20.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Geronimo: Feuer und Flamme, 240S., 25.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

Klaus Schönberger/Claus Koestler: Der Freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okkzidentaler Rassismus oder wie hierzulande die Herrschaft der "neuen" Weltordnung als "Krieg in den Köpfen" begonnen hat. 187S., 15.-DM

Thomas Kleinspehn/Gottfried Mergner (Hg.): Mythen des Spanischen Bürgerkriegs, 2. Aufl., 168 S., 26.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Paul und Clara Thalmann: Revolution für die Freiheit, 398 S., 25.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Augustin Souchy: Nacht über Spanien, 298 S., 20.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register

Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich.

Der Bücherservice soll die SF-AutorInnen und die Finanzierung des SF unterstützen. Ihr erhaltet die Bücher portofrei, Büchertische bekommen 30% Rabatt, bezahlen aber das Porto.

SF - Alte Nummern

Die SF-Pakete für nur 10.-DM zzgl. Portokosten sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-31)
Paket 2 (Nr.32-39)
Paket 3 (Nr.40-48), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.49-54)

Leserbrief

btr. SAJD-Artikel von Dieter Nelles

Als Anarchist und Jugendbewegter im "Wandervogel" habe ich mich sehr über den Artikel über die anarchistische Jugendbewegung in Wuppertal gefreut. Ich bin gespannt auf Teil II und III. Gerade weil sich die Meinung, die deutsche Jugendbewegung sei Wegbereiter für die Nazis gewesen, hartnäckig hält und in Schulbüchern und wissenschaftlichen Arbeiten vertreten wird und gerade auch in der Linken zu gefährlichen Mißverständnissen führt, sind solche Artikel sehr wichtig. Sicherlich ist kritisches Bewußtsein gegenüber der jugendbewegten Vergangenheit unbedingt notwendig und sind einige Einschätzungen in Bezug auf geistige Verbindungen von Teilen der Jugendbewegung zum Nationalsozialismus durchaus richtig. Aber in der Beschäftigung mit der Arbeiterjugendbewegung, aber auch der bürgerlichen Jugendbewegung, – z.B. was die Hintergründe und politischen Ziele des Treffens auf dem "Hohen Meißner" 1913 anbetrifft oder z.B. das Thema Jugendbewegung/Bündische Jugend im Widerstand – zeigt sich das ungeheure revolutionäre oder zumindest oppositionelle Potential der deutschen Jugendbewegung/Bündischen Jugend der 20er bis 30er Jahre. Weiter so! Zu den Kontakten der SAJD zur bürgerlichen Jugendbewegung hätte ich mir noch ein bißchen mehr gewünscht. Venceremos!

Jakob, Karlsruhe

Postvertriebsstück * E 9860F * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

